

10. Vom Protest zur demokratischen Selbstorganisation Vier Fallstudien

In diesem Kapitel stelle ich die von mir durchgeführten Fallstudien zu langfristigen Strukturen vor, die durch demokratische Selbstorganisation entstanden sind. Die Fallauswahl orientierte sich an folgenden Kriterien: Die vier ausgesuchten Fälle sollten *erstens* die Vielfalt selbstorganisierter Projekte in Griechenland allgemein abbilden, *zweitens* einen engen Bezug zu den Krisenprotesten aufweisen bzw. aus diesen hervorgegangen sein, *drittens* neben einer kollektiven Krisenbewältigung möglichst auch die Intention haben, gesellschaftliche Gegenentwürfe zu kreieren bzw. neue Formen von Arbeit und Wirtschaft – sowie *viertens* über horizontale Entscheidungsstrukturen verfügen. Darüber hinaus sollte es sich bei mindestens zwei ausgewählten Fällen um selbstverwaltete Arbeitsplätze handeln, um das Thema der Arbeit und damit verbunden den Aspekt der Lohngleichheit zu fokussieren. Bei der Suche nach geeigneten Fällen war ich zudem besonders an Projekten interessiert, die primär aus politischen Motiven, bzw. dem Wunsch nach einer anderen Gesellschaft heraus gegründet wurden. Untersucht wurden von mir die folgenden vier Projekte, die unterschiedliche, von der ökonomischen Krise besonders betroffene gesellschaftliche Bereiche (Kultur, Produktion/Industrie, Nahrungsdistribution, Gesundheit) selbstorganisieren:

1. die Genossenschaftszeitung Zeitung *Efimerida ton Syntakton* (EfSyn) in Athen
2. die selbstverwaltete Fabrik *Viomichaniki Metalleutiki* (Vio.Me.) in Thessaloniki
3. der selbstorganisierte Markt ohne Zwischenhändler*innen *Sikos* in Athen
4. die selbstorganisierte Sozialklinik *Koinonikos Choros gia tin Igia* (KCI) in Athen

Mit EfSyn und Vio.Me. wurden zwei selbstverwaltete Betriebe untersucht. Für mich waren beide Projekte besonders interessant, weil sie bis heute (Stand: 2023) in ihren eigenen Bereichen (Zeitungsmarkt, Produktion im Industriesektor) die einzigen ihrer Art sind. Die Projekte *Sikos* und KCI waren für mich beide ebenfalls interessant, da beide, soweit es mir bekannt ist, bis heute in keiner anderen wissenschaftlichen Studie untersucht wurden. Sowohl *Sikos* als auch KCI wurden von Mitgliedern aus dem Umfeld der A/A-Bewegung und der außerparlamentarischen Linken gegründet, weshalb die Projekte eher

schwer zugänglich waren. Die Fallanalysen stützen sich auf teilnehmende Beobachtungen, Dokumentenanalysen, informelle Gespräche und problemzentrierte Interviews.

Die Projekte wurden von mir, soweit es möglich war, zwischen Februar 2013 und Juli 2015 mehrmals besucht. Für die Fallstudie zum Projekt Vio.Me. wurden von mir zudem mehrere Dokumentarfilme ausgewertet. Alle vier Fallstudien sind ähnlich aufgebaut: Im Rahmen der Fallanalysen fokussierte ich mich darauf, die Entstehungshintergründe der Projekte zu erschließen, ebenso wie ihre Struktur und Arbeitsweise, das politische Selbstverständnis der Mitglieder, die Beziehungen zwischen ihnen, Finanzierungs- und Kooperationsmöglichkeiten, Herausforderungen und schließlich die gesellschaftspolitischen Ziele der Projektgründer*innen.

10.1 »Nun wissen wir, dass wir unsere Leben in die eigenen Hände nehmen können« – die Genossenschaftszeitung EfSyn

10.1.1 Entstehungsgeschichte

10.1.1.1 Auf- und Abstieg der Eleftherotypia

Nach dem Fall der Diktatur und der Wiederherstellung der Demokratie 1974 vollzogen sich in Griechenland grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen, vor deren Hintergrund sich auch die Medienlandschaft veränderte. Um die gesellschaftlichen und kulturellen Veränderungen zu reflektieren, wurde 1975 die unabhängige¹ Tageszeitung Freie Presse (*Eleftherotypia*) gegründet (Interview, *Ni, 01.03.2013). *Eleftherotypia* wurde laut einem ehemaligen Redakteur »zur führenden linksliberalen unabhängigen Zeitung in Griechenland und dominierte für 40 Jahre die Nachrichten und die Medienindustrie« (Interview, *Ni, 01.03.2013). *Eleftherotypia* wurde als eine Genossenschaftszeitung von Redakteur*innen gegründet, die gemeinsam die Eigentumsrechte für die Zeitung besaßen (Schrader 2012). Als solche blieb *Eleftherotypia* zunächst bestehen, bis sie 1978 von den Brüdern Christos und Thanasis Tegopoulos² aufgekauft wurde, die von da an die einzigen Eigentümer*innen der Zeitung waren (MacDonald 2012). Das Genossenschaftsprinzip wurde abgeschafft, und im Laufe der Jahre entwickelte sich *Eleftherotypia* zu einer konventionellen Tageszeitung mit hierarchischen Strukturen (Schrader 2012). Gleichzeitig galt *Eleftherotypia* weiterhin als »ein Synonym für kritischen Journalismus« (Papadimitriou 2013). Erfolge verbuchte sie unter anderem, indem sie die »Schwarzgeldaffäre um den Banker Giorgos Koskotas« (Papadimitriou 2013) aufdeckte, was in den 1980er Jahren zum Sturz der damaligen PASOK-Regierung führte (Papadimitriou 2013). Nach vier Jahrzehnten an der Verkaufsspitze der Druckmedien (Henley 2012) erlebte *Eleftherotypia* infolge der Krisenmaßnahmen ab Frühjahr 2010 einen starken Umsatzeinbruch. Während die Zeitung 1998 noch 250.000 Exemplare der Sonntagsausgabe verkauft hatte,

1 In Griechenland wurde die griechische Medienlandschaft überwiegend von branchenfremden Kapitalgeber*innen, darunter Reedereien, Baufirmen und andere Großunternehmen, finanziert. *Eleftherotypia* bildete dabei eine Ausnahme.

2 Ab 2008 wurde die Verlegerin Mania Tegopoulou, die Tochter von Christos Tegopoulos, Eigentümerin der *Eleftherotypia*.

waren es 2012 nur noch 60.000, wie der ehemalige Mitarbeiter *Ni im Gespräch mit mir berichtete. Auch andere griechische Tageszeitungen erlebten einen »immensen Rückgang in den Verkaufszahlen« (Interview *Ni, 01.03.2013). Den Niedergang der griechischen Medienindustrie nach Beginn der Staatsschuldenkrise ab 2010 beschreibt *Ni folgendermaßen:

»Es können 40 Prozent gewesen sein, was ein immens großer Teil des Marktes ist und es gab einen Fall von 60 Prozent in der Werbung. Also kollabierte der Markt vollständig, weil es kein Geld auf dem Markt gab – aufgrund des Rückgangs der Verkaufszahlen und der Werbung. Es gibt keinen anderen Weg, Geld zu haben. Und die meisten dieser Gruppen waren in einer sehr traditionellen Weise aufgestellt, mit zu vielen Angestellten, mit einem äußerst expandierten Markt und als der Markt kleiner wurde, konnten all diese Dinosaurier nicht mehr überleben. So begann einer nach dem anderen zu fallen wie ein Dominostein. Zuerst die Werbung. Die Werbeindustrie kollabierte als erstes. Sie schuldeten den Medien Geld. Die Medien besaßen eine Menge Kredite und sie wollten das Geld dazu verwenden, die Kredite zu zahlen. Also nahmen sie das Geld nicht. Sie konnten die Kredite nicht zahlen und parallel hatten sie einen Rückgang des Geldes, was sie vom Markt erhielten. Also war es ein Durcheinander« (Interview, *Ni, 01.03.2013).

Manche der über 20 Tageszeitungen in Griechenland gingen Bankrott. In vielen Fällen warteten Angestellte monatelang auf die Auszahlung ihrer Löhne (Schrader 2012; MacDonald 2012). Auch *Eleftherotypia* kämpfte in der Krise ums Überleben. Das Unternehmen *H.K.Tegopoulos*, Herausgeber der *Eleftherotypia*, geriet in große finanzielle Schwierigkeiten und versuchte vergeblich Kredite aufzunehmen. Im Juli 2011, während der landesweiten Platzbesetzungen, stellte das Unternehmen die Lohnauszahlungen an die Angestellten der *Eleftherotypia* schließlich ein (Azzellini/Sitrin 2014: 113). Die Angestellten riefen daraufhin eine Vollversammlung ein. Bei den gemeinsamen Treffen schlugen einige Angestellte vor, aufgrund der ausbleibenden Lohnauszahlungen, in den Streik zu treten. Wie aus der Studie von Dario Azzellini und Marina Sitrin (2014: 113) hervorgeht, stimmte die Mehrheit der Angestellten allerdings gegen einen Streik und wollte abwarten, insbesondere, weil die Firma *H.K.Tegopoulos* – anders als andere Zeitungseigentümer*innen – trotz ökonomischer Herausforderungen, niemanden entlassen hatte. Fünf Monate später, im Dezember 2011, meldete *H.K.Tegopoulos* schließlich Konkurs und verlangte wie viele andere Mediengruppen, die infolge der Krise Konkurs beantragt hatten, die Anwendung von Artikel 99 des griechischen Insolvenzgesetzes (MacDonald 2012; Ekprosopos *Eleftherotypias* 2012b). Gemäß dessen Anwendung gelten die Angestellten eines Unternehmens als dessen Gläubiger*innen, sodass das Unternehmen selbst von der Pflicht entbunden ist, den eigenen Angestellten ihre ausstehenden Löhne zahlen zu müssen (Oi Ergazomenoi 2012b).

10.1.1.2 Der Streik und die Streikzeitung

Mit einer Druckauflage von 40.000 Exemplaren erschien *Eleftherotypia* im Dezember 2011 vorerst zum letzten Mal (Papadimitriou 2013). Zu diesem Zeitpunkt waren die insgesamt 875 Mitarbeiter*innen »bereits sechs Monate unbezahlt« und »ohne Sozialversicherung« (Interview, *Ni, 01.03.2013). Mit dem durch die Firma *H.K.Tegopoulos*, angemelde-

ten Konkurs verfliegen bei vielen Mitarbeiter*innen endgültig die Hoffnungen, dass sie ihre ausstehenden Löhne ausgezahlt bekommen würden. Viele von ihnen waren zu diesem Zeitpunkt von sozialer Not betroffen und auf die finanzielle Unterstützung durch Freund*innen und Familienangehörige angewiesen (Henley 2012). *Ni erzählt, wie sich der Ausfall seines Einkommens auf sein Leben und das seiner Familie ausgewirkt hat:

»Das Problem mit uns als Familie ist, dass meine Frau eine Architektin ist. Der andere Industriesektor, den es hart in der Krise getroffen hat, ist der Bausektor. Als die Medienindustrie also diese Probleme hatte, kollabierten zeitgleich der Immobilien- und der Bausektor. Vor der Krise gab es 110.000 neue Häuser jedes Jahr, die verkauft wurden und circa 150.000 die gebaut wurden. Das heißt, dass sie fast 50 Prozent mehr bauten, als noch vor einigen Jahren [...]. 2012 wurden nur 12.000 verkauft, davon circa 5.000 Neubauten. Das ist lächerlich. Ich meine, so kann niemand arbeiten. Kein Architekt, kein Bauingenieur, keine Arbeiter, keine Zementindustrie, Stahlindustrie. Alle sind kollabiert. Also meine Frau arbeitete in diesem Wirtschaftssektor. Es war ein völliges Desaster. Ich meine, wir blieben fast ein Jahr mit einem gesamten Monatseinkommen von 1.000 Euro. Da war ich, meine Frau und meine zwei Kinder. Wir haben überlebt, weil die Wohnung uns gehört. Wir haben keine Miete und wir haben keine Schulden an die Bank. Denn ich war verrückt genug, keinen Kredit bei der Bank aufzunehmen. Obwohl wir einen Kredit für das Haus aufgenommen hatten, hatte ich den schon 2004 abbezahlt. Also gerettet! Ich hatte Glück. Meine Mutter hat ein wenig geholfen, *Chs [Ehefrau von *Ni, *Anm. d. Verf.*] Mutter auch. Und wenn wir ausgingen, boten einige Freund*innen, die Geld hatten und arbeiteten, uns an, unseren Kaffee oder unser Essen zu bezahlen. Was auch immer. Mein Sohn geht in eine öffentliche Schule und meine Tochter macht gerade ihren Abschluss in Sozialwissenschaften an der Universität von Athen, die eine staatliche Universität ist. Also bezahle ich nicht. Also hatte ich keine großen Probleme. Aber es war schwierig« (Interview, *Ni, 01.03.2013).

Trotz der finanziellen Schwierigkeiten, mit denen viele Angestellte von *Eleftherotypia* konfrontiert waren, hatte die Mehrheit von ihnen zu diesem Zeitpunkt noch immer Bedenken in den Streik zu treten. Nur wenige von ihnen nahmen an der gegründeten Vollversammlung teil. Mitte Dezember 2011 fassten 15 Angestellte schließlich den Entschluss, die Arbeit niederzulegen und in den unbefristeten Streik zu treten. Manche äußerten sogar die Idee, die Produktion der Zeitung in die eigenen Hände zu nehmen. Am 22. Dezember 2011 traten auch die restlichen der 875 Angestellten in den unbefristeten Streik, nachdem sie erkannt hatten, dass »die Gegenseite« nicht gewillt war, »eine Lösung zu finden« (Interview, *Ni, 01.03.2013). Allmählich erlangte der Streik öffentliche Aufmerksamkeit. Während des Streiks reisten die Mitarbeiter*innen von *Eleftherotypia* gemeinsam mit den streikenden Beschäftigten von Vio.Me. durch griechische Städte sowie ins Ausland, wo sie bei Vortragsveranstaltungen über ihre Situation berichteten. Ihr Streik wurde auch von vielen Menschen in Griechenland unterstützt, die, wie eine ehemalige Mitarbeiterin in einem Zeitungsinterview erzählt, den Streikenden Solidaritätsbekundungen sendeten sowie Lebensmittel und andere Sachspenden zukommen ließen (Schneider/Daskalopoulou 2012).

Die Streikenden von *Eleftherotypia* betrachteten sich in dieser Zeit erstmals als Teil der Arbeiter*innenklasse (Azzellini/Sitrin 2014: 114). Einige streikbeteiligte Journa-

list*innen entwickelten die Idee, in Eigenregie eine Streikzeitung herauszugeben, die zur Finanzierung des Streiks beitragen sollte. Schließlich stimmten alle 875 Streikenden der Vollversammlung – darunter Journalist*innen, Techniker*innen, Reinigungskräfte und Pförtner*innen – dafür. Die Produktion der Streikzeitung fand unter großen Schwierigkeiten statt. Die Verlegerin und Eigentümerin der Zeitung, Mania Tego-poulou, verwehrte den Angestellten, seitdem diese in den Streik getreten waren, den Zugang zum Gebäude der Zeitung, sodass die Journalist*innen nicht mehr auf ihre Arbeitsutensilien zurückgreifen konnten (Azzellini/Sitrin 2014: 115). Für die Produktion der Streikzeitung mussten sich die Journalist*innen daher die Räumlichkeiten und das Arbeitsmaterial einer anderen, inzwischen Bankrott gegangenen Zeitung borgen. Die Streikzeitung wurde in einer Druckerei erstellt, die nicht zur Firma *H.K.Tegopoulos* gehörte (MacDonald 2012). 56 Tage nach Streikbeginn, am 15. Februar 2012, erschien schließlich die erste 56-seitige Ausgabe von »Die Arbeiter*innen« (*»Oi Ergazomenoi«*³). Insgesamt erschienen im Februar 2012 zwei Ausgaben zu einem Verkaufspreis von jeweils einem Euro. Die Herausgabe wurde finanziell durch die Gewerkschaft für Journalist*innen der Athener Tageszeitungen unterstützt (Ekprosopos Eleftherotypias 2012a).

Der Verkauf verlief erfolgreich. Während andere Tageszeitungen immer weniger Verkaufszahlen verzeichneten, verkaufte sich die erste Ausgabe von *Oi Ergazomenoi* 31.000-mal und die am 25. Februar 2012 erschienene zweite Ausgabe sogar 33.000-mal (MacDonald 2012). Die Verkaufszahlen deuteten darauf hin, dass der Bedarf an einer unabhängigen, kritischen Berichterstattung zu den aktuellen politischen Entwicklungen in Griechenland hoch gewesen ist. Gleichzeitig waren die vergleichsweise hohen Verkaufszahlen auch Ausdruck der Solidarität breiter Teile der Bevölkerung (MacDonald 2012). Wie ein am Streik beteiligter Journalist in einem Interview erzählte, wurde die Streikzeitung von vielen Menschen gekauft, die *Eleftherotypia* vorher nie gelesen hatten (MacDonald 2012). Ähnlich wie andere professionelle Tageszeitungen umfasste *Oi Ergazomenoi* Berichte aus den Themenbereichen Politik, Sport, Wirtschaft und Kultur. Viele der anonym publizierten Artikel positionierten sich gegenüber der Krisenpolitik äußerst kritisch (*Oi Ergazomenoi* 2012a). Auf der Titelseite der ersten Ausgabe befand sich ein Text mit der Überschrift: »56 Tage Streik in der freien Presse« (*Oi Ergazomenoi* 2012a). Darunter war eine Stellungnahme zu finden, in der die Herausgeber*innen Bezug zu ihrem Streik nahmen:

»Die Zeitung, die Sie in ihren Händen halten, ist nicht die »*Eleftherotypia*«. Es ist das Streikblatt, dessen Herausgabe von der Vollversammlung der Arbeiter*innen der Firma *H.K.Tegopoulos* entschieden wurde [...]. Ziel ist nicht, die »*Eleftherotypia*« zu restaurieren, sondern sie am Leben zu erhalten, solange unser Streik andauert; uns mit unseren Leser*innen neu zu verbinden, uns als Arbeiter und als Streikende darzustellen und um unseren Kampf zu intensivieren [...]. Heute erleben wir den 56. Tag unseren Streiks, das Offensichtliche einfordernd: Die Auszahlung unserer ausstehenden Löhne

3 Die Internetseite der Streikzeitung *Oi Ergazomenoi* ist abrufbar unter: <https://erganet.wordpress.com>.

und die Entschädigung unserer Kolleg*innen, die von der Firma entlassen wurden [...]«
(Oi Ergazomenoi 2012a).

Die Streikzeitung selbstorganisiert zu produzieren war, wie eine Streikbeteiligte in einem Zeitungsinterview erzählt, eine wichtige Erfahrung, durch die die Streikenden gelernt haben, die Dinge in die eigenen Hände zu nehmen:

»Wir sind fähig, alle Entscheidungen selbst zu treffen. Wir haben bewiesen, dass wir die Zeitungsherstellung ohne unsere Bosse – auf demokratische Art und Weise – leiten können. Diese ganze Erfahrung ist in Griechenland etwas Neues. Zuvor hatten wir alle zwei Jahre eine Gewerkschaftsführung gewählt und alle Entscheidungen ihr überlassen. Aber nun wissen wir, dass wir unsere Leben in die eigenen Hände nehmen können«
(Schneider/Daskalopoulou 2012).

Die Journalist*innen der Streikzeitung fällten nun alle die Zeitung betreffenden Entscheidungen selbst. Ohne dass ein Management die Inhalte bestimmte, konnten die Journalist*innen gemeinsam entscheiden, was sie schreiben wollten. Das funktionierte, trotz politischer Differenzen, zunächst relativ gut. Obwohl der Verkauf der Streikblätter erfolgreich verlief, kam es ab Frühjahr 2012 vermehrt zu Konflikten unter den Streikenden und letztendlich zu einer Spaltung in zwei Lager. Die Mehrheit der Beschäftigten hoffte noch immer auf eine Einigung mit der Eigentümerin von *Eleftherotypia*, die den Streikenden sogar offiziell genehmigte, den Namen *Eleftherotypia* für weitere Ausgaben der Streikzeitung zu verwenden (Ekprosopos Eleftherotypias 2012c). Die Beschäftigten hofften darauf, nach dem von der Eigentümerin geplanten Verkauf der Zeitung erneut bei *Eleftherotypia* angestellt zu werden. Die Mehrheit von ihnen stimmte in einer Versammlung der Streikenden dafür, die Produktion der Streikzeitung fortzusetzen (Ekprosopos Eleftherotypias 2012e). Circa 100 Streikbeteiligte sprachen sich allerdings gegen die Herausgabe weiterer Streikausgaben aus, mit der Begründung, dass die Beschäftigten erstens noch immer keine Lohnauszahlungen erhalten hatten und zweitens die neuen Streikausgaben »im Grunde nur den Interessen der Arbeitgeber*innen« dienten (Ekprosopos Eleftherotypias 2012c). Dass die Firma *H.K.Tegopoulos* die Verwendung des Namens *Eleftherotypia* plötzlich genehmigt hatte und den Beschäftigten Hoffnung auf eine baldige Einigung machte, wurde von einigen Streikbeteiligten zudem als Versuch gewertet, »die Arbeiter*innen zu spalten« und den Streik zu kontrollieren (Ekprosopos Eleftherotypias 2012d).

10.1.1.3 Gründung von EfSyn

Am 16. Juni 2012 brachten diejenigen Streikbeteiligten, die sich für eine Fortsetzung der Streikzeitung ausgesprochen hatten, schließlich die dritte Ausgabe der Streikzeitung heraus (Ekprosopos Eleftherotypias 2012e). *H.K. Tegopoulos* schuldete den Beschäftigten zu diesem Zeitpunkt bereits Lohnauszahlungen in Höhe von über 20 Millionen Euro (Az-zellini/Sitrin 2014: 117). Während die an der dritten Streikausgabe beteiligten Mitarbeiter*innen auf eine Wiederinbetriebnahme der *Eleftherotypia* hofften, beschlossen die 100 übrigen Streikenden, dass sie sich nicht mit den Versprechen der Zeitungseigentümerin

abfinden, sondern rechtlich gegen diese vorgehen wollten, wie ein Streikbeteiligter erzählt:

»Nach einer Weile realisierten wir, dass wir kein Geld bekommen würden [...]. Also entschieden wir, zu kündigen, vor Gericht zu gehen und was anderes zu probieren. Denn andernfalls würden wir wie lange warten? Drei bis vier Jahre? Ich meine, ich habe zwei Kinder. Ich muss überleben. Ich kann nicht auf sie [die Eigentümerin der *Eleftherotypia*, *Anm. d. Verf.*] warten, wenn der Staat mir keine Entschädigung gibt. Denn wenn du dich im Streik befindest, bist du nicht entlassen. Du erhältst also keine Sozialleistungen. So ist das« (Interview, *Ni, 01.03.2013).

100 der 875 Mitarbeiter*innen von *Eleftherotypia* entschieden, nicht auf eine Kompensation der Eigentümerin zu warten, weil es, wie *Ni erzählt, aufgrund des »schrecklichen Gesetzessystems in Griechenland, das absolut verrückte Verzögerungen aufweist und immer zugunsten der Eigentümer*innen handelt« mehrere Jahre dauern könnte, bis sie eine Kompensation erhalten würden (Interview, *Ni, 01.03.2013). Aufgrund der wirtschaftlichen Situation in Griechenland habe es zudem »keine Aussicht auf eine andere Arbeit« gegeben, »weil alle Mediengruppen Menschen entließen und niemanden eingestellt haben« (Interview, *Ni, 01.03.2013). Und selbst wenn sie woanders eingestellt würden, hätten sie wahrscheinlich »für 200 oder 300 Euro monatlich und ohne Sozialversicherung« arbeiten müssen (Interview, *Ni, 01.03.2013). Stattdessen beschlossen die 100 Streikenden offiziell zu kündigen und selbst einen Betrieb zu gründen:

»Also, wenn du deine Arbeit jetzt verlierst, gibt es keine Möglichkeit, eine andere Arbeit zu finden. Du musst eine Arbeit kreieren. Wir entschieden, dass, wenn wir eine Lösung finden wollen, wir eine Genossenschaft gründen müssen und es als Team versuchen müssen, eine Zeitung zu schaffen. Und dies hatte es vorher nie in Griechenland gegeben. Außer im ersten Jahr von *Eleftherotypia*, als sie 1975 erstmals herausgegeben wurde« (Interview, *Ni, 01.03.2013).

Für die 100 Angestellten, bzw. für den Großteil von ihnen, stellte die Gründung einer eigenen Zeitung vor allem eine Möglichkeit dar, aus der eigenen ökonomischen und sozialen Not herauszukommen. Es gab aber auch ideologische Beweggründe für die Partizipation an dem Projekt. So verfolgten einige der Gründungsmitglieder das Ziel, eine neue Form der Arbeit zu schaffen. Für *Ni sind die unterschiedlichen Motive, die der Gründung des Projekts vorangingen, nicht widersprüchlich, sondern ergänzen vielmehr einander:

»Manche mögen es als politische Idee bezeichnen, manche mögen es nicht als politische bezeichnen, sondern als professionelle. Ich werde das nicht analysieren. Ich werde nur sagen, wie es ist: Wir waren gezwungen eine Genossenschaft zu gründen. Manche von uns glauben, dass dies auch einen ideologischen Charakter hat. Einige glauben, dass all die Kollektivität sehr schön ist und sehr interessant, ein Experiment, was auch immer. Einige andere glauben, dass es ein neuer Weg ist, Arbeit zu schaffen. Diese Dinge widersprechen sich gegenseitig nicht, wir haben eine gemeinsame Basis. Und diese Basis ist, dass wir Professionelle sind, wir wollen eine professionelle Zeitung haben,

eine Zeitung, in der wir gerne arbeiten. Also, beide Dinge existieren in dieser Zeitung. Und ich denke das ist gesund« (Interview, *Ni, 01.03.2013).

Nachdem die Entscheidung für die Herausgabe der neuen Zeitung gefallen war, gründeten die 100 ehemaligen Mitarbeiter*innen der *Eleftherotypia* zunächst gemeinsam eine Sozialgenossenschaft, legten ein Startkapital fest und entschieden, die ersten drei Monate auf Gehaltsauszahlungen zu verzichten, um die Zeitungsproduktion finanzieren zu können. Projektmitglied *Ni beschreibt die ersten praktischen Schritte zur Gründung der selbstverwalteten Tageszeitung Zeitung der Redakteur*innen (*Efimerida ton Syntaktikon*, kurz: EfSyn)⁴, die sich seither in den ehemaligen Räumlichkeiten der *Eleftherotypia* befindet:

»Es war ein Zufall, dass wir das gleiche Gebäude und die gleiche Etage fanden und dass wir diesen Platz mieteten. Wir haben es geschafft. Wir haben es [die Büros, *Anm. d. Verf.*] angemalt, wir haben die Elektrokabel ausgelegt – alles. Wir haben Computer gekauft, wir sind zu Ikea und wir haben günstige Sachen gekauft, die wir selbst montieren mussten. Wir haben sauber gemacht und wir haben begonnen. Jeder von uns hat 1.000 Euro dazu gelegt, also hatten wir 100.000 Euro. Mit diesem Geld haben wir es geschafft. Ich meine: Die Miete, das Einrichten der Räume, die Installation, die Computer, die Software – alles. Und wir haben beschlossen, dass wir zwei oder drei Monate unbezahlt arbeiten werden« (Interview, *Ni, 01.03.2013).

Bei einer Versammlung im September 2012 entschieden die Projektmitglieder über die Besetzung der einzelnen Positionen bei EfSyn. Anschließend begannen sie »sofort mit den Vorbereitungen der Herausgabe der ersten Ausgabe« (EfSyn 2022b). Am 1. November hielten die Mitglieder eine Pressekonferenz bei der ESIA ab, wo sie »die Zeitung offiziell« ankündigten und am 5. November erschien schließlich die erste Ausgabe von EfSyn (EfSyn 2022b). In der Zwischenzeit hatten die über 500 hinterbliebenen Mitarbeiter*innen der *Eleftherotypia*, die sich noch immer im Streik befanden, ebenfalls über die Idee diskutiert, *Eleftherotypia* selbstverwaltet und genossenschaftlich organisiert herauszugeben. Dieses Vorhaben legten die Mitarbeiter*innen allerdings schon bald beiseite – unter anderem, weil die ehemalige Eigentümerin der *Eleftherotypia* weiterhin die Rechte über die Zeitung besaß (Henley 2012). Etwa zur gleichen Zeit, am 8. November 2012, wurde die *Eleftherotypia* von ihrem neuen Eigentümer, dem Anwalt Haris Oikonomopoulos, wieder in Betrieb genommen (Ekrosopos Eleftherotypias 2012h). Entgegen der Erwartungen der etwa 500 zu diesem Zeitpunkt streikenden Mitarbeiter*innen, wurden lediglich 100 von ihnen wieder bei der *Eleftherotypia* eingestellt – noch dazu unter äußerst schlechten Arbeitsbedingungen. Nach mehreren Monaten, in denen sie nicht entlohnt worden waren, sahen sich die Mitarbeiter*innen gezwungen, erneut in den Streik zu treten. Dem neuen Herausgeber gegenüber machten sie sogar den Vorschlag, die Zeitung kollektiv als Genossenschaftsunternehmen zu führen. Oikonomopoulos willigte ein, den Streikenden ihre Löhne auszuzahlen, die sie dann als Startkapital für die Gründung der Genossenschaft nutzen könnten. Diese Entscheidung gab er sogar auf der Internetseite der Zei-

4 Die Internetseite der Genossenschaftszeitung EfSyn ist abrufbar unter: <https://www.efsyn.gr>.

tung bekannt. Allerdings stellte Oikonomopoulos im November 2014 die Produktion der Zeitung aufgrund zu geringer Auflagen plötzlich ein (Keep Talking Greece 2014).

10.1.2 Struktur und Arbeitsweise

Die EfSyn residiert in einem Gebäude in der Innenstadt von Athen, im gleichen Bauwerk, in dem sich ehemals das Verlagshaus der *Eleftherotypia* befunden hat. Auch in ihrem Design ähnelt die EfSyn der *Eleftherotypia*. Die Wochenausgabe der EfSyn hat einen Gesamtumfang von 48 Seiten und kostet 1,50 Euro. Die Wochenend- bzw. Samstagsausgabe hat einen größeren Seitenumfang und kostet 1,90 Euro (Stand: 2023). Mit *Kriti EfSyn* gibt es inzwischen eine weitere Ausgabe der Zeitung, deren Berichterstattung sich auf die griechische Insel Kreta beschränkt. Die EfSyn gibt es als Printausgabe und in digitaler Form. Die EfSyn hat einen Facebook- und Twitterauftritt sowie einen Youtube-Kanal. Zu Gründungsbeginn, im November 2012, lag die tägliche Auflagenzahl der EfSyn bei 5.000 und im März 2013 bei 7.000, mit einer Wochenendauflage von 12.000–15.000 (Interview, *Ni, 01.03.2013). Zwischen März 2013 und Mai 2015 erhöhten sich die Auflagen um 25 Prozent (Interview, *Ni, 10.05.2015). 2023 arbeiteten bei der EfSyn 180 Personen (EfSyn 2022b). Die Belegschaft setzt sich aus ehemaligen Angestellten der *Eleftherotypia* zusammen, darunter Journalist*innen, Techniker*innen und Verwaltungsangestellte sowie ehemalige Angestellte anderer Medien (EfSyn 2022b). Alle Mitarbeiter*innen sind gleichberechtigte Mitglieder der Genossenschaft der Arbeiter*innen in Zeitungen und Magazinen (*Sintairismos ton Ergazomenon se Efimerides kai Periodika*), deren Eigentümerin die von den Mitgliedern gegründete Mediengruppe Unabhängige Massenmedien Anonyme Firma (*Anexartita Mesa Mazikis Enimerosis Anonymi Etairia*) ist (EfSyn 2022b). Die Gründung der Mediengruppe war aus Sicht der Mitglieder notwendig, weil eine Genossenschaft in Griechenland rechtlich gesehen keine Zeitung herausgeben darf. Die Mediengruppe unterliegt dabei der kollektiven Kontrolle der Genossenschaft. Auf diese Weise wird verhindert, dass die Mediengruppe sich verselbstständigt, wie EfSyn-Mitglied *Ni erzählt:

»So arbeiten wir. Diese Genossenschaft gründete eine Mediengruppe. Also, da gibt es eine Genossenschaft, in der wir alle den gleichen Anteil besitzen, 0,9 Prozent. Alle von uns haben einen Anteil von fast einem Prozent. Wir haben diese Mediengruppe gegründet und die Genossenschaft ist die Eigentümerin der Mediengruppe. Diese Mediengruppe besitzt die Zeitung. Wir entscheiden über den Vorstand der Mediengruppe. Mindestens 51 Prozent der Mediengruppe wird für immer der Genossenschaft gehören. So werden wir nie die Kontrolle über die Zeitung verlieren. Aber die Genossenschaft kann nicht die Zeitung herausgeben. Es muss eine Mediengruppe sein, die das tut« (Interview, *Ni, 01.03.2013).

Die 180 Mitarbeiter*innen und festen Mitglieder der Genossenschaft der EfSyn werden in ihrer Arbeit von circa 40 freien Mitarbeiter*innen (Stand: 2015) unterstützt, die keine Mitglieder der Genossenschaft sind (Interview, *Ni, 10.05.2015). Es handelt sich bei diesen überwiegend um pensionierte Journalist*innen, die einige wenige Artikel pro Monat in der Zeitung veröffentlichen und auf Freiwilligenbasis mitarbeiten (Interview, *Ni, 01.03.2013). Wie ein Mitglied von EfSyn erzählt, arbeiten viele Menschen auf Freiwilli-

genbasis bei der EfSyn mit, weil es ihnen gefällt, bei einer selbstverwalteten Zeitung zu arbeiten:

»Der Direktor ist Rentner. Er erhält eine staatliche Rente und lehnte es daher ab, Geld anzunehmen. Er arbeitet freiwillig. Und er arbeitet in Vollzeit. Es gibt ungefähr 20 Leute [Stand: März 2013, *Anm. d. Verf.*], die im Moment freiwillig mitarbeiten. Wir haben eine Kollegin aus Paris, die 30 Jahre lang Korrespondentin für *Eleftherotypia* war. Jetzt ist sie pensioniert. Als wir zu drucken begannen, rief sie uns an und sagte: ›Ich bekomme meine Rente. Ich kann für euch umsonst arbeiten, weil ich mag, was ihr tut‹. Also es gibt einige, die nicht jeden Tag schreiben und nicht angestellt sind, aber sie schreiben manchmal einen Artikel oder machen ein Interview. Manche einmal pro Woche, andere einmal im Monat. Aber sie tun es freiwillig, weil sie mögen, was wir tun« (Interview, *Ni, 01.03.2013).

Ebenso wie bei jeder anderen griechischen Tageszeitung gibt es auch bei der EfSyn formal gesehen hierarchische Strukturen. Es gibt einen Direktor sowie acht Chefredakteur*innen in verschiedenen Ressorts. Im Ressort Politik arbeiten aktuell zehn Redakteur*innen, im Wirtschaftsressort sechs Redakteur*innen und im Ressort für Internationale Nachrichten vier Redakteur*innen (Stand: November 2022) (EfSyn 2022a). Diese Strukturen seien erforderlich, um »professionell« arbeiten zu können (Interview, *Ni, 01.03.2013). Trotz der hierarchischen Strukturen haben alle Mitglieder die gleichen Teilhabe- und Mitbestimmungsrechte. Oberstes Entscheidungsorgan bei der EfSyn ist die Vollversammlung. Für gewöhnlich versammeln sich die Mitglieder einmal im Monat. Alle Mitglieder der EfSyn, »Reporter*innen, Chefredakteur*innen, die Rezeptionistin, die Steuerberater*innen und so weiter« treffen alle Entscheidungen gemeinsam und alle Mitglieder besitzen das gleiche Stimmrecht und Entscheidungen werden per Mehrheitsprinzip gefällt (Interview, *Ni, 10.05.2015). Anders als bei anderen griechischen Tageszeitungen ist der Direktor trotz seiner formal gesehen höhergestellten Position somit nicht befugt, Mitarbeiter*innen zu entlassen, ohne dass die Vollversammlung vorher darüber diskutiert und abstimmt. Auch wer welche Position besetzt, wird von allen gemeinsam bestimmt (Interview, *Ni, 01.03.2013). Neben dieser Teilhabe erhalten alle Mitglieder den gleichen Monatslohn von 1.150 Euro brutto (Stand: Mai 2015). Der Monatslohn liegt damit unter dem Lohn, den die Mitglieder vor der Krise bei der *Eleftherotypia* erhalten haben. Im Gegensatz zu den Mitarbeiter*innen anderer griechischer Tageszeitungen verfügen die Mitglieder der EfSyn, wie Mitglied *Ni erzählt, allerdings über einen krisensicheren Arbeitsplatz. Die Mitglieder erhalten zudem Urlaubs- und Feiertagszuschüsse (Interview, *Ni, 10.05.2015). Einige Mitglieder der EfSyn äußerten in der Vergangenheit den Wunsch, ein Rotationsprinzip einzuführen, was von der Vollversammlung jedoch mehrheitlich abgelehnt wurde. EfSyn-Mitglied *Ni erzählt, warum ein Rotationssystem für eine Tageszeitung nicht sinnvoll ist:

»Es gab einige Kollegen, die ein Rotationssystem wollten, aber sie waren die Minderheit [...]. Einige thematisierten es [das Rotationsprinzip, *Anm. d. Verf.*], aber es wurde nicht angenommen [von der Vollversammlung, *Anm. d. Verf.*]. Ich persönlich glaube nicht, dass ein Rotationssystem in einer Tageszeitung funktioniert. Ich könnte darüber diskutieren, wenn es ein Magazin wäre. Ein monatliches, selbst ein wöchentli-

ches. Aber in einer Tageszeitung funktioniert es nicht. Es ist ein sehr anspruchsvoller Job. Du kannst nicht jeden Tag oder jede Woche den Direktor wechseln. Du brauchst einen Langzeitplan. Wir können das nicht so einfach ändern, weil es eine große Struktur ist. Hier sind 120 Menschen angestellt [Stand: Mai 2015, *Anm. d. Verf.*], über 40 weitere arbeiten ehrenamtlich mit und sind keine Mitglieder der Genossenschaft. Fünf Korrespondent*innen außerhalb Griechenlands [...] Ich glaube, wir brauchen etwas Beständigeres. Wenn uns etwas nicht gefällt, können wir es in der Versammlung ansprechen. Es gibt also kein Problem. Wenn wir etwas ändern wollen, können wir es ändern« (Interview, *Ni, 10.05.2015).

Auch wenn die EfSyn über feste Strukturen und Positionen verfügt, gibt es bei der Tageszeitung dennoch eine Flexibilität und Offenheit, die es bei anderen griechischen Zeitungsmedien so nicht gibt. Die Positionen werden von allen Mitgliedern gemeinsam bestimmt und können jederzeit geändert werden (Interview, *Ni, 10.05.2015). *Ni erzählt, wie er und einige Kolleg*innen aufgrund hoher Arbeitsanforderungen und Meinungsverschiedenheiten ihre Positionen innerhalb des Betriebs gewechselt haben:

»Es gibt drei Ressorts, aus denen Kolleg*innen wechselten. Ich war Redakteur im Ressort für internationale Nachrichten und ich habe da gekündigt. Ich hatte einen Streit über strategische Themen, das Internet. Ich war der Meinung, dass es verrückt ist, den Internetauftritt nicht auszubauen. Ich wollte es mehrsprachig haben und sie [die Arbeitskolleg*innen, *Anm. d. Verf.*] wollten es nur auf Griechisch. Also, da gingen unsere Meinungen auseinander darüber, wie die Zeitung sich entwickeln soll. Also kündigte ich [...]. Ein anderer Kollege übernahm meine Position. Ich bin immer noch in der Zeitung. Es ist meine Zeitung. Ich arbeite hier. Aber ich wollte nicht an etwas partizipieren, womit ich nicht einverstanden bin. Eine andere Kollegin ist aus dem Ressort für Lokalnachrichten weg, weil sie sagte: »Ich kann das nicht, das ist zu viel für mich«. Also wählten wir eine andere [für die Position, *Anm. d. Verf.*]« (Interview, *Ni, 01.03.2013).

Die Mitglieder können bei der EfSyn somit jederzeit zwischen verschiedenen betriebsinternen Positionen wechseln, sofern vorher mehrheitlich darüber abgestimmt wurde.

10.1.3 Politisches Selbstverständnis

Die Mitglieder der EfSyn beschreiben die Zeitung als ein von »politischen, ökonomischen und parteilichen Mächten« unabhängiges Projekt (EfSyn 2022b). Entsprechend wird die EfSyn weder von der »Regierung oder einer politischen Partei« noch von »mächtigen Verleger*innen« unterstützt (EfSyn 2022b). Dafür legen die Mitglieder Wert darauf, die »Erwartungen eines sehr breiten Spektrums der Gesellschaft« zu erfüllen, von den eher »konservativen« Fraktionen bis hin zur »radikalen Linken« (EfSyn 2022b). Unabhängig zu sein bedeutet für die Mitarbeiter*innen der EfSyn darüber hinaus unabhängig und mehrstimmig zu berichten, ohne dabei den Interessen anderer gegenüber verpflichtet zu sein – etwas, das viele Journalist*innen anderer griechischer Tageszeitungen nicht erleben dürfen. Aus Angst, ihre Arbeit zu verlieren, berichteten viele Journalist*innen seit 2010 aus einer wenig kritischen Perspektive über die Krise, wie eine EfSyn-Redakteurin in einem Zeitungsinterview erzählt:

»Unter den Bedingungen der Krise funktioniert die Propaganda in den von Staat und Wirtschaft kontrollierten Medien besonders gut. Schließlich werden die Journalisten schlecht bezahlt und sind immer mit der Angst konfrontiert, entlassen zu werden. Viele werden daher alles schreiben, was von ihnen verlangt wird. Daher begegnen wir in fast allen griechischen Massenmedien der Botschaft, es gebe keine andere Lösung als die Durchsetzung der Austeritätspolitik. Jeder Arbeitskampf wird verleumdet und als Angriff auf die griechische Wirtschaft dargestellt« (Nowak/Tziantzi 2014).

EfSyn-Mitglied *Psi zufolge ist die EfSyn eine der wenigen griechischen Tageszeitungen, wenn nicht die einzige Tageszeitung, die aufgrund ihrer unabhängigen und mehrstimmigen Berichterstattung⁵ von vielen Menschen geschätzt wird (Interview, *Psi, 03.01.2016). Die Leser*innen wissen »zum Beispiel einen Tag nach einer großen Demonstration«, dass nur die EfSyn »seriöse Dinge schreibt über die Bullen, die Repression, das Tränengas und so weiter« (Interview, *Psi, 03.01.2016). Von ihren Leser*innen wurde die EfSyn vor allem auch wegen ihrer kritischen Berichterstattung über die Krisenpolitik wertgeschätzt (Nowak/Tziantzi 2014). Eine kritische Berichterstattung bedeutet für die Journalist*innen der EfSyn auch, über die Proteste und gesellschaftlichen Selbstorganisationsprozesse zu berichten, über die »der Großteil der Massenmedien« nicht berichtet (Nowak/Tziantzi 2014):

»Wir haben über die Streiks der Lehrer und der Beschäftigten im öffentlichen Sektor berichtet. Wir sind auf Seiten der Putzfrauen des griechischen Finanzministeriums, die jeden Tag demonstrieren und dabei häufig mit Polizeigewalt konfrontiert werden. Wir berichten über die Handelsangestellten im Buchsektor, die sich gegen die Abschaffung des Sonntagsarbeitsverbots wehren. Wir sind auch solidarisch mit den Menschen, die sich gegen Umweltzerstörung wehren« (Nowak/Tziantzi 2014).

Eben weil die EfSyn »als eine von erwerbslosen Journalist*innen« gegründete Zeitung »auf der Seite der Prekären, Unterbezahlten und Erwerbslosen« steht und deren Interessen vertritt (Nowak/Tziantzi 2014), ist sie, EfSyn-Mitglied *Psi zufolge, bei vielen Menschen in Griechenland sehr beliebt (Interview, *Psi, 03.01.2016). Als eine Zeitung, die selbst aus den Protesten hervorgegangen ist, berichtet sie nicht nur über die Proteste und sozialen Bewegungen, sondern betrachtet sich selbst als Teil von ihnen, wie *Psi erzählt:

»Meiner Meinung nach ist der Hauptunterschied zwischen EfSyn und anderen Zeitungen, dass EfSyn Teil der Bewegung ist. Es gibt keine*n Eigentümer*in mit Vermögen. Die Zeitung gehört uns allen. Wir sind Teil der Linken, wir haben Menschen, die Anarchist*innen, Kommunist*innen, Aktivist*innen sind. Wir stehen den Armen nahe, weil auch wir arm sind. Die anderen Zeitungen schreiben über die Armen, damit sie Blätter verkaufen. Wir sind die einzige Zeitung, in der du radikale, revolutionäre Ideen siehst, die Trennung von Staat und Kirche, volle Rechte für die Geflüchteten, Solidarität mit

5 Die Journalismusbranche in Griechenland befindet sich in enger »Abhängigkeit vom Staat, der über 50 Prozent des Anzeigenmarkts kontrolliert« (Papadimitriou 2012). Viele Beschäftigte in der Branche sind zudem »in Staatsunternehmen und Regierungsstellen tätig« (Papadimitriou 2012).

Inhaftierten et cetera. Das sind Dinge, die du in anderen Zeitungen nicht sehen wirst. Wir haben radikale Ideen und niemand kann uns davon abhalten, sie zu schreiben« (Interview, *Psi, 03.01.2016).

Auch wenn die EfSyn sich selbst als eine kritische Medienstimme versteht, so hat die Zeitung dennoch keinen antistaatlichen Charakter. Während die EfSyn-Mitglieder von Anfang an die Krisenpolitik ablehnten und die Regierung unter Antonis Samaras (2012–2015) hinterfragten, sympathisieren einige Mitglieder der EfSyn mit SYRIZA (Interview, *Ni, 10.05.2015). Selbst nach der Verabschiedung des dritten Memorandums im Sommer 2015 berichtete die EfSyn aus einer Perspektive, die Verständnis für das Handeln der damaligen Regierung unter SYRIZA/ANEL zeigte, »da es keine andere Wahl als das Memorandum« gegeben habe (Interview, *Psi, 03.01.2016). Zwar seien »die Maßnahmen schlecht« gewesen, aber »nicht SYRIZA« (Interview, *Psi, 03.01.2016). Die Sympathie gegenüber SYRIZA hindere die EfSyn-Mitglieder allerdings nicht daran, die Regierung zu hinterfragen (Interview, *Ni, 10.05.2015). Einige Mitarbeiter*innen der EfSyn seien zwar »SYRIZA-Mitglieder«, trotzdem habe die EfSyn »keine Verbindung zur Partei« (Interview, *Ni, 10.05.2015).

10.1.4 Soziale Beziehungen

Die Beziehungen zwischen den Mitgliedern der EfSyn sind trotz formeller hierarchischer Strukturen im Betrieb durch Offenheit und Transparenz gekennzeichnet. Wenn Konflikte untereinander auftreten, werden diese gemeinsam ausdiskutiert. Darin unterscheidet sich die EfSyn von anderen Tageszeitungen, bei denen sich die Mitarbeiter*innen an die Direktion wenden und das Problem hinter verschlossenen Türen besprochen wird:

»Die Essenz der Unterschiedlichkeit von Menschen bleibt immer dieselbe, aber wie du sie löst [die Konflikte, *Anm. d. Verf.*], ist anders. Probleme gibt es überall, an jedem Arbeitsplatz. Probleme, die auftreten, wenn Menschen zusammenarbeiten, aber wie du sie löst, ist anders. In einer üblichen Zeitung gehst du zu*r Direktor*in und er oder sie löst das Problem. Hier diskutieren wir oftmals über diese Probleme. Nicht die sehr persönlichen, aber Probleme, die in den Beziehungen zwischen Kolleg*innen auftreten, weil sie mit der Arbeit verbunden sind. Ja, oftmals diskutieren wir sie in der Versammlung. Wenn du weißt, dass ein Problem offen diskutiert werden kann und alle deine Kolleg*innen ihre Meinung dazu beitragen können [...]. Ich denke, das ist gut. Manchmal löst es das Problem und ich denke auch, dass es transparenter ist und es widersetzt sich der Idee, dass die Direktor*in die einzige Referenz ist, dass nur er oder sie auf sehr rationale Weise handeln kann, im eigenen Interesse oder im Interesse der Eigentümer*in der Zeitung. Wir machen die Zeitung. Also müssen wir dies ändern« (Interview, *Ni, 10.05.2015).

*Ni zufolge können die Mitarbeiter*innen der EfSyn bei Konflikten mit der Direktion, anders als bei anderen Tageszeitungen, ihre Meinung frei äußern, ohne dass sie Sanktionen oder eine Entlassung fürchten müssen (Interview, *Ni, 01.03.2013). Dieses entspannte Miteinander auf Augenhöhe erlebte das jüngste Redaktionsmitglied *Psi bereits

beim Bewerbungsgespräch mit der Direktion. Wie *Psi erzählt, fühlte er sich trotz des großen Altersunterschieds von allen Kolleg*innen von Anfang an respektiert und anerkannt. Auch seine politische Orientierung als Anarchist wird von den Kolleg*innen, von denen sich viele selbst als linksliberal einordnen, respektiert:

»Ich persönlich wusste vom ersten Tag an, als ich zur Universität ging, um Journalismus zu studieren, dass ich nur bei der EfSyn arbeiten kann, nirgendwo anders. Als ich mein Diplom bekam, ergriff ich die Initiative – denn die Universität wollte es nicht – und ging zum Direktor der Zeitung und sagte ihm, dass ich mit ihnen zusammenarbeiten will. Damals war ich 20, er 67. Mein ›Interview‹ war witzig: Anstatt über mein Studium und meine Qualifikationen zu sprechen, begannen wir über die Linke, den Anarchismus und bewaffnete Rebellen, die im Gefängnis sitzen, zu reden. Wir einigten uns und ich kam, um hier zu arbeiten. Zuerst machte ich für einige Monate Reportagen und später entschied ich, Nachrichtenreporter zu werden. Ich glaube noch immer, dass ich nicht woanders arbeiten könnte. Hier weiß jeder, dass ich ein Anarchist bin. Ich rede offen darüber und niemand hat Angst vor mir. Ich trage was auch immer für Klamotten ich tragen will. Ich habe Ohrringe, ich war nicht beim Militärdienst – und ich werde auch nicht hingehen – und niemand hat ein Problem damit. Sie wissen sogar, dass ich einige sehr radikale Ansichten vertrete. Wir diskutieren, wir sind unterschiedlicher Meinung, aber sie respektieren mich und ich respektiere sie. Ein anderes ernsthaftes Problem bei anderen Zeitungen ist, dass dich niemand als Journalist respektiert, wenn du unter 35 bis 40 Jahre alt bist. Das Durchschnittsalter liegt bei über 50 Jahren und im Journalismus wird Erfahrung als riesengroßer Vorteil angesehen. Daher wäre es für mich schwierig [bei einer anderen Zeitung, *Anm. d. Verf.*], da ich der Jüngste von allen bin – heute 22. Ich denke, dass es mir gelungen ist, den Respekt aller zu gewinnen. Sie begegnen mir mit Gleichheit und Ernsthaftigkeit. Viele Journalist*innen, die älter sind als meine Eltern, zeigen mir, dass sie meine Arbeit schätzen und dass sie gerne mit mir arbeiten und darüber freue ich mich« (Interview, *Psi, 03.01.2016).

10.1.5 Finanzierung, Förderung und Kooperation

Die EfSyn wird finanziell weder durch den Staat noch durch Privatunternehmen gefördert. Wie Mitglied *Ni erzählt, nimmt die EfSyn, im Gegensatz zu anderen Zeitungs- und Fernsehmedien in Griechenland, auch keine Fördergelder von politischen Parteien an. Bankkredite aufzunehmen lehnen die Mitglieder ebenfalls ab (Interview, *Ni, 10.05.2015). Manchmal, »sehr selten«, enthalten einzelne Ausgaben der EfSyn Werbung (Interview, *Ni, 10.05.2015). Insgesamt versteht sich die EfSyn allerdings als finanziell unabhängig (Interview, *Ni, 10.05.2015).

10.1.6 Herausforderungen

10.1.6.1 Wettbewerb und geringe Verkaufszahlen

In der Anfangsphase hatten die Mitglieder der EfSyn mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Das Startkapital des Projekts war relativ gering. Zudem waren die Mitglieder nicht sicher, ob es ihnen langfristig gelingen würde, durch die Arbeit bei der EfSyn ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Darüber hinaus mussten sie dem Wettbewerb auf

dem Zeitungsmarkt standhalten, was für die Mitarbeiter*innen laut *Ni eine große Herausforderung war:

»Vor einigen Monaten glaubten wir, dass wir nicht bestehen werden. Als wir den Markt betraten, veröffentlichte *Eleftherotypia* – die Zeitung, von der die meisten von uns kommen – wieder. Also hatten wir von Anfang an eine Opponentin, die versuchte, Leser*innen aus dem gleichen Umfeld, nämlich das der unabhängigen Zentrum-Linken, für sich gewinnen. Jetzt existiert *Eleftherotypia* nicht mehr. Am Anfang waren wir die einzige Zeitung, die versuchte anders zu sein. Inzwischen haben einige andere Zeitungen das gleiche wie wir versucht. Es gab einen großen Konkurrenzkampf. Wir haben trotz des Wettbewerbs überlebt. Jetzt geht es uns gut und wir müssen uns verbessern. Vorher konnten wir nicht über eine Zukunft nachdenken, weil wir jeden Tag um das Überleben kämpften. Unsere Verkaufszahlen waren damals gering. Jetzt verkaufen wir genug und können alle bezahlen und müssen uns nicht verschulden. Als die Verkaufszahlen 25 Prozent geringer als heute waren, gab es ein Defizit und wir mussten überlegen, wie wir das Defizit überwinden. Eine Lösung wäre gewesen, zur Bank zu gehen und nach Geld zu fragen, aber das wollten wir nicht. Wir wollten unabhängig sein von Banken. Also taten wir das nicht. Die andere Lösung war, zu versuchen, die Auflagen zu erhöhen. Das ist es, was wir taten. Mit dem Internet. Je besser deine Internetpräsenz, desto mehr Verkäufe hast du. Also, bis vor zwei Monaten führten wir einen Kampf, aber es hat sich etwas verändert. Es entwickelt sich gerade alles« (Interview, *Ni, 10.05.2015).

10.1.6.2 Geringe Partizipation der Leser*innen

Neben finanziellen Hürden ist das Verhältnis zwischen der EfSyn und ihren Leser*innen eine weitere Herausforderung, der sich die Mitglieder der EfSyn bislang allerdings nicht gestellt haben. Der Kontakt zur Leser*innenschaft, die in schwierigen Zeiten zu den EfSyn-Gründer*innen hielt und ihre Solidarität mit deren Streik ausdrückte, ist den EfSyn-Mitgliedern sehr wichtig. Allerdings sei es bisher nicht gelungen, die Leser*innen aktiv an der Zeitung teilhaben zu lassen. Das sei *Ni zufolge »ein komplexes Thema«, dass für die Mitglieder während der Gründungsphase des Projekts keine Priorität hatte (Interview, *Ni, 10.05.2015). Ihnen fehlten »die Ressourcen, um mit solchen Problemen fertig zu werden« (Interview, *Ni, 10.05.2015). Die EfSyn-Mitglieder sind sich ihrer »Nachteile« allerdings bewusst und wissen, dass sie »mehr machen« und versuchen müssen, »einige Probleme zu lösen« (Interview, *Ni, 10.05.2015).

10.1.6.3 Projektinterne Konflikte und fehlendes Know-how

Insbesondere in der Anfangsphase des Projekts gab es unter den Mitgliedern zudem Konflikte über die inhaltliche Ausgestaltung der Zeitung. *Ni fand beispielsweise, dass sich eine professionelle und qualitativ hochwertige Zeitung durch eine gute Internetpräsenz auszeichnet; mit Berichten, die für alle frei zugänglich und auf mehreren Sprachen verfügbar sind, um sich international besser zu vernetzen. Andere Mitarbeiter*innen hielten diesen Aspekt allerdings für nicht so wichtig:

»Wir haben kein gutes Internet, es ist alles auf Griechisch. Meine Meinung ist, dass wir offener sein müssen. Die aktuellen europäischen Probleme sind nicht isoliert innerhalb der Grenzen eines Landes. Also müssen wir kommunizieren. Genauso, wie du her-

kommst und dich für uns interessierst, müssen wir die Gelegenheit ergreifen, dich darüber zu informieren, was in Griechenland passiert, in einer *lingua franca*, die Englisch ist. Also zumindest einige Teile der Zeitung, zumindest die Berichterstattung über die Krise, muss meiner Meinung nach auch auf Englisch passieren – jeden Tag und kostenlos zugänglich für alle, damit sie sich eine alternative Meinung darüber bilden können, was in Griechenland passiert. Sie [die Kolleg*innen, *Anm. d. Verf.*] sagen jetzt, dass wir kein Geld haben, das zu tun. Aber ich glaube, dass sie sehr konservativ sind« (Interview, *Ni, 01.03.2013).

Neben Meinungsverschiedenheiten zwischen Kolleg*innen war das »alles selber machen« zu Beginn ebenfalls eine große Herausforderung für die Projektgründer*innen (Interview, *Ni, 01.03.2013). Ohne das nötige *Know-how* und ohne die Unterstützung anderer mussten die Projektgründer*innen vieles neu lernen, z.B. wie Kalkulationen und Steuerabrechnungen gemacht werden und wie bürokratische Prozesse ablaufen (Interview, *Ni, 01.03.2013).

10.1.7 Gesellschaftspolitische Ziele

10.1.7.1 Kollektive Krisenbewältigung durch Selbstorganisation

Für die Mitglieder der EfSyn stellte sich ihr selbstverwaltetes Zeitungsprojekt, wie Mitglied *Ni erzählt, letzten Endes als »ein kleines Wunder« heraus (Interview, *Ni, 01.03.2013). Mit einem relativ geringen Startkapital gelang es ihnen, in der Krise eine professionelle Zeitung zu kreieren und »einige positive Schritte in der Ära der Krise zu machen« (Interview, *Ni, 01.03.2013). Dabei zeigte ihnen die Erfahrung in der Selbstorganisation, dass sie fähig sind, ihr »Schicksal in die eigenen Hände« zu nehmen, ohne darauf zu warten, dass sie jemand anderes rettet (SYRIZA 2014a: 00:12:10-00:12:23), wie ein EfSyn-Mitglied 2014 bei einer Pressekonferenz von SYRIZA erzählte.

10.1.7.2 Beispiel setzen für eine andere Form von Arbeit

*Ni zufolge möchten die Mitglieder mit ihrem Projekt zeigen, dass es möglich ist, alternative Formen von Arbeit zu kreieren (Interview, *Ni, 10.05.2015). Laut *Ni macht die Arbeit in einem genossenschaftlich und kollektiv geführten Unternehmen einen großen Unterschied. Die Mitarbeiter*innen seien »motivierter, weil es ihre Arbeit ist und sie partizipieren mehr – selbst wenn es mal Probleme gibt (Interview, *Ni, 10.05.2015). Mit ihrem Projekt wollen die EfSyn-Gründer*innen »ein Beispiel für andere« setzen, um »eine Lösung für ihre Probleme zu finden – nicht individuell, sondern durch kollektive Anstrengungen« (Interview, *Ni, 10.05.2015). Gerade in Zeiten der Krise sollten der »dominanten Ideologie, individuelle Lösungen zu finden [...] kollektive Anstrengungen entgegengesetzt werden« (Interview, *Ni, 10.05.2015). Für die EfSyn-Mitglieder lieferte die Etablierung einer selbstverwalteten Zeitung jedenfalls nicht nur die Möglichkeit, kollektiv die Krise zu bewältigen, sondern auch, die eigene »Würde als Professionelle und als Menschen« zu bewahren (Interview, *Ni, 10.05.2015). Der EfSyn gelang es dabei in relativ kurzer Zeit, sich vom gesellschaftlichen Experiment, dass die Zeitung 2013 noch gewesen ist, in eine der populärsten etablierten Tageszeitungen in Griechenland zu transformie-

ren und sich eine dauerhafte Position auf dem griechischen Zeitungsmarkt zu sichern, wie Mitglied *Ni erzählt:

»Im letzten Jahr hatten wir einen 30-prozentigen Zuwachs der Auflagen und der Werbung. Im Vergleich dazu, wie es vor zwei Jahren war, ist es wie Tag und Nacht. Zwei Jahre zuvor standen wir am Anfang. Wir versuchten unseren Weg zu finden. Jetzt wissen wir, wo wir stehen. Wir haben eine Position in den Medien. Wir sind kein Experiment mehr. Wir sind eine etablierte Zeitung auf dem Markt mit unserer eigenen Identität, die die Genossenschaft ist. Aber die Genossenschaftsidentität heißt nicht, dass wir keine professionelle Zeitung sind. Dies ist unsere Seele [die Genossenschaft, *Anm. d. Verf.*]. Aber es gibt keinen anderen Weg, eine zentrale Rolle in den Medien zu haben, wenn du nicht auch professionell bist. Aber jetzt können wir sagen, dass wir eine etablierte Zeitung sind, die bestehen wird. Es ist kein Experiment, das sterben könnte. Jetzt, nach zweieinhalb Jahren, sind wir hier, um zu bleiben. Das ist sehr wichtig für uns. Und es gibt uns den Boden, um kreativer zu denken – wie wir verbessern können, was wir haben. Vor einigen Monaten führten wir einen Überlebenskampf. Inzwischen wissen wir, dass wir hier sind und wir kämpfen darum, die Zeitung zu machen« (Interview, *Ni 10.05.2015).

10.1.8 EfSyn heute

Auf Anordnung eines Gerichts erhielten im Oktober 2020 alle ehemaligen Angestellten der *Eleftherotypia* endlich ihre seit neun Jahren ausstehenden Lohnauszahlungen (EfSyn 2020). Seit November 2021 veröffentlicht die EfSyn die griechischsprachige Version der Zeitschrift *Rolling Stone*. Diese erscheint seit 2021 erstmals auf Griechisch (EfSyn 2021). Bis heute (Stand: 2025) ist die EfSyn die einzige selbstverwaltete Tageszeitung in Griechenland.

10.2 »Ihr könnt nicht? Wir können!!!« – die selbstverwaltete Fabrik Vio.Me.

10.2.1 Entstehungsgeschichte

10.2.1.1 Besetzung der Fabrik

Als eines von zwei Tochterunternehmen der Unternehmensgruppe *Philkeram Johnson* wurde die Baustofffabrik Vio.Me. 1982 in Thessaloniki gegründet. *Philkeram Johnson* war bis 2011 eines der größten Keramik- und Bauunternehmen in Griechenland. Bis Ende der Nullerjahre lief das Geschäft für das Unternehmen sehr gut. Wie viele andere Bau- und Immobilienfirmen profitierte *Philkeram Johnson* infolge des Eintritts Griechenlands in die Eurozone⁶ von günstigen Krediten internationaler Investor*innen (Kaur/Benjamin 2015). Nach Beginn der Weltwirtschaftskrise 2007/2008 verschlechterte sich die Situation des Unternehmens allerdings zusehends. Infolge der Rezession sank die Nachfrage nach Produkten von *Philkeram Johnson*, sodass die Firma 2009 einen Verkaufsrückgang

6 Insbesondere in der Periode um die Olympischen Spiele im Jahr 2004 »boomte« der griechische Bausektor (Kaur/Benjamin 2015).

von 20 Prozent erlebte und durch Kreditaufnahmen und Steuerzahlungsrückstände Schulden in Höhe von über 35 Millionen Euro anhäufte. Um diese Schulden zu begleichen, nahm das Unternehmen 2009 und 2010 beim Tochterunternehmen *Viomichaniki Metalleutiki* (Vio.Me.) Kredite in Höhe über 2,7 Millionen Euro auf (Diakoptes 2013: 00:02:52–00:03:15).

Aufgrund der wirtschaftlich desolaten Situation des Unternehmens entschied sich die Unternehmensführung 2010 dazu, die Mitarbeiter*innen von Vio.Me. in den unbezahlten Urlaub zu entlassen. Nach einigen Monaten zahlte sie den Beschäftigten bei Vio.Me. nur noch unregelmäßig und unvollständig ihre Löhne aus. Ab Mai 2011 wurden den Beschäftigten gar keine Löhne mehr ausgezahlt. In Reaktion auf die ausstehenden Lohnauszahlungen reichten die Vio.Me.-Beschäftigten im Juli 2011 zunächst eine Beschwerde bei der Arbeitsbehörde ein (Diakoptes 2013: 00:03:56–00:04:07). Da dieser Schritt ohne Auswirkungen blieb, beschlossen die Beschäftigten »selbstständig zu kämpfen« (Diakoptes 2013: 00:00:12). Ohne sich mit der Gewerkschaft abzustimmen, beriefen sie eine Vollversammlung ein und entschieden einstimmig, in den Streik zu treten, die Fabrik zu besetzen und das Fabriktor zu blockieren. Ein Streikbeteiligter beschreibt die Ereignisse:

»Das Erste, was wir taten, war, die Arbeit nieder zu legen und zu streiken [...]. Wir entschieden, dass alle Arbeiter*innen an den Entscheidungen beteiligt sein sollen und alle Verantwortung für die Entscheidungen tragen sollen. So haben wir den Vorstand abgeschafft, damit wir direkt durch die Vollversammlung operieren. Dann gab es die Entscheidung, das Fabriktor zu blockieren, damit wir in den Konflikt mit der Unternehmensführung gehen konnten. Und diese machte einen kleinen Schritt zurück und unterschrieb eine Vereinbarung, in der sie versicherte, uns zu bezahlen. Nach den ersten zwei, drei Raten gab es nichts mehr (Diakoptes 2013: 00:04:12–00:05:05).

Allmählich begann die Unternehmensführung nachzugeben und die ausstehenden Lohnauszahlungen teilweise zurückzuzahlen. Es dauerte allerdings nicht lange, bis die Zahlungen wieder eingestellt wurden und die Arbeiternehmer*innen erkennen mussten, dass die Unternehmensführung nicht gewillt war, eine wirkliche Lösung zu finden (Diakoptes 2013: 00:04:55–00:05:05). Einem heutigen Vio.Me.-Mitglied zufolge war diese Erkenntnis ein wichtiger Wendepunkt, der dazu führte, dass sich auch die letzten zögerlichen Mitarbeiter*innen, dem Protest anschlossen (Diakoptes 2013: 00:05:21). Im Juli 2011 traten Beschäftigte des Mutterunternehmens *Philkeram Johnson* aufgrund von Lohnrückständen ebenfalls in den Streik und blockierten die Fabrikeingänge, so dass keine Waren ein- und ausgehen konnten. Die Unternehmensführung trat daraufhin in Gespräche mit den Vio.Me.-Streikenden und bat diese, die Fabrikbesetzungen und -blockaden zu beenden, allerdings ohne den Beschäftigten im Gegenzug ihre Löhne auszahlen zu wollen (Diakoptes 2013: 00:05:35–00:06:40). Statt mit den Beschäftigten gemeinsam eine Lösung zu finden, meldete *Philkeram Johnson* schließlich Konkurs an.

Die Fabrik Vio.Me. blieb mit einer hohen Summe an Schulden zurück⁷ und die Beschäftigten blieben sich selbst überlassen (Interview, *Di, 10.03.2015).

10.2.1.2 Selbstverwaltung der Fabrik

Nachdem die Eigentümer*innen Konkurs gemeldet hatten, entschieden die Beschäftigten des Mutterunternehmens *Philkeram Johnson* ihre Besetzung zu beenden. Die Beschäftigten bei Vio.Me. setzten ihren Protest dagegen fort. Um einen Abtransport der Maschinen aus der Fabrik zu verhindern, blockierten sie die Türen der Fabrik und bewachten sie Tag und Nacht. Ein Jahr lang setzten die Beschäftigten die Besetzung der Fabrik fort. In dieser Zeit forderten sie weiterhin die ihnen zustehenden Lohn- und Kompensationszahlungen. Die ehemaligen Eigentümer*innen kamen den Forderungen allerdings nicht nach. Da die Eigentümer*innen zudem keine ordentliche Kündigung ausgesprochen hatten, bestand für die Vio.Me.-Beschäftigten auch kein Anspruch auf Arbeitslosengeld. Ein Jahr nach dem Streikbeginn befanden sich die Vio.Me.-Beschäftigten somit in einer großen Notsituation. Zu diesem Zeitpunkt kamen unter ihnen Diskussionen darüber auf, die Produktion in der Fabrik selbstverwaltet fortzuführen. Wie zwei Mitglieder des heutigen Vio.Me.-Projekts erzählen, ließen die soziale Not und die fehlende berufliche Perspektive den Beschäftigten keinen anderen Ausweg, als die Fabrik selbst zu übernehmen:

»Wir hatten keine Wahl. Wir alle hatten ein gewisses Alter erreicht. Die meisten von uns, wenn nicht alle, sind über 40. Eine Arbeit in der Krise zu finden, war unmöglich. Unser Geld zu bekommen stand auch außer Frage. Also gab es nur eine Lösung: Wir behalten die Fabrik, wir arbeiten weiter, wir verdienen unseren Lebensunterhalt, wir retten unsere Leben, wir retten unsere Familien, wir retten unsere Würde« (Azzellini/Ressler 2015: 00:02:50-00:03:17).

»Seit dem Moment, als die Arbeitgeber*innen weg sind, war das Einzige, was wir tun konnten, nach Hause zu gehen, um auf unser Schicksal zu warten, was wir nicht wollten. Derzeit gibt es viele Menschen hier, die Selbstmord begehen. Das ist nicht, was wir wollen. Wir wurden trotzig und dachten, dass wir etwas tun können, um in der Fabrik zu bleiben [...]. Was wir taten, war, dass wir uns hier zusammensetzten, um einen Weg zu finden, wie wir die Fabrik führen können« (Interview, *Di, 10.03.2015).

Die Vollversammlung der Vio.Me.-Beschäftigten stimmte mit einer Mehrheit von 97 Prozent für die Selbstverwaltung der Fabrik (Jourdan/Maeckelbergh 2013: 00:02:47). Zum Zeitpunkt der Abstimmung waren bereits über 20 Beschäftigte aus dem Streik ausgetreten. Lediglich 45 der anfangs 65 Streikbeteiligten beschlossen, an der Selbstverwaltung der Fabrik mitzuwirken. Dabei handelte es sich bei allen 45 Beschäftigten um Mitglieder der 2006 gegründeten Basisgewerkschaft von Vio.Me., wie ein heutiges Mitglied der selbstverwalteten Fabrik erzählt:

»Es blieben nur wir, die 45 aus der Gewerkschaft. Diejenigen, die sich nicht vorstellen konnten, wie wir die Fabrik führen würden – ohne Bosse, denn auch wir können ohne

7 Die ehemaligen Eigentümer*innen schulden den 65 Beschäftigten der Baustofffabrik Vio.Me. Lohn- und Kompensationszahlungen in Höhe von circa 1,5 Millionen Euro (Karyotis 2014).

Bosse – und einige, die Probleme mit ihren Familien hatten, verließen die Fabrik [...]. Sie konnten nicht. Sie haben es nur mit Bossen gekannt. Sie haben gelernt, anders zu arbeiten. Sie haben gelernt, allein zu arbeiten und nicht mit anderen zusammen und sie konnten nicht« (Interview, *Di, 10.03.2015).

Insbesondere die Chemiker*innen lehnten es ab, sich an der Selbstverwaltung der Fabrik zu beteiligen, weil sie, wie *Di berichtet, geringere Löhne als in ihrer vorherigen Anstellung erhalten würden:

»Damit du verstehst, als wir angefangen haben mit allem, haben wir denen in der Chemie gesagt: ›Leute, wenn ihr bleiben wollt, können wir dieses und jenes Geld alle zusammen verdienen und das ist, was wir auszahlen, analog zum Umsatz, zum Gewinn.« Keiner wollte das von denen [den Chemiker*innen, *Anm. d. Verf.*]. Denn hier verdienten damals einige 2.000 Euro, 3.000 Euro. Wer würde von denen schon bleiben, die es anders kannten?« (Interview, *Di, 10.03.2015).

Anfangs sahen sich die Fabrikarbeiter*innen nicht nur mit einem Fachkräftemangel konfrontiert, sondern auch mit fehlenden finanziellen Ressourcen und Rohstoffen, die für eine Produktion in Eigenregie notwendig waren. Darüber hinaus begann zwischen ihnen und ihren ehemaligen Arbeitgeber*innen zu diesem Zeitpunkt ein Rechtsstreit um die Eigentumsrechte der Fabrik. Die Beschäftigten erhofften sich rechtliche und finanzielle Unterstützung durch den griechischen Staat. Sie führten Gespräche mit Vertreter*innen des Arbeitsministeriums und des Gewerkschaftsdachverbands GSEE. Allerdings verliefen die Treffen erfolglos (Karyotis 2014). Als sie erkannten, dass sie »von der Politik und auch den meisten Gewerkschaften keine Unterstützung bekommen«, planten sie, wie ein Vio.Me.-Mitglied in einem Zeitungsinterview erzählt, bei ihren »Versammlungen die nächsten Schritte« (Anagnostou/Nowak 2013). Ohne dass die Nutzung und Inbetriebnahme der Fabrik offiziell genehmigt wurde, entschieden die Beschäftigten, im Februar 2013 mit der Produktion zu beginnen. In einer öffentlichen Erklärung gaben sie ihr Vorhaben bekannt:

»Bei dem Treffen mit dem Minister im Arbeitsministerium haben wir insbesondere darauf hingewiesen, dass es bereits 20 Monate her ist, dass wir dem Ministerium gewisse Forderungen unterbreitet haben, und dass wir noch immer keine Antwort darauf haben. Es hat auch keinerlei Fortschritte bezüglich einiger Fälle gegeben, wo das Ministerium scheinbar eine Initiative gesetzt hatte, Hindernisse seitens anderer Ministerien aus dem Weg zu räumen [...]. Wir haben einen Punkt erreicht, an dem wir verzweifelt sind und wir sehen, dass wir nichts mehr verlieren können, was wir nicht ohnehin schon verloren haben. Daher haben wir den Minister informiert, dass wir mit dem Betrieb der Fabrik beginnen werden, ohne uns um irgendwelche Konsequenzen zu kümmern, denn wir glauben, dass der jetzige Zustand der schlimmstmögliche ist. Liebe Kolleg*innen, im Rahmen unserer Generalversammlung haben wir, die Arbeiter*innen von Vio.Me, beschlossen, dass die einzige Lösung gegen den ›Tornado‹ die ist, in unserer Eigenschaft als Arbeiter*innen direkt die Kontrolle über die Produktion zu übernehmen und die Verantwortung zu übernehmen, die Abläufe der Fabrik mittels unserer Arbeiter*innen-Generalversammlung zu dirigieren [...]. Wir haben unsere

eigene Antwort gegeben; wir wollen unsere Jobs zurück, wir wollen unsere Leben, wir wollen unsere Würde. Wenn das als irrational abgetan wird, ja, dann sind wir irrational! Wenn es als gesetzeswidrig erachtet wird, ja, dann verhalten wir uns gesetzeswidrig! Wenn es als undurchführbarer Traum abgetan wird, ja, wir sind unterwegs zu unserem Traum, und dazu, fähig zu werden, die Existenz unserer Familien zu sichern!« (Vio.Me 2013a).

Vio.Me. erhielt danach große öffentliche Aufmerksamkeit. Immer mehr Menschen erfuhren von den Plänen der Beschäftigten, den Betrieb der Fabrik selbstverwaltet fortzusetzen. Während der Großteil der politischen Parteien und Gewerkschaften das Vorhaben nicht unterstützte, besuchten Menschen aus der lokalen Gemeinde die Fabrik, um die Arbeiter*innen mit Sach- und Geldspenden zu unterstützen, wie ein Mitglied erzählt:

»Die meisten Menschen, die uns unterstützen, sind selbst arm und spenden uns etwas von dem Wenigen, das sie haben. Die einen bringen uns eine Packung Spaghetti oder getrocknete Bohnen, andere geben uns zwei Euro als finanzielle Unterstützung. Aber auch diese kleinen Hilfen sind sehr wichtig für uns, weil sie uns die Kraft und den Mut zum Weiterzumachen geben« (Anagnostou/Nowak 2013).

Gemeinsam mit Akteur*innen der sozialen Bewegungen organisierten die Fabrikbesitzer*innen Anfang Februar 2013 eine Solidaritätskarawane. Unter dem Motto: »Ihr könnt nicht? Wir können!!!« fuhren die Vio.Me.-Arbeiter*innen und die Solidarisierenden mehrere Tage durch verschiedene griechische Städte, in denen sie Aktionen in Solidarität mit den Vio.Me.-Arbeiter*innen veranstalteten (Diakoptes 2013: 00:11:40–00:13:15). Eine davon war ein Solidaritätskonzert in Athen, an dem über 5.000 Menschen teilnahmen. Am 12. Februar war es dann soweit: In Unterstützung verschiedener Initiativen und Vertreter*innen alternativer Fernseh- und Zeitungsmedien marschierten die Fabrikbesitzer*innen zum Fabrikgelände, wo sie Vio.Me. erstmals wieder in Betrieb nahmen (Vio.Me 2013b).

10.2.2 Struktur und Arbeitsweise

Seit April 2014 ist Vio.Me. als Arbeiter*innengenossenschaft registriert (Karyotis 2014). Alle Vio.Me.-Mitglieder besitzen den gleichen Genossenschaftsanteil, der nicht auf andere übertragen werden darf. Die Gründung der Vio.Me.-Genossenschaft (*Vio.Me. Sinerгатiki*, kurz: S.E. Vio.Me.)⁸ war Mitglied *Di zufolge vor allem notwendig, um als Unternehmen offiziell ihre Produkte verkaufen zu dürfen (Interview, *Di, 10.03.2015).⁹ Den Antrag auf die Gründung der Sozialgenossenschaft stellten die Mitglieder bereits wenige Monate nach der Übernahme der Fabrik im Februar 2013 (Interview, *Di, 10.03.2015). Das zentrale Entscheidungsorgan von Vio.Me. ist die Vollversammlung. Alle Mitglieder sind

8 Die Internetseite der Genossenschaft findet sich unter: <https://viomecoop.com>.

9 Zwar hatten die Vio.Me.-Gründer*innen ihre Produkte bereits vorher über solidarische Netzwerke vertrieben, allerdings ohne den Namen des Unternehmens aufzuführen (Flakin 2013).

gemäß der Projektsatzung verpflichtet, an der Vollversammlung teilzunehmen, die einmal pro Woche tagt und Entscheidungen möglichst nach Konsensprinzip trifft (Vio.Me 2013a). Es wird so lange diskutiert, bis sich alle einig sind, wie Mitglied *Di erzählt:

»Die Entscheidungen werden gemeinsam von allen getroffen und dann handeln wir. Und wenn bei einer Entscheidung die Hälfte oder die Mehrheit ›Ja‹ oder die anderen ›Nein‹ sagen, wenn es ein Problem gibt, findet wieder eine Versammlung statt und dann sehen wir weiter. Wir lassen nichts einfach so liegen. Die Vollversammlung ist es, die uns zusammenhält« (Interview, *Di, 10.03.2015).

Die »von der Vollversammlung getroffenen Entscheidungen sind für alle bindend« und deren »Umsetzung [...] verpflichtend« (Vio.Me 2013a). Mitglieder, die sich nicht an die Entscheidungen der Vollversammlung halten, haben mit Sanktionen zu rechnen. Diese reichen »von einer einfachen Verwarnung über eine zeitweilige Entlassung« bis »zum Rauswurf« (Vio.Me 2013a). Neben der wöchentlichen Vollversammlung halten die Mitglieder jeden Morgen vor Arbeitsbeginn eine Besprechung ab, in der sie gemeinsam Kaffee trinken und den Arbeitstag planen. Die tägliche Besprechung ist für die Mitglieder wichtig. Sie unterliegt keiner zeitlichen Begrenzung, sondern dauert so lange wie nötig (Interview, *Di, 10.03.2015).

Vio.Me. hat aktuell circa 25 Mitglieder (Stand: 2023), darunter eine Frau. Die Mehrheit der Mitglieder ist über 40 Jahre alt. In den letzten zehn Jahren sind mehrere Mitglieder aus dem Projekt ausgetreten und neue dazugekommen. Bei Vio.Me. arbeiten eine Chemikantin, ein Chemieingenieur, ein Programmierer, ein Elektriker und ein Buchhalter, die alle eine feste Position haben. Alle anderen Mitglieder haben keine festen Tätigkeiten, sondern verrichten möglichst viele Aufgaben. Kriterien wie Effizienz und Professionalität stehen bei Vio.Me. nicht im Vordergrund. Mitglied *Di zufolge ist es wichtiger, dass alle Mitglieder sämtliche Arbeitsabläufe in der Fabrik kennen:

»Wir müssen alle wissen, was wir hier machen. Es ist nicht wie früher, in einer Fabrik, in der ich war, wo wir vier Personen waren und eine arbeitete in einem Bereich, in den eine andere nicht rein konnte, um zu arbeiten. Hier rotieren wir. Wir lernen alles. Abgesehen vom Elektriker. Ich kann kein Elektriker sein und dasselbe gilt für den Buchhalter.¹⁰ Aber der *Va, der Elektriker, kann in andere Bereiche. Er ist in allen Bereichen vertreten. Das ist der Unterschied [...] Alle gemeinsam müssen wir lernen zu handeln« (Interview, *Di, 10.03.2015).

Die Mitglieder von Vio.Me. arbeiten in Vollzeit, montags bis freitags von 7 bis 15 Uhr. Zusätzlich gibt es zwei Nachtschichten pro Woche. Bei Vio.Me. gibt es keine formalen Arbeitsverträge, sondern eine Satzung, in der »grundlegende Prinzipien für das Betreiben der Fabrik gemäß ihrer Selbstverwaltung unter Arbeiter*innenkontrolle« (Vio.Me 2013a) festgeschrieben sind. Alle Mitglieder verdienen den gleichen Lohn, der bei 390 Euro im Monat liegt (Stand: 2019). Urlaubs- oder Weihnachtsgeld erhalten die Mitglieder nur,

10 Die Chemikerin, der Chemieingenieur und der Programmierer waren zum Zeitpunkt des von mir geführten Interviews mit *Di noch keine Mitglieder von Vio.Me..

wenn genügend Geld eingenommen wurde (Interview, *Di, 10.03.2015). Die Lohnfortzahlung bei Krankheitsausfällen gestaltet sich ebenfalls schwierig: »Da müssen wir sehen, was derjenigen Person passiert ist, natürlich sind wir hier vereint und versuchen zu helfen« (Interview, *Di, 10.03.2015). Ein Austritt aus dem Projekt ist jederzeit und ohne Kündigungsfrist möglich (Interview, *Di, 10.03.2015).

Anders als in ihrer ehemaligen Anstellung, in der die Vio.Me.-Mitglieder Industriekleber hergestellt haben, produzieren sie an ihrem selbstorganisierten Arbeitsplatz biologische Reinigungsprodukte. Dies ist einerseits damit zu begründen, dass den Mitgliedern die finanziellen Ressourcen für die Herstellung von Industrieklebstoff fehlten. Die Nachfrage nach Baustoff war infolge der Schuldenkrise zudem stark gesunken. Darüber hinaus legen die Mitglieder Wert darauf, umweltschonende Produkte herzustellen (Interview, *Di, 10.03.2015). Neben der Nachhaltigkeit ihrer Produkte ist es für die Vio.Me.-Mitglieder wichtig, dass ihre Produkte erschwinglich für alle sind. Der Verkauf und die Distribution der Vio.Me.-Produkte erfolgt nach dem Prinzip der Solidarität. Ziel der Vio.Me.-Mitglieder ist es, einen »direkten Zugang zur Gesellschaft« zu haben und die Zwischenhändler*innen zu umgehen, die, wie ein Vio.Me.-Mitglied im Dokumentarfilm von Dario Azzellini und Oliver Ressler erzählt, »grundlos einen parasitären Profit verdienen« (Azzellini/Ressler 2015: 00:11:30-00:11:35).

Die Distribution der Produkte erfolgt daher nicht über den wettbewerbsorientierten Markt, sondern über die sozialen Bewegungen, wie ein Vio.Me.-Mitglied im Dokumentarfilm von Brandon Jourdan und Marianne Maeckelbergh erzählt:

»Unsere Orientierung ist komplett anders im Vergleich zum Markt, wenn es darum geht, wie wir Güter produzieren und verteilen [...]. Wir werden alles tun, was wir können, um nicht-wettbewerbsfähige Waren zumindest für den größten Teil unserer Produktion zu haben [...]. Was die Verteilung betrifft, diese erfolgt durch die bestehenden Bewegungen, in dem Versuch, einen alternativen Weg zu schaffen, um unsere Produkte zu verkaufen, weil wir den Wettbewerb des Marktes verabscheuen. »Dieses Produkt ist billiger, dieses ist besser, mehr umworben und so weiter«. Es wäre besser, wenn diese Dinge gar nicht existieren würden. Es wäre besser, wenn es nur die Produkte geben würde, die die Menschen brauchen« (Jourdan/Maeckelbergh 2013: 00:10:23-00:11:42).

Der Vertrieb der Vio.Me.-Produkte wird nicht nur durch Akteur*innen der sozialen Bewegungen in Griechenland unterstützt, sondern auch durch solidarische Netzwerke im Ausland.¹¹

10.2.3 Politisches Selbstverständnis

Die Vio.Me.-Mitglieder ordnen sich selbst keiner spezifischen politischen Richtung zu. Sie befürworten allerdings, wie ein Vio.Me.-Mitglied bei einer Pressekonferenz von SYRIZA 2014 erzählte, »die Abschaffung des Kapitalismus« ebenso wie die Etablierung kollektiver Formen der Eigentümer*innenschaft (SYRIZA 2014a: 00:11:25-00:11:40). Das

11 In Deutschland werden die Seifen und Waschmittel von Vio.Me. unter anderem im Onlineshop der Föderation gewerkschaftlicher Kollektivbetriebe verkauft unter: <https://www.union-coop.org>.

Projekt sieht seinen Platz, wie Mitglied *Di erzählt, »in der Gesellschaft«, die »das Wegweisende für alles« ist (Interview, *Di, 10.03.2015). Die Fabrik und das Fabrikgelände betrachten die Mitglieder als Gemeingut, das allen offensteht und über die Produktion von Waren hinaus für Aktivitäten der lokalen Gemeinde genutzt werden kann. Den Sozialwissenschaftler*innen Maria Daskalaki und George Kokkinidis (2017: 1315) zufolge knüpfen die Vio.Me.-Mitglieder mit diesem politischen Verständnis an das von den selbstverwalteten Fabriken in Argentinien entwickelte Konzept der »offenen Fabrik« (*»fábrica abierta«*) an. Trotz ihrer Kapitalismuskritik lehnen die Mitglieder von Vio.Me. eine Kooperation mit dem Staat nicht grundsätzlich ab. So stellen sie konkrete politische Forderungen nach einer rechtlichen Unterstützung durch den Staat. Darüber hinaus ist den Mitgliedern bewusst, dass sie, wie ein Mitglied erzählt, die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht von heute auf morgen umwälzen können, sondern erst »einen Weg finden müssen, um mit dem bestehenden System zu koexistieren«, ob sie »wollen oder nicht« (Jourdan/Maeckelbergh 2013: 00:10:38-00:10:45). Die politischen Grundpfeiler von Vio.Me. sind Mitglied *Di zufolge »Gleichheit, Solidarität und direkte Demokratie« (Interview, *Di, 10.03.2015). Entsprechend gibt es bei Vio.Me. ein Gleichbehandlungsprinzip. Unabhängig von ihrer beruflichen Qualifikation und ihrem Fachwissen sollen alle Mitglieder gleichbehandelt werden. Durch diese Gleichstellung unterscheidet sich Vio.Me. von hierarchisch organisierten Unternehmen, in denen die Arbeiter*innen für gewöhnlich gespalten werden, wie ein Mitglied von Vio.Me. im Dokumentarfilm von Volker Heimann und Dawid Romanowski erzählt:

»Wir sind gegen den Kapitalismus, egal ob staatlich oder privat. Wir sprechen über ein Kooperationssystem, was etwas ganz anderes ist. Die Arbeiter*innen sind heute doch alle hochspezialisiert, auch bei uns. Nicole ist Chemikerin, Evangelios ist Chemieingenieur, Spyros ist Programmierer. Es darf aber keiner mit seinem Wissen, Macht über andere ausüben können. Früher war es doch so: Die Höherqualifizierten nannten uns weniger Qualifizierte, die Niederen und wir haben sie als Verräter*innen bezeichnet. Das hat uns tief gespalten. Verständigung war unmöglich« (Heimann/Romanowski 2017: 00:06:18-00:06:57).

Neben einer Gleichbehandlung scheint für die Mitglieder von Vio.Me. vor allem die gleiche Teilhabe aller in den Entscheidungsprozessen wichtig zu sein. So heißt es in der Satzung des Projekts:

»Grundlegend und zentral für den Betrieb der Fabrik, für die Weiterführung unseres Kampfes und unsere Pläne für die Zukunft, ist das Prinzip der Gleichheit in der Teilhabe und der Entscheidungsfindung, das Prinzip horizontaler und direkter Demokratie. Jede Form von Differenzierung, schlechter Behandlung, Ausgrenzung und Fremdbestimmung ist unvereinbar mit unserem Vorhaben und jede nur erdenkliche Anstrengung muss erfolgen, um ein solches Benehmen und solche Praktiken zu vermeiden, die Hindernisse für unsere Emanzipationsbestrebungen schaffen« (Vio.Me 2013a).

Die Etablierung einer Arbeiter*innengenossenschaft mit kollektiven Entscheidungsprozessen war dabei, wie ein Mitglied erzählt, ein wichtiger Schritt, um politische Gleichheit und direkte Demokratie am Arbeitsplatz zu etablieren:

»Als wir es schafften, dieses Kollektiv aufzubauen, überlegten wir, wie dieses Kollektiv unter einer anderen Philosophie operieren kann. Jede Person hat eine eigene Meinung und jede Meinung ist von gleicher Bedeutung. Um diesen Punkt zu erreichen, mussten wir uns anstrengen. Wir zahlten einen großen Preis, um dieses Kollektiv aufzubauen. Aber sobald es uns gelungen war, hatten wir das Gefühl, alle gleich zu sein. Als es uns gelang, dieses Kollektiv aufzubauen, begannen wir mit dem Versuch, diese Philosophie der Gleichheit über den bisherigen Punkt hinaus auszuweiten, nicht nur in einer Arbeiter*innengewerkschaft zu partizipieren und zu überlegen, wie wir den Arbeitskampf führen können, sondern dort anzukommen, wo wir heute sind, nämlich die Produktion zu organisieren durch kollektive Entscheidungen, unter Beziehungen der Gleichheit. Natürlich auch unter gleichen Verpflichtungen. Das ist unser Ausgangspunkt und der Prozess entwickelt sich noch immer« (Azzellini/Ressler 2015: 00:05:44-00:06:42).

Anders als in ihrer früheren Tätigkeit, in der die Unternehmensführung ihnen vorgeschrieben hat, wie sie arbeiten müssen, bestimmen die Mitglieder von Vio.Me. selbst über den Produktions- und Arbeitsprozess in der Fabrik. Durch die direkte Partizipation an allen Arbeitsabläufen und Entscheidungen innerhalb des Betriebs lernte *Di Verantwortung für seine Arbeit und sein Leben insgesamt zu übernehmen:

»Meine Erfahrung ist, dass ich mich als Mensch verändert habe. Damals kam ich, arbeitete acht Stunden, ich hatte eine Stempelkarte und ging nach Hause. Jetzt übernehme ich Verantwortung. Wir haben unser Leben in die eigenen Hände genommen. Die Verantwortung ist Teil unseres Lebens und das ist, was wir tun müssen; dass wir nicht auf jemand anderen warten, damit wir machen können, was wir machen« (Interview, *Di, 10.03.2015).

Dabei ist *Di durch die gemeinsame Teilhabe an den Arbeitsprozessen und Entscheidungen auch bewusst geworden, dass diese Verantwortung eine kollektive Verantwortung ist. *Di zufolge haben die Mitglieder von Vio.Me. »das ›ich‹ vergessen und sind zum ›wir‹ geworden« (Interview, *Di, 10.03.2015).

10.2.4 Soziale Beziehungen

Die sozialen Beziehungen bei Vio.Me. unterscheiden sich Mitglied *Di zufolge sehr von denen in hierarchisch organisierten Betrieben. Anders als in Betrieben, in denen sich Beschäftigte in Konfliktfällen an die Unternehmensführung wenden, werden Probleme bei Vio.Me. von den Mitgliedern gemeinsam bewältigt (Interview, *Di, 10.03.2013). Daher herrsche im Umgang miteinander Zusammenhalt und Offenheit und keine gegenseitige »Bespitzelung« wie »in anderen Fabriken mit Boss« (Interview, *Di, 10.03.2015). Bei Vio.Me. gäbe es zudem keinen Wettbewerb untereinander in Bezug auf die Produktivität. Es werde von niemandem erwartet, besonders effizient zu arbeiten. Alle arbeiten ihren Fähigkeiten entsprechend (Jourdan/Maeckelbergh 2013: 00:11:05-00:11:15). Die einzige Frau im Betrieb stieß erst vor einigen Jahren dazu. Die Idee, in einem selbstverwalteten Unternehmen mitzuarbeiten, fand sie faszinierend – insbesondere wegen der

Gleichbehandlung aller Mitglieder. Diese war für sie als Transfrau ein wichtiger Grund, um bei Vio.Me. Mitglied zu werden:

»Als ich zu Vio.Me. gekommen bin, habe ich es geschätzt, wie mich meine Kollegen aufgenommen haben. Die Leute versuchen hier, ein Unternehmen in Selbstverwaltung zu führen. Diese Idee habe ich schon immer bewundert [...]. Mir gefällt das Arbeitsklima hier. Der Umgang unter den Kolleg*innen ist wirklich respektvoll. Alle sind gleichberechtigt und auf Augenhöhe. Meine Erfahrungen hier haben mich stark beeinflusst. Da habe ich den Entschluss gefasst, mein Leben in die Hand zu nehmen. Meine Kollegen haben mir gezeigt, wie wichtig es ist, gerade am Arbeitsplatz man selbst zu sein und nicht jemand anderes (Heimann/Romanowski 2017: 00:08:00-00:08:5).

Neben Offenheit, Solidarität und Gleichberechtigung ist soziale Inklusion somit ein wichtiges Prinzip, das die Beziehungen zwischen den Vio.Me.-Mitgliedern zu bestimmen scheint.

10.2.5 Finanzierung, Förderung und Kooperation

Vio.Me. erhält keine finanzielle Unterstützung vom griechischen Staat. Das Projekt finanziert sich durch die geringen Verkaufseinnahmen sowie durch Solidaritätsspenden. Vio.Me. ist international gut vernetzt. Das Projekt kooperiert mit politischen Gruppen und Basisgewerkschaften im In- und Ausland.¹² Diese teilen Informationen über Vio.Me. und unterstützen den Vertrieb der Reinigungsprodukte, sammeln Spenden für das Projekt und partizipieren an der Organisation von Protestaktionen. Während einer Versammlung überlegten die Vio.Me.-Mitglieder zudem, wie sie »die Gesellschaft in die Fabrik« bringen können und entwickelten dabei die Idee der »solidarischen Unterstützer*innen« (*»allileugies upostiriktes«*) (Ressler/Azzellini 2015: 00:13:13-00:13:25). Die solidarischen Unterstützer*innen spenden monatlich einen kleinen Beitrag zwischen 1,50 Euro und 3 Euro an das Projekt und erhalten im Gegenzug Reinigungsprodukte. Durch die Spenden werden die Vio.Me.-Mitglieder materiell, aber auch politisch unterstützt (Ressler/Azzellini 2013: 00:13:35-00:14:07)¹³. Eine besonders wichtige Unterstützung für das Projekt ist zudem die Solidaritätsinitiative Vio.Me. (*Protovoulia Allileugis Vio.Me.*). Diese ging aus den im Februar 2013 gemeinsam organisierten Aktionen in Solidarität mit den Vio.Me.-Gründer*innen hervor. Die Mitglieder der Solidaritätsinitiative haben, wie anhand ihrer Diskussionen und Aktionen im Dokumentarfilm von Azzellini und Ressler (2015: 00:14:41-00:20:10) zu sehen ist, ein Interesse daran, die Verbreitung und Verstetigung der gesellschaftlichen Selbstorganisationsprozesse in Griechenland zu unterstützen. Ein Mitglied der Solidaritätsinitiative beschreibt die Aufgaben und Ziele der Initiative wie folgt:

12 In Deutschland sind das unter anderem der Informationsdienst *Labournet*, die Vernetzungsstelle Griechenlandsolidarität sowie das Kaffee Kollektiv *Aroma Zapatista*.

13 Den Untersuchungen von Daskalaki und Kokkinidis (2017: 1307) zufolge belief sich die Zahl der registrierten Vio.Me.-Unterstützer*innen 2017 auf über 1.000.

»Praktische Unterstützung und praktische Solidarität bedeutet, dass wir versuchen, Vio.Me.s Message der Selbstverwaltung und Arbeiter*innenkontrolle überall im Land, in jeder Fabrik, in jedem Betrieb, an jedem Arbeitsplatz zu verbreiten. Besonders helfen wir bei der Distribution der Produkte [...]. Wir helfen ökonomisch, moralisch, politisch, gesellschaftlich, mit allen Mitteln, so dass die Arbeiter*innen auf ihren eigenen Füßen stehen können und ihren Kampf fortführen können, denn für uns heißt Sieg in erster Linie, dass diese Fabrik operiert, überlebt; dass die Arbeiter*innen überleben können, damit sie ein erfolgreiches und siegreiches Beispiel für andere Arbeitsplätze setzen können« (Jourdan/Maeckelbergh 2013: 00:13:26-00:14:24).

Die Solidaritätsinitiative kooperiert landesweit und im Ausland mit zahlreichen selbstorganisierten Initiativen, politischen Gruppierungen, Basisgewerkschaften und anderen selbstverwalteten Fabriken (Daskalaki/Kokkinidis 2017: 1307). Ebenso wie Vio.Me. ist die Solidaritätsinitiative über eine Vollversammlung organisiert, an der auch die Vio.Me.-Mitglieder regelmäßig teilnehmen. Neben den Mitgliedern der Solidaritätsinitiative wurde Vio.Me. in der Gründungsphase auch von Mitgliedern anderer selbstverwalteter Betriebe unterstützt. So besuchten im Februar 2013 Mitglieder der selbstverwalteten Fabrik *Zanon* in Argentinien die Vio.Me.-Mitglieder in Thessaloniki. Mitglied *Di zufolge ist *Zanon* eine »große Inspiration« für die Vio.Me.-Gründer*innen (Interview, *Di, 10.03.2015). Der Besuch gab den Vio.Me.-Mitgliedern »Mut, um weiterzumachen« (Interview, *Di, 10.03.2015). Um ihre Erfahrungen in der Selbstverwaltung zu teilen, trafen sich die Vio.Me.-Mitglieder zudem mit anderen Fabrikarbeiter*innen in Griechenland, die ebenfalls über eine Selbstverwaltung ihrer ehemaligen Arbeitsplätze nachdachten (Interview, *Di, 10.03.2015). Vio.Me. unterstützte darüber hinaus andere Streiks während der Krisenproteste, darunter der Streik der ERT-Mitarbeiter*innen (siehe Kapitel 8). Laut Mitglied *Di ist Vio.Me. »überall, wo es um die Bewegung und um Solidarität geht« (Interview, *Di, 10.03.2015).

Im Dezember 2015 errichteten die Vio.Me.-Mitglieder zudem gemeinsam mit den Mitgliedern von Solidarische Sozialklinik in Thessaloniki (*Koinoniko Iatreio Allileugis sthn Thessaloniki*, kurz: KIA) auf dem Fabrikgelände eine sogenannte »Arbeiter*innenklinik« (Tetartopress 2018). Diese gründeten die Mitglieder beider Projekte mit der Intention, »die Vision einer selbstverwalteten Gemeinschaft« zu realisieren, in der »neben der Arbeit auch die Gesundheit« in die eigenen Hände genommen wird (Tetartopress 2018). Den Gründer*innen zufolge sei das Thema Gesundheit »untrennbar mit dem Leben in seiner Gesamtheit und natürlich mit der Arbeit verbunden« (Tetartopress 2018). Entsprechend berücksichtigen die Ärzt*innen in der Arbeiter*innenklinik in ihren Untersuchungen nicht nur die physische, sondern auch die mentale und soziale Situation von Patient*innen, insbesondere deren Arbeitsbedingungen. Zudem beteiligen sich neben Ärzt*innen auch die Vio.Me.-Mitglieder sowie Gewerkschaften, Genossenschaften und Ehrenamtliche in der Gestaltung und in den Entscheidungen der Klinik. Die Dienstleistungen der Klinik stehen allen – Nichtversicherten und Versicherten gleichermaßen – offen (Tetartopress 2018).

10.2.6 Herausforderungen

10.2.6.1 Drohende Zwangsversteigerungen und Rechtsstreits um die Nutzung der Fabrik

Eine große Herausforderung, mit der die Vio.Me.-Mitglieder in den letzten zehn Jahren immer wieder konfrontiert wurden, waren die vielen Termine zur Zwangsversteigerung des Grundstücks, auf dem sich Vio.Me. und die beiden anderen Unternehmen von *Philkeram Johnson* befinden. Ab 2013 versuchte *Philkeram Johnson* gerichtlich die Liquidierung von Vio.Me. durchzusetzen, woraufhin die Vio.Me.-Mitglieder einen Antrag auf Aussonderung der Fabrik aus der Versteigerungsmasse stellten (Dreis 2016b). Nach mehreren Gerichtsverfahren genehmigte ein Gericht im März 2015 schließlich den Antrag des Konkursverwalters von *Philkeram Johnson* zur Liquidierung der Maschinen und des Grundstücks. Daraufhin organisierten die Vio.Me.-Mitglieder Protestaktionen. Unter anderem organisierten sie gemeinsam mit Mitgliedern der Solidaritätsinitiative Vio.Me. und anderen Akteur*innen der sozialen Bewegungen im April 2015 eine Karawane der Solidarität, die von Thessaloniki nach Athen führte (siehe Kapitel 9). Gemeinsam veröffentlichten die Teilnehmenden der Karawane eine Erklärung, in der sie ihre Forderungen und Ziele erläutern:

»Wir sind durch Kämpfe an diesem Punkt angelangt und auf diese Weise wollen wir weiter verfahren. Wir fordern, dass alle rechtlichen Verfahren, die darauf abzielen Vio.Me. und deren Grundstücke zu versteigern, gestoppt werden, damit die Fabrik sofort unter die volle Kontrolle und Selbstverwaltung der Arbeiter*innen zurückkehrt. Wir, die streikenden Arbeiter*innen von Vio.Me., die Angestellten der befreiten, selbstverwalteten ERT3, die von Schließung betroffenen Arbeiter*innen der *Chalkida*, die streikenden Reinigungskräfte des Finanzministeriums, die Hausmeister*innen von Thessaloniki, die unterdrückte Arbeiter*innenklasse, wir erklären: Wir lehnen es ab, der Straße der gesellschaftlichen Zerstörung zu folgen. Wir beschreiten zusammen die Straße des Kampfes. Wir nehmen unsere Leben in unsere eigenen Hände. Wir organisieren die Karawane der Solidarität und des Kampfes von Thessaloniki nach Athen, um die Möglichkeit wahrzunehmen, unsere Leben und unsere Würde von jenen zurückzuholen, die darauf rumgetrampelt sind [...]. Mit unermüdlichem, kontinuierlichem Kampf, Selbstverwaltung, direkter Demokratie, Basisgewerkschaften, Klasseneinheit und Solidarität können wir gemeinsam gewinnen« (Azzellini/Ressler 2015: 00:22:10-00:23:20).

Am 6. April 2015 erreichte die Karawane das Arbeitsministerium in Athen, wo sich die Vio.Me.-Mitglieder mit Vertreter*innen des Arbeitsministeriums trafen. Diese versicherten den Vio.Me.-Mitgliedern, dass sie mit der Selbstverwaltung der Fabrik fortfahren können. Trotz dieser Zusicherung kündigte ein*e staatlich ernannte*r Treuhänder*in Ende November 2015 eine erste Auktion zur Versteigerung des Fabrikgeländes an. Wieder kam es zu Solidaritätsprotesten. Durch eine von circa 250 Menschen durchgeführte Protestaktion im Gerichtssaal konnte die Zwangsversteigerung zunächst verhindert werden (Dreis 2016a). Seither fanden allerdings etliche weitere Zwangsversteigerungstermine statt, die insbesondere deshalb erfolglos verliefen, weil sich keine Kaufinteressent*innen fanden. Um eine endgültige Versteigerung des Fabrikgeländes zu verhindern, fordern die Vio.Me.-Mitglieder von der Regierung seit Jahren vergeblich, dass ihnen die Nutzungsrechte für die Fabrik zugesprochen werden. Auf diese Weise

könnte gleichzeitig die selbstverwaltete Produktion legalisiert werden, denn bislang dürfen die Arbeiter*innen offiziell nicht in der Fabrik produzieren, da die Fabrik ihnen rechtlich gesehen nicht gehört (Holt 2019).

Wie ein Mitglied von Vio.Me. in einem Interview mit dem Sozialwissenschaftler Leonidas Oikonomakis berichtet, kämpfen die Vio.Me.-Mitglieder bereits seit 2013 gemeinsam mit Anwält*innen für die Einführung eines Gesetzes, das nicht nur ihnen, sondern auch anderen betroffenen Arbeitnehmer*innen genehmigt, in Konkurs gegangene und von den ehemaligen Eigentümer*innen verlassene Betriebe selbst zu übernehmen (Anagnostou et al. 2013). Der griechische Staat kam dieser Forderung bislang nicht nach. Vor dem Regierungswechsel im Januar 2015 besuchte Alexis Tsipras mehrmals die Fabrik und sicherte den Vio.Me.-Mitgliedern seine politische Unterstützung zu. Allerdings war SYRIZA nach ihrem Regierungsantritt nicht mehr zu Gesprächen mit den Vio.Me.-Mitgliedern bereit (Dreis 2016a). Was den Kampf um die Nutzungsrechte der Fabrik erschwert, ist nicht nur die fehlende Unterstützung der Regierung, sondern auch eine infolge der Krisenmaßnahmen eingeführte Verwaltungsreform, das sogenannte »Kallikratis-Programm« (Nikolakopoulos 2010).¹⁴ Die Reform zog nicht nur einen enormen Stellenabbau im Verwaltungsbereich nach sich, sondern auch eine Dezentralisierung der Verwaltung und damit verbunden eine erhebliche Schwächung der Verwaltungsbefugnis lokaler Gemeinderäte, was wiederum zu einer vergrößerten Distanz zwischen Vertreter*innen der Kommunalverwaltung und den Bürger*innen führte. Im Fall von Vio.Me. kamen daher Gespräche zwischen Vio.Me.-Mitgliedern und lokalen Gemeindeträgern gar nicht erst zustande (Kaur/Benjamin 2015). Der Kampf um die Nutzungsrechte der Fabrik wurde nicht nur durch die fehlende Unterstützung der Regierung erschwert, sondern auch aufgrund der mangelhaften Unterstützung durch politische Parteien und Gewerkschaften. Vor der Gründung ihres Projekts hatten die Vio.Me.-Mitglieder noch Kontakt zu PAME und zur KKE. Der Großteil der KKE lehnt die Selbstverwaltung von Fabriken im bestehenden System ab, weil die Arbeiter*innen laut KKE-Mitglied *Ar durch die Selbstverwaltung der Produktion selbst Eigentümer*innen und Kapitalist*innen seien (Interview, *Ar, 13.02.2013):

»Ist ein*e kollektive*r Kapitalistin ein*e gute*r Kapitalist*in? Nein, das ist falsch, theoretisch und praktisch gesehen und in der Geschichte. In Argentinien, da gibt es *Zanon*. Die hat im Grunde überlebt, weil die Regierung Kirchners, sie ökonomisch unterstützt hat, die Preise runtergedrückt, Rohstoffe geliefert hat. Es gab eine ganze Policy, die dafür gesorgt hat, dass sie überlebt haben« (Interview, *Ar, 13.02.2013).

Recht schnell entschieden die Vio.Me.-Arbeiter*innen daher den »Kampf ohne die Gewerkschaften weiterzuführen« (Anagnostou/Nowak 2013). Vom GSEE erhielten sie ebenfalls keine Unterstützung. Der Gewerkschaftsdachverband ignorierte die Bestrebungen der Arbeiter*innen, die Fabrik selbst zu verwalten, und riet den Vio.Me.-Gründer*innen

14 Die unter dem Gesetz 3852/2010 eingeführte Verwaltungsreform ermöglichte ab 2010 jährliche Einsparungen in Höhe von 1,8 Milliarden Euro. Im Rahmen der Reform wurden fünf Verwaltungsebenen auf drei verringert und tausende staatliche Träger abgeschafft oder zusammengelegt. Etwa 200.000 Angestellte wurden infolge der Reform entlassen (Nikolakopoulos 2010).

lediglich, sich mit den ehemaligen Eigentümer*innen in Kontakt zu setzen und eine gemeinsame Einigung zu finden (Anagnostou/Nowak 2013).

10.2.6.2 Geringe finanzielle Ressourcen

Nicht nur die fehlende Unterstützung von Regierung, Parteien und Gewerkschaften erschwerte das Überleben von Vio.Me. in den letzten zehn Jahren, sondern auch die geringen finanziellen Ressourcen des selbstverwalteten Projekts. 2017 nahm Vio.Me. »120.000 Euro ein, 40 Prozent allein über den Online-Handel nach Frankreich und Deutschland« (Holt 2019). Von den geringen Einnahmen müssen die Mitglieder unter anderem Rohstoffe und Reparaturen bezahlen. Die Höhe ihrer bisher sehr niedrigen Löhne hängt ebenfalls von den Einnahmen ab. Auf dem freien Markt ist Vio.Me. nicht wettbewerbsfähig, da die Reinigungsprodukte der Fabrik aufgrund der aktuellen Rechtslage nicht in großen Supermärkten verkauft werden dürfen (Fröhlich 2019). Die Mitglieder sind fortlaufend auf Solidaritätsspenden angewiesen und finden für ihre Produkte bisher nur Abnehmer*innen aus solidarischen Kollektiven im In- und Ausland. Das Überleben von Vio.Me. ist somit an diese solidarischen Strukturen gekoppelt.

10.2.7 Gesellschaftspolitische Ziele

10.2.7.1 Ein Netzwerk selbstverwalteter Fabriken schaffen

Wie an anderer Stelle in diesem Kapitel bereits dargestellt wurde, gab es für die Gründer*innen von Vio.Me. keinen anderen Ausweg, um der eigenen Not und der Arbeitslosigkeit zu entkommen, als die Selbstverwaltung der Produktion zu übernehmen. Wie ein Mitglied erzählt, erkannten die Projektinitiator*innen dabei recht schnell, dass, es »eine gute Idee« war, »die Sache selbst in die Hand zu nehmen« (Alterthess 2013: 00:02:10-00:02:13). Wichtig war den Vio.Me.-Mitgliedern dabei, dass ihr Projekt kein Einzelfall bleibt, sondern dass sie mit diesem ein Beispiel setzen für andere von Arbeitslosigkeit betroffene Beschäftigte, damit diese ebenfalls ihre Arbeitsplätze übernehmen. So heißt es in einer Erklärung der Arbeiter*innen zur Neueröffnung der Fabrik im Februar 2013:

»Wenn eine Fabrik nach der anderen zusperrt, die ungefähr zwei Millionen Arbeitslosen und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung seitens der Troika-Regierung [...] zu Armut und Elend ›verurteilt‹ werden, dann ist die Forderung nach der Übergabe der Fabriken an die Arbeiter*innen die notwendige Antwort auf die täglich erfahrbare Zerstörung und die einzige Antwort auf Arbeitslosigkeit. Daher ist der Kampf von Vio.Me. auch ein Kampf von uns allen« (Vio.Me 2013c).

Die Selbstverwaltung von in Konkurs gegangenen, leerstehenden Fabriken stellte für die Gründer*innen von Vio.Me., wie ein Mitglied erzählt, von Anfang an einen geeigneten Weg dar, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und die nationale Wirtschaft anzukurbeln:

»Wir möchten, dass die Gesellschaft solche Projekte unterstützt, damit weitere entstehen können [...]. Was wir vom Staat wollen; wir haben es ja schon gesagt. Erstens soll er die Entwicklung solcher Projekte zulassen, um produzieren zu können, um die Produktion in Griechenland zu halten. Denn die Politiker*innen beklagen, ja selbst den

Mangel, dass wir [Griechenland, *Anm. d. Verf.*] mehr importieren als exportieren. Ganz genau! Wir verlangen, dass wir produzieren können. Zudem verlangen wir finanzielle Unterstützung, die ja nicht vom griechischen Staat, sondern von EU-Fonds käme, um Arbeitslose beim Start in die Selbstständigkeit zu unterstützen. Mehr wollen wir nicht. Wäre unser Projekt nicht produktiv? Die Leute müssten nicht wegziehen, sie hätten Jobs, könnten ihren Lebensunterhalt selbst erwirtschaften. Und gleichzeitig würde diese vielbeschworene finanzielle Entwicklung stattfinden. Wenn sie das nicht wollen, sollen sie es uns sagen [...]. Wir werden so oder so einen Weg finden« (Alterthess 2013: 00:11:34-00:12:44).

Für die Vio.Me.-Mitglieder stellt die Selbstverwaltung von Betrieben nicht nur eine Möglichkeit dar, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Vielmehr zielen die Mitglieder darauf ab, »ein Netzwerk von besetzten und selbstverwalteten Betrieben« zu kreieren, um den Weg zu »einer anderen Organisation von Produktion und Wirtschaft« zu ebnen – ohne »Ausbeutung, Ungleichheit und Hierarchien« (Vio.Me 2013c). Um ein solches Netzwerk zu kreieren, teilten die Vio.Me.-Mitglieder ihre Erfahrungen der selbstverwalteten Produktion mit anderen Arbeitnehmer*innen und Unterstützer*innen ihres Projekts (Alterthess 2013: 00:02:30-00:03:09).

10.2.7.2 Gesellschaftliche Verbreitung demokratischer Selbstorganisation

Neben einer landesweiten Vernetzung und Ausbreitung selbstverwalteter Betriebe streben die Vio.Me.-Mitglieder die Verstetigung der Selbstorganisation in allen Lebensbereichen an. Wie ein Mitglied der Solidaritätsinitiative Vio.Me. erzählt, ist Vio.Me. »ein wichtiges Bindeglied in einer breiteren Kette, eine Kette, die diese Selbstverwaltung, Horizontalität und Gleichheit in alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens ausweiten will« (Azzellini/Ressler 2015: 00:10:18-00:10:28). Ähnlich formuliert ein Vio.Me.-Mitglied das langfristige Ziel des Projekts. Demnach solle sich der Prozess der Selbstorganisation nicht auf die Fabrik beschränken, sondern in der gesamten Gesellschaft ausbreiten:

»Unser Vorschlag, der sich an die gesamte Gesellschaft richtet, ist, dass wir alle unsere Leben selbstverwalten können. Das ist der Grund, warum es alle in der Gesellschaft betrifft. Die Fabrik ist kein geschlossener Raum, noch sind wir die Führung der Arbeiter*innenklasse. Wir glauben, dass wenn die Räder der Arbeiter*innenklasse sich zu drehen beginnen, das anderen kleineren Rädern in der Gesellschaft helfen kann, sich zu drehen [...]. So kann die Gesellschaft beginnen, Nachbarschaftsversammlungen zu gründen, Kollektive und so weiter – damit wir Entscheidungen kollektiv fällen können und unsere eigenen Angelegenheiten selbstverwalten können – genau das, was die sozialen Bewegungen zwischen 2010 und 2012 angestrebt haben: Wie wir die Dinge selbstverwalten können, ohne sie auf andere zu übertragen« (Azzellini/Ressler 2015: 00:09:05-00:09:58).

10.2.8 Vio.Me. heute

In den letzten Jahren sieben Jahren fanden etliche Termine zur Zwangsversteigerung des Firmengeländes statt, auf dem sich Vio.Me. befindet. Allein 2018 fanden vier solcher Termine statt (Vio.Me 2018). Aus diesem Anlass organisierten die Vio.Me.-Mitglieder ge-

meinsam mit ihren Unterstützer*innen zahlreiche Protestaktionen gegen die Versteigerungen.¹⁵ Während des Lockdowns zu Beginn der Covid-19-Pandemie nutzte die griechische Regierung die Gelegenheit und beauftragte die staatliche Stromgesellschaft DEI damit, die Stromversorgung von Vio.Me. abzuschalten (Vio.Me 2020). Diese ist bis heute (Stand: 2025) nicht wiederhergestellt. Derzeit setzen die Vio.Me.-Mitglieder die Produktion mithilfe drei kleiner Stromgeneratoren fort, die von solidarischen Unterstützer*innen gespendet wurden.¹⁶ Bei einer digitalen Auktion Anfang Februar 2023 wurde das Grundstück von *Philkeram Johnson* schließlich von einem ausländischen Spekulationsfonds ersteigert. Die Vio.Me.-Mitglieder erklärten daraufhin, dass sie in der Fabrik bleiben und die Produktion fortsetzen würden. Seither unterschrieben Mitglieder von über 30 Sozialgenossenschaften in Griechenland einen Aufruf, in dem sie ihre Solidarität mit Vio.Me. ausdrücken und fordern, dass die Vio.Me.-Mitglieder weiterhin produzieren dürfen (Vio.Me 2023). Auch im Ausland fanden zahlreiche Aktionen in Solidarität mit Vio.Me. statt.

10.3 »Eine Schule der Autonomie und Selbstorganisation« – der selbstorganisierte Markt ohne Zwischenhändler*innen Sikos

10.3.1 Entstehungsgeschichte

10.3.1.1 Die Nachbarschaftsinitiative

Im Sommer 2012 gründeten Anwohner*innen und Aktivist*innen im Athener Stadtteil Exarchia die selbstorganisierte Nachbarschaftsinitiative Anwohner*innen, Kollektive und soziale Projekte von Exarchia (*Katoikoi, Sullogikotites kai koinonika Enchirimata Exarcheion*, kurz: KSKE).¹⁷ Die Gründung der Initiative erfolgte laut einem damaligen Mitglied aus einem gemeinsamen Bedürfnis heraus, über »die verschiedenen Probleme in der Nachbarschaft« zu diskutieren (Interview, *Ach, 18.03.2015). Diese hatten bereits vor der Krise existiert und sich laut den Gründer*innen der Initiative infolge der Krisenpolitik weiter zugespitzt (KSKE 2012a). Zu den Problemen gehörten eine »mangelhafte Nahrungsversorgung, der Ausschluss aus der gesundheitlichen Grundversorgung« sowie ein »Mangel an Wohnungen für die ständig steigende Zahl« von Anwohner*innen in der Nachbarschaft (KSKE 2012a). Die Mitglieder der Nachbarschaftsinitiative beschlossen bei ihren gemeinsamen Versammlungen, »gesellschaftliche Gegenstrukturen« zu schaffen, um die Probleme zu bewältigen (KSKE 2012a). Diese Gegenstrukturen sollten erstens der individuellen und kollektiven Krisenbewältigung dienen und zweitens die

15 Auch in Deutschland wurden Kampagnen in Solidarität mit den Vio.Me.-Mitgliedern initiiert Auf der Internetseite viomecoop.com finden sich unter anderem Solidaritätsbekundungen des Journalisten Günther Wallraff, des Linken-Politikers Fabio de Masi und der Sozialwissenschaftler*innen Gregor Kritisidis und Margarita Tsomou.

16 Einer der Generatoren wurde aus Deutschland gespendet (GSKK 2020). Um einen großen Stromgenerator kaufen zu können, sammeln die Vio.Me.-Mitglieder weiterhin Spenden. Diese können unter <https://power.viomecoop.com> überwiesen werden.

17 Die Internetseite der Nachbarschaftsinitiative ist abrufbar unter: <https://syl-kat-exarcheion.espivblogs.net>.

»Zellen einer neuen Form gesellschaftlicher Organisation darstellen« (KSKE 2012a). Konkret entschieden die Mitglieder, folgende drei Projekte zu gründen:

1. eine selbstorganisierte Sozialklinik als »Versuch einer gemeinschaftlichen Grundversorgung«
2. ein selbstverwaltetes Lebensmittelgeschäft ohne Zwischenhändler*innen, »das den horizontalen und solidarischen Lebensmittelhandel unterstützt und fördert«
3. eine selbstorganisierte Bürger*innenwehr »gegen faschistisches Verhalten, den aufsteigenden Nazismus, die Mafia und die Mitschuld tragende Polizei« (KSKE 2012a).

Einem ehemaligen Mitglied der Nachbarschaftsinitiative zufolge gab die Krisenpolitik »den Anstoß« für die Gründung dieser drei Projekte (Interview, *Ach, 18.03. 2015). Darüber hinaus ist ihre Entstehung zudem in direkten Zusammenhang mit der Dezemberbewegung 2008 und der Platzbewegung 2011 zu verstehen. Wie *Ach erzählt, nahmen die Initiator*innen der Nachbarschaftsinitiative an den Vollversammlungen im Dezember 2008 teil und waren »auf irgendeine Weise involviert gewesen mit der Platzbewegung am Syntagma-Platz« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

10.3.1.2 Der selbstorganisierte Markt

Die Nachbarschaftsinitiative löste sich auf, nachdem ihre Mitglieder beschlossen hatten, die drei Projekte zu gründen. Stattdessen teilten sich die Mitglieder in drei Arbeitsgruppen auf, die sich fortan mit dem Aufbau und der Organisation von jeweils einem Projekt befassen. In der »Arbeitsgruppe selbstverwaltetes Lebensmittelgeschäft« fanden sich sieben Personen zusammen (Interview, *Ach, 18.03.2015). Diese entschieden gemeinsam, ein leerstehendes Haus in der Nachbarschaft zu besetzen, um das Lebensmittelgeschäft darin einzurichten. Die Versuche, das Gebäude zu besetzen, wurden allerdings durch polizeiliche Angriffe verhindert. Es kam sogar zu Festnahmen der Aktivist*innen (Interview, *Ach, 18.03.2015). Daraufhin beschlossen die Mitglieder der Arbeitsgruppe, ihren ursprünglichen Plan aufzugeben und stattdessen einen selbstorganisierten Markt ohne Zwischenhändler*innen zu gründen. Für mehrere Wochen trafen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe regelmäßig, um die Organisation und Ausgestaltung des Projekts zu besprechen. Da keines der sieben Mitglieder der Arbeitsgruppe Erfahrung in der Herstellung von Lebensmitteln hatte oder eigenes Land für den Anbau von Produkten besaß, beschlossen die Mitglieder, sich auf die Suche nach Landwirt*innen zu begeben, um diese zur Partizipation an ihrem Projekt zu bewegen. Über Freund*innen und Bekannte stellten sie Kontakte zu Menschen her, die »ihr eigenes Land betreiben« (Interview, *Ach, 18.03.2015). Zunächst meldeten sie sich telefonisch bei den Landwirt*innen, die wiederum andere potentiell interessierte Landwirt*innen kontaktierten. Das Ganze verlief, wie ein ehemaliges Mitglied der Arbeitsgruppe erzählt, »wie eine kleine Kettenreaktion ab« (Interview, *Ach, 18.03.2015). Im Süden Griechenlands, einige Autostunden von Athen entfernt, fanden sich schließlich mehrere Landwirt*innen, die sich dem Projekt anschließen wollten. Als nächstes gründeten die Mitglieder der Arbeitsgruppe jeweils zwei Versammlungen, eine sogenannte »administrative Versammlung« (*»sunelefsi dioikitikis«*), der nur die sieben Mitglieder der Arbeitsgruppe angehören sollten, und eine sogenannte »Marktversammlung« (*»sunelefsi agoras«*), die sich sowohl aus den sieben

Projektinitiator*innen als auch aus den Landwirt*innen bzw. Produzent*innen zusammensetzen sollte (Interview, *Ach, 18.03.2015). Die Projektgründer*innen entschieden, dass alle das Projekt betreffende Entscheidungen nur von der administrativen Versammlung gefällt werden dürften. Dieser Beschluss hatte insbesondere praktische Gründe. Von den Landwirt*innen lebte keine*r in Athen, sondern mindestens zwei Stunden entfernt von der Hauptstadt. Die Mitglieder der administrativen Versammlung wohnten dagegen alle in Exarchia und konnten sich daher öfter treffen, um das Projekt direkt vor Ort zu organisieren und umzusetzen (Interview, *Ach, 18.03.2015). Am Morgen des 30. Septembers 2012 war es soweit: Gemeinsam mit den Landwirt*innen veranstalteten die Initiator*innen den ersten Markt ohne Zwischenhändler*innen *Sikos* auf dem zentralen Exarchia-Platz (KSKE 2012b). Diesen benannten die Projektgründer*innen nach einer bekannten griechischen Film- und Fernsehfigur (Interview, *Ach, 18.03.2015).

10.3.2 Struktur und Arbeitsweise

In den zwei Jahren, in denen *Sikos* existierte, hatte das Projekt insgesamt etwa 50 Mitglieder. Die administrative Versammlung von *Sikos* hatte anfangs sieben Mitglieder, deren Zahl im Verlauf des Projekts aber bis auf 20 angestiegen ist (Interview, *Ach, 18.03.2015). Die administrative Versammlung setzte sich überwiegend aus Mitgliedern der anarchistischen Bewegung zusammen sowie aus einigen wenigen Menschen der außerparlamentarischen Linken (Interview, *Ach, 18.03.2015). Bei den etwa 30 weiteren Projektmitgliedern handelte es sich um Landwirt*innen aus dem Süden Griechenlands, von denen laut einem Mitglied der administrativen Versammlung nur einige »einen politischen Hintergrund« hatten (Interview, *Ach, 18. März 2015). Zentrales Organisations- und Koordinierungsorgan von *Sikos* war die administrative Versammlung. Die Mitglieder der administrativen Versammlung trafen sich für gewöhnlich einmal wöchentlich, meistens, um organisatorische Anliegen zu besprechen und über die Aufnahme von neuen Mitgliedern abzustimmen (Interview, *Ach, 18.03.2015). Entscheidungen fällt die administrative Versammlung per Konsensprinzip (Interview, *Ach, 18.03.2015). Anders als die administrative Versammlung versammelte sich die Marktversammlung nur einmal im Monat, direkt nach dem Marktverkauf. An der Marktversammlung nahmen alle Mitglieder des Projekts teil. Die Marktversammlung stand darüber hinaus auch allen Marktbesucher*innen offen (Interview, *Ach, 18.03.2015). Bei den Treffen der Marktversammlung wurden hauptsächlich die Preise für die Produkte besprochen. Es wurden aber auch »verschiedene Probleme und Ideen« thematisiert (Interview, *Ach, 18.03.2015). Die Marktversammlung traf auch Entscheidungen über bestimmte Themen. Allerdings wurden diese Entscheidungen anschließend an die administrative Versammlung weitergeleitet, die dann endgültig darüber abstimmte, ob die Entscheidungen tatsächlich umgesetzt werden würden oder nicht (Interview, *Ach 18.03.2015). *Sikos* hatte auch eine Satzung, an die sich alle Mitglieder halten mussten. Bei Verstoß gegen die Satzung drohte Mitgliedern der Austritt aus dem Projekt.

Der Marktverkauf fand einmal im Monat zwischen 10 und 13 Uhr an einem Sonntag auf dem zentralen Platz in Exarchia statt. Die Landwirt*innen stellten dann ihre Stände auf und verkauften ihre Produkte. Eine Standgebühr gab es nicht. Zudem fand der Markt ohne offizielle Genehmigung statt. Da die Produkte steuerfrei und direkt von den

Produzent*innen an die Konsument*innen verkauft wurden, waren die Preise für die Lebensmittel niedriger als in den Supermärkten. Verkauft wurden Gemüse, Brot, ätherische Öle, Bohnen, Honig, Reinigungsprodukte, Marmelade, Olivenöl, Oliven, Süßigkeiten und Wein (Interview, *Ach, 18.03.2015). Um einen Wettbewerb zwischen den Produzent*innen zu verhindern, legten die Mitglieder der administrativen Versammlung gleiche Preise für gleiche Produkte fest. Alle Landwirt*innen waren dazu verpflichtet, ihre Produkte zu den entsprechenden Preisen anzubieten (Interview, *Ach, 18.03.2015). Wenn beispielsweise vier Landwirt*innen Bio-Olivenöl verkauften, mussten sie alle ihr Olivenöl für 4 Euro pro Liter anbieten. Der Preis für 1,5 Liter hausgemachten Rotwein lag bei 1,50 Euro pro Liter, der Preis für 1 kg Oliven betrug 5 Euro.¹⁸ Es gab auch eine Preisobergrenze. Die Einnahmen aus dem Verkauf gingen direkt an die jeweiligen Landwirt*innen. Die Mitglieder der administrativen Versammlung erhielten keinen Anteil aus den Einnahmen (Interview, *Ach, 18.03.2015). Da das Projekt keinen formalen Status hatte, gab es auch keine Arbeitsverträge. Vereinbarungen zwischen den Projektgründer*innen und Neuzugängen fanden mündlich statt und beruhten auf einem »Händeschütteln und auf gegenseitigem Vertrauen« (Interview, *Ach, 18.03.2015). Die Aufnahmevoraussetzungen für neue Mitglieder waren in der Satzung festgeschrieben. Gemäß der Satzung durften Menschen mit rassistischer oder faschistischer Gesinnung dem Projekt nicht beitreten. Von Landwirt*innen bzw. Produzent*innen wurde zudem erwartet, dass sie dem Projekt nicht ausschließlich aufgrund materieller Anreize beitreten, sondern, weil sie sich mit den Prinzipien des solidarischen, nachhaltigen und direkten Handels identifizieren (Interview, *Ach, 18.03.2015). Dass die Landwirt*innen Privateigentum besaßen, schien für die Projektgründer*innen dagegen kein Problem zu sein, solange die Landwirt*innen keine Menschen unter ausbeuterischen Bedingungen auf ihrem Land beschäftigten. Ein ehemaliges Mitglied von *Sikos* beschreibt die Aufnahmevoraussetzungen für die Landwirt*innen folgendermaßen:

»Ja, es gab ein Manifest, unter dem wir operierten. Da waren einige politische Aspekte drin, wie zum Beispiel, dass wir keine Landwirt*innen akzeptieren, die, ihre Angestellten nicht bezahlten. Die akzeptierten wir nicht. Sie mussten ihr Land auch selber kultivieren. Sie konnten Angestellte haben, aber sie mussten auch Arbeiter*innen sein, also Eigentümer*innen, aber eben nicht *bossy* sein. Also irgendwie waren Bosse nicht erlaubt. Und Faschist*innen waren auch nicht erlaubt. Und Leute, die kamen und eigentlich nur Geld machen wollten. Die wollten wir auch nicht. Für uns zählte zunächst, warum du zu *Sikos* kommst und sagen wir, das Ziel, das sozio-politische Ziel und dann das Geld, das du machst. Ok, damit sind wir einverstanden. Wenn du nur für das Geld da warst und wir merkten, dass du nur für das Geld da bist, dann warst du raus. Und wir versuchten auch faire Preise zu haben. Es gab einige Leute, die ihre Produkte sehr teuer verkaufen wollten und da war auch Mist drin. Und unser Ziel war auch, bessere, gesündere, Bio-Nahrung und sowas« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

Landwirt*innen, die *Sikos* beitreten wollten, konnten sich entweder an einem Sonntag an der Marktversammlung beteiligen und den Mitgliedern vorstellen oder sich an die

18 Die Preise für die verkauften Produkte sind auf Postern von *Sikos* abgedruckt. Siehe KSKE (2013).

administrative Versammlung wenden. Anschließend prüfte die administrative Versammlung, ob der Neuzugang die Aufnahmekriterien erfüllte oder nicht (Interview, *Ach, 18.03.2015). Für gewöhnlich wurden potentielle Neuzugänge, bevor sie sich persönlich beim Projekt vorgestellt haben, »von den Landwirt*innen gescheckt«, die bereits Mitglieder von *Sikos* waren (Interview, *Ach, 18.03.2015). Darüber hinaus gab es eine Art von Inspektionsteam, das die Landwirt*innen überprüfte:

»Insbesondere zu Beginn, im ersten Jahr, prüften wir sowas. Wenn jemand kam und sagte: ›Ich produziere dies und das‹, fragten wir: ›Wo ist deine Farm?‹. Und dann gab es einige Leute, die spezialisiert waren in Landwirtschaft und sowas. Und die wussten, wie sie Fragen stellen mussten und was sie fragen mussten, um herauszufinden, ob diese Person die Wahrheit sagte oder nicht. Und natürlich besuchten wir die Farm und prüften selber, um zu sehen: ›Ok, der Typ sagt die Wahrheit‹ oder: ›Er lügt und ist raus‹ (Interview, *Ach, 18.03.2015).

In einigen Fällen stellten die Projektmitglieder nach einer Prüfung fest, dass Bewerber*innen nur materielle Anreize verfolgten. In solchen Fällen entschied sich die administrative Versammlung gegen eine Aufnahme und verschickte für gewöhnlich eine E-Mail an die entsprechenden Bewerber*innen, in der sie ihnen mitteilte, dass diese im Projekt »nicht willkommen« seien (Interview, *Ach, 18.03.2015). Die Planung und Organisation des einmal im Monat stattfindenden Marktverkaufs wurde fast ausschließlich von den Mitgliedern der administrativen Versammlung übernommen, was, wie bereits erwähnt wurde, vor allem praktische Gründe hatte. Die Aufgaben der administrativen Versammlung umfassten dabei ein breites Spektrum – von Öffentlichkeitsarbeit über logistische Aufgaben und Sicherheit bis hin zu technischen Tätigkeiten:

»Zu deiner ersten Frage, wie wir operierten: was wir normalerweise taten, war, dass wir jeden Sonntag eine Sitzung hatten. Wir diskutierten über Neuzugänge oder welche Produkte wir haben würden. Also, wir riefen die Landwirt*innen an und fragten sie, was sie zum nächsten Markt mitbringen würden, diskutierten die Preise, prüften, ob die Preise ok waren. Wir kreierten die Poster, begannen die Propaganda zu machen. Das nahm maximal zwei Tage in Anspruch; die Poster und alles in der Nachbarschaft aufkleben. Und die sozialen Medien nutzen, um Werbung zu machen, zu besprechen, was wir während des Marktes zu tun hatten, wer zum Beispiel für die Sicherheit zuständig sein würde, wo das Mikrofon stehen würde [...]. Und alles fertigstellen für den Sonntag, wenn die Menschen zum Markt kommen« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

Feste Aufgaben und Positionen gab es dabei nicht, aber auch kein Rotationsverfahren. Vielmehr konnte jedes Mitglied seinen Fähigkeiten entsprechende Tätigkeiten übernehmen. Das konnten ganz verschiedene Aufgaben sein. Das ehemalige *Sikos*-Mitglied *Ach beschreibt die eigenen Aufgaben wie folgt:

»Es gab keine spezifischen Aufgaben. Abgesehen von den Grafikdesigner*innen, die die Poster machten. Ich wusste nicht, wie man ein Poster macht. Ich lief normalerweise rum und hängte die Poster auf. Wir hatten ein spezielles Team. Wir nannten uns die *glider* oder so was, weil wir sehr schnell waren. Wir hängten 300 Poster in zwei Stunden

auf und während des Marktes, war ich üblicherweise für die Sicherheit zuständig oder: der Typ, der seine Ohren offen hält für Dinge, die rund um den Platz passierten. Ob Bullen sich nähern oder nicht; sehen, ob alles sicher ist. Einige Leute umkreisten den Platz und kontrollierten, ob wir von Bullen attackiert werden und so weiter. Das waren meine Hauptaufgaben. Und ich half den Leuten, die partizipierten, mit allen Dingen, die sie brauchten. Von Stuhl bis Tisch, alles. Aber wir hatten keine spezifischen Positionen bei *Sikos*; dass du dies tust und ich das. Ich kenne die Nachbarschaft sehr gut. Wenn ein ausländisches Medienteam kam, sprachen sie mit mir und wir entschieden dann, ob wir sie filmen lassen würden oder nicht« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

Anders als die Mitglieder der administrativen Versammlung nahmen die landwirtschaftlichen Mitglieder bei *Sikos* kaum organisatorische Aufgaben wahr. Sie kamen einmal im Monat nach Athen und brachten ihre Produkte für den Verkauf mit. Vor der Veranstaltung des Sonntagsmarkts bauten sie ihre eigenen Verkaufsstände auf, die sie nach Ende des Marktes wieder abbauten. Während der Marktveranstaltung fanden zudem regelmäßig Workshops statt, in denen die Landwirt*innen aktiv mitwirkten und Interessierten zeigten, wie bestimmte Lebensmittel wie etwa Brot hergestellt werden. Im Anschluss an den Markt nahmen die Landwirt*innen an der Sitzung der Marktversammlung teil (Interview, *Ach, 18.03.2015). Direkt im Anschluss an den Markt fanden in der Nachbarschaft häufig weitere Veranstaltungen zu den Themen Selbstorganisation und Selbsthilfe statt. Die *Sikos*-Mitglieder organisierten diese gemeinsam mit anderen Projekten aus der Nachbarschaft. Beispielsweise organisierte die administrative Versammlung von *Sikos* im April 2013 gemeinsam mit Aktivist*innen des Sozialzentrums Vox in Exarchia eine Vorführung des Dokumentarfilms »Solidarität und autonome Strukturen der landwirtschaftlichen Kultivierung für die Selbstverwaltung von Nahrung« (KSKE 2013).

10.3.3 Politisches Selbstverständnis

Wie bereits erwähnt wurde, setzten sich die Gründungsmitglieder von *Sikos* überwiegend aus Mitgliedern anarchistischer Gruppierungen zusammen. Entsprechend identifizierten sich diese Mitglieder mit Prinzipien wie Antiautorität und Antistaatlichkeit. In ihrer Satzung beschreiben die Projektinitiator*innen *Sikos* als »gesellschaftliche Gegenstruktur« und als »Teil eines kollektiven Kampfes für Emanzipation und Autonomie vom Macht- und Staatsapparat« (Sikos 2012). Die Projektgründer*innen grenzen *Sikos* explizit von anderen in der Krise entstandenen Märkten ohne Zwischenhändler*innen ab. So ist die Kartoffelbewegung dem ehemaligen *Sikos*-Mitglied *Ach zufolge eine »vollkommen apolitische« Bewegung, die in der Krise lediglich versuchte, staatliche Leistungen zu substituieren (Interview *Ach, 18.03.015). Derartige »austeritätsreaktionäre Kollektive« würden, wie *Ach glaubt, »dicht machen«, sobald »die Austerität vorbei ist«, oder eine Partei wie »SYRIZA an die Macht« gelangt, während Projekte wie *Sikos*, die »tief auf einer ideologischen Ebene daran glauben, eine neue Welt zu schaffen« nach der Krise weitermachen würden (Interview, *Ach, 18.03.2015).

Im Gegensatz zu den Mitgliedern der administrativen Versammlung fühlten sich die Landwirt*innen bei *Sikos* keiner bestimmten Ideologie zugehörig. Prinzipiell waren Partei- oder Gruppenzugehörigkeiten gemäß der Satzung von *Sikos* erlaubt, solange keines

der Mitglieder eine rassistische oder faschistische Gesinnung hatte (Sikos 2012). Wie *Ach erzählt, war *Sikos*, auch wenn es von politischen Aktivist*innen mit bestimmten ideologischen Überzeugungen gegründet wurde, grundsätzlich ein ideologisch durchlässiges Projekt:

»Also wenn einige Leute, die partizipierten, der Linken oder der radikalen Linken angehörten, SYRIZA wählten, das ist etwas, das wir nicht nachfragten. Weil *Sikos* kein politisches Kollektiv war, sondern ein soziales Kollektiv. Es war ein Kollektiv, das [...] keine Fahnen oben drauf hatte, Stempel oder was auch immer. Wir sagten nicht: »Dies ist ein anarchistisches Kollektiv« oder: »Dies ist ein linksradikales Kollektiv«; nichts, das auf die politische Haltung hingewiesen hätte« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

Die administrative Versammlung hatte auch kein Problem damit, wenn sich Mitglieder des Projekts in parlamentarischer Politik engagierten. Eine direkte Zusammenarbeit mit dem Staat lehnten die Projektinitiator*innen allerdings ab. Ihre antistaatliche Haltung äußerte sich auch durch den bewussten Verzicht auf einen formellen Status. Den Rat eines Rechtsanwalts, zur Vermeidung rechtlicher Probleme eine Genossenschaft zu gründen, lehnten die Mitglieder der administrativen Versammlung ab (Interview, *Ach, 18.03.2015). Die Projektgründer*innen »wollten nichts, was von irgendeiner Regierung oder NGO genehmigt wurde« (Interview, *Ach, 18.03.2015). Auch für den einmal monatlich stattfindenden Marktverkauf auf dem zentralen Exarchia-Platz hatten die Mitglieder keine Genehmigung. Diese lehnten die Aktivist*innen ebenfalls ab:

»Die Besetzung des Platzes passierte einmal im Monat; dass der Markt auf dem Exarchia-Platz aufgebaut wurde. Das dauerte von zehn, elf Uhr bis dreizehn Uhr [...]. Wenn du was aufbauen willst, brauchst du die Autorisierung der Kommune oder des Bürgermeisters. Wir akzeptierten keine Regierung, die uns autorisiert, zu kreieren, woran wir glauben. Die Aktionen waren irgendwie so: Wir eigneten uns den öffentlichen Raum an, ohne dass irgendjemand entschied, ob wir es tun durften oder nicht. Wir besetzten den Platz für einige Stunden jeden Monat, so dass der Markt stattfinden konnte« (Interview, *Ach, 18.03.2013).

Sikos sah sich in seinem zweijährigen Bestehen zu keinem Zeitpunkt mit rechtlichen Problemen konfrontiert. Dies haben die Projektmitglieder vermutlich der Tatsache zu verdanken, dass ihr Marktverkauf auf dem Exarchia-Platz stattfand. Dieser wurde bis vor wenigen Jahren und bis auf wenige Ausnahmen bewusst nie von Polizeikräften betreten, da sonst heftige Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Mitgliedern der anarchistischen Bewegung, die dort eine hohe Präsenz haben, drohten.¹⁹

Die Gründer*innen von *Sikos* betrachteten ihr Projekt nicht nur als eine gesellschaftlich Gegenstruktur, sondern auch als »eine partizipative Struktur, die »durch kollektive, direkte Prozesse«, zur Deckung der »Nahrungsbedürfnisse der Gemeinde von Exarchia«

19 Seit dem Regierungswechsel 2019 hat sich die Situation verändert. Die aktuelle ND-Regierung ging gleich nach ihrer Regierungsübernahme repressiv gegen die Strukturen der AA-Bewegung in Exarchia vor. Die Polizeipräsenz im Zentrum von Exarchia gehört inzwischen zum Alltag.

beiträgt (Sikos 2012). Laut der Satzung war die Teilhabe der Konsument*innen bzw. Verbraucher*innen in den Entscheidungen und in der Gestaltung von *Sikos* ein wichtiges Element des Projekts (Sikos 2012). Um die Verbraucher*innen zu einer aktiven Partizipation zu bewegen, informierten die Mitglieder von *Sikos* die Verbraucher*innen während des Markverkaufs über stattfindende Seminare zur Lebensmittelerzeugung und luden sie zur Teilnahme an den Sitzungen der Marktversammlung ein. Gleichzeitig ermutigten die *Sikos*-Mitglieder die Verbraucher*innen dazu, sich während des Marktbesuchs mit den Erzeuger*innen persönlich über den Nahrungsverarbeitungsprozess auszutauschen (Interview, *Ach, 18.03.2015). Der direkte Kontakt zwischen Produzent*innen und Verbraucher*innen sollte zu mehr Transparenz im Bereich der Nahrungsherstellung beitragen. Durch die Teilnahme in Seminaren sollten sich die Verbraucher*innen Wissen über Nahrung und deren Erzeugung aneignen. Dieses Wissen sollte ihnen ermöglichen, sich bis zu einem gewissen Grad selbst zu versorgen und insgesamt ein anderes Ernährungsbewusstsein zu entwickeln. Dem ehemaligen *Sikos*-Mitglied *Ach zufolge unterschied sich *Sikos* in diesem Aspekt von der sogenannten Kartoffelbewegung:

»Der Unterschied war, dass die Kartoffelbewegung nur ein Treffen von Landwirt*innen und Menschen war, die schnell ihre Kartoffeln verkauften und abhauten. In unserem Markt konnten alle [...] direkt mit den Leuten sprechen, die die Produkte erzeugten [...]. Sie [die Verbraucher*innen, *Anm. d. Verf.*] konnten Fragen stellen, wie: ›Wie hast du das produziert?‹ Es gab einen Austausch von Wissen und es gab auch Seminare darüber, wie du Dinge in deinem Garten, auf deinem Balkon kultivieren kannst, Diskussionen. Wir haben die ganze Zeit versucht, Leute dazu zu animieren, aktiv zu partizipieren und nicht nur zu kaufen und nach Hause zu gehen [...]. Sie in einen Aktivierungsmodus versetzen anstatt, was sie in den Supermärkten tun, hingehen, kaufen, nach Hause gehen. Also ich glaube, in dem Bereich, ja, da gibt es einen gewaltigen Unterschied zwischen *Sikos* und der Kartoffelbewegung. Ich meine, für mich, wenn ich es mit einfachen Worten formuliere, versuchte *Sikos* eine Schule der Autonomie und Selbstorganisation zu sein; wie du Sachen kreierst. Nach Hause gehen mit einer Tasche voll mit Kartoffeln, aber auch mit dem Wissen: ›Oh man, ich kann diese Kartoffel behalten. Wenn ich sie draußen in einen Blumentopf tue, dann kann ich mehr Kartoffeln haben. Und dann könnte ich zu *Sikos* gehen oder woanders hin und sie verkaufen‹. Die Kartoffelbewegung bestand nur aus Lastwagen, die mit Kartoffeln beladen waren, voll mit Chemikalien. Abladen, verkaufen, ciao. Ich denke, dass der Unterschied groß ist« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

Neben den Verbraucher*innen nahmen auch die Landwirt*innen in erster Linie aus materiellen Anreizen am Projekt teil. Viele von ihnen machten durch ihre Teilnahme an *Sikos* neue Erfahrungen, die *Ach zufolge bei den Landwirt*innen zu einer Bewusstseinsveränderung beigetragen haben. Durch ihre Partizipation entdeckten sie, dass sie »wirklich im Leben Verantwortung für Dinge übernehmen« können (Interview, *Ach, 18.03.2015). Diese Erkenntnis war für viele Landwirt*innen ab einem gewissen Zeitpunkt wichtiger als ihr materieller Gewinn aus dem Verkauf:

»Ich meine, ich wette einige Leute kamen zuerst für das Geld und dann fanden sie heraus: ›Oh, wow, super. Ich will hier nicht für das Geld sein.‹ Ich meine, an einem Punkt

gab es Streit über das Geld und einige Farmer*innen sagten – weil wir [die administrative Versammlung, *Anm. d. Verf.*] kurz davorstanden, *Sikos* zu schließen: »Es ist uns egal, das Geld. Wir geben unsere Produkte umsonst her. Nur schließt *Sikos* nicht.« Ich glaube, dass diejenigen, die das sagten, zu dem Zeitpunkt realisierten, was *Sikos* zu tun versuchte, nämlich etwas, das über das Geld hinausging« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

Die Landwirt*innen, die von den Mitgliedern der administrativen Versammlung zu nächst als »apolitisch« betrachtet wurden (Interview, *Ach, 18.03.2015), begannen im Verlauf des Projekts mehr Verantwortung zu übernehmen. Bei den Sitzungen der Marktversammlung beteiligten sie sich, wie *Ach beobachten konnte, mit der Zeit immer reger aktiv an den Diskussionen:

»[...] aufgrund der Diskussionen die wir hatten, wurden diese Menschen allmählich politischer. Es war wirklich überraschend und natürlich schön, dass du in einigen Versammlungen sahst, dass die Landwirt*innen, in den ersten Versammlungen nicht sprachen und dann, in der sechsten oder siebten Versammlung, sagten sie Dinge, gute Dinge und das war sehr schön, weil es das Reifen einer Person war, die apolitisch war und politisiert wurde, auf ihre eigene Weise, nicht strikt mit einer Doktrin. Aber das war schön, wie sie sich transformierten durch den Prozess« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

Auch für die Mitglieder der administrativen Versammlung war die Kooperation mit Menschen außerhalb des eigenen politischen Umfelds eine bereichernde Erfahrung. Für *Ach führte diese Erfahrung dazu, dass er die eigenen ideologischen Überzeugungen infrage stellte und aufhörte, »an spezifischen Doktrinen« festzuhalten (Interview, *Ach 18.03.2015). Durch die Zusammenarbeit mit den Landwirt*innen wurde ihm bewusst, dass es in der Praxis – anders als in der Theorie – notwendig war, die »Dinge außerhalb strikter politischer Grenzen« zu betrachten, um die »Dinge voranzubringen«; nicht in starren ideologischen Rahmen zu verharren, sondern sich der Gesellschaft gegenüber zu öffnen (Interview, *Ach 18.03.2015).

10.3.4 Soziale Beziehungen

Für die administrative Versammlung bedeutete der Versuch einer anderen Nahrungsversorgung und -distribution auch, neue soziale Beziehungen zu schaffen. Laut der Projektgründer*innen strebte *Sikos* »Beziehungen der Reziprozität, des Vertrauens und der Solidarität, fern von Warenbeziehungen der Ausbeutung« an (Sikos 2012). Die Schaffung derartiger sozialer Beziehungen sollte, wie bereits beschrieben, durch »eine direkte Verbindung zwischen Verbraucher*innen und Produzent*innen« (Sikos 2012) gelingen. In den Beziehungen zwischen den Projektmitgliedern spielte laut *Ach Solidarität eine besonders wichtige Rolle. Anders als die regulären Wochenmärkte in Griechenland, fand *Sikos* ohne offizielle Genehmigung statt. Daher waren alle Mitglieder von *Sikos* ständig der Gefahr ausgesetzt, mit strafrechtlichen Konsequenzen konfrontiert zu werden. Die Mitglieder waren aus diesem Grund sehr auf den Zusammenhalt untereinander angewiesen:

»Wenn wir *Sikos* mit den üblichen, den offiziellen Wochenmärkten vergleichen, dann denke ich, dass die Menschen, die bei *Sikos* dabei waren, wussten, dass von dem Moment an, in dem sie den zentralen Platz betraten und ihre Stände aufstellen [...], sie außerhalb des Gesetzes waren. Sie waren Gesetzlose. Also, das bindet dich. Ich meine, die Leute bei den offiziellen Märkten haben nichts zu befürchten. Aber wir, wenn sie uns verhaftet hätten, die Bußgelder, die wir hätten bezahlen müssen, wären enorm gewesen. Aber das Gute ist, dass – natürlich haben wir es nicht getestet, aber – die Solidarität, die unter den Leuten von *Sikos* herrschte, war glaube ich, ich möchte glauben, dass es wahr ist, dass wenn die Bullen uns angegriffen hätten, wären wir alle zusammen gewesen, vereint und würden nicht zulassen, dass jemand mitgenommen wird. Ich glaube, wenn du weißt, dass das was du tust, gesetzlich verboten ist, ja natürlich, da gibt es einen gewaltigen Unterschied. Du empfindest einen Zusammenhalt, dass ihr euch gegenseitig schützen müsst. Ob es die administrative Versammlung ist oder die Marktversammlung oder die Kund*innen. Wir müssen vereint sein. Und natürlich ist Exarchia der Ort einer solchen Solidarität« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

10.3.5 Finanzierung und Kooperation

Die Mitglieder von *Sikos* lehnten die Kooperation mit politischen Parteien, Gewerkschaften und anderen staatlichen Institutionen ab. Dafür waren sie offen für eine Zusammenarbeit mit selbstorganisierten »Agrargenossenschaften, selbstverwalteten landwirtschaftlichen Projekten, kleinen Produktionsbetrieben und Strukturen solidarisches Handelns« (Sikos 2012). Die Projekte, mit denen *Sikos* kooperierte, durften am Marktverkauf in Exarchia teilnehmen und ebenfalls ihre Produkte verkaufen. Beispielsweise nahmen die Mitglieder von Vio.Me. (siehe Kapitel 10.2) einige Male »am Markt teil, um ihre Produkte zu verkaufen und um ihre Solidarität mit dem Projekt auszudrücken« (Interview, *Ach, 18.03.2015). Mit der selbstorganisierten Agrargenossenschaft *Rizari* in Athen arbeitete *Sikos* zudem regelmäßig zusammen:

»Es gab Genossenschaften, die an *Sikos* teilnahmen, wie zum Beispiel *Rizari*. *Rizari* ist ein Zusammenschluss von einigen Leuten, die sehr, sehr kleine Farmen in Athen haben und sie kultivieren verschiedene Dinge und sie kamen zu *Sikos* und verkaufen sie und geben auch Seminare über verschiedene Dinge. Das sind wunderbare Leute und auch eine tolle Genossenschaft« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

10.3.6 Herausforderungen

10.3.6.1 Geringe Partizipation von Verbraucher*innen

Ein Anliegen der *Sikos*-Mitglieder war es, die Verbraucher*innen zu einer aktiven Teilhabe am Projekt zu bewegen. In der Praxis gestaltete sich dieses Vorhaben allerdings schwierig. Der Großteil der Marktbesucher*innen erledigte seine Einkäufe und verließ anschließend den Markt. An der Sitzung der Marktversammlung, die im Anschluss an den Marktverkauf stattfand, beteiligten sich nur sehr wenige Verbraucher*innen. *Ach zufolge war die mangelhafte Kommunikation zwischen den *Sikos*-Mitgliedern und den Verbraucher*innen der Grund dafür, dass letztere kaum an den Versammlungen teilgenommen haben. Zudem fanden die Versammlungen nicht auf dem zentralen Exar-

chia-Platz statt, sondern in einem Gebäude in der Nähe. Diese Information war vielen nicht bekannt und wurde von den *Sikos*-Mitgliedern nicht ausreichend kommuniziert, wie *Ach findet:

»Ich denke, dass wir keinen besonders guten Job getan haben. Eigentlich haben wir nichts getan (lacht). Wir sagten es einige Male, aber es war ein bisschen wie: »Wenn sie kommen wollen, werden sie kommen«. Ich glaube, dass sie [die Marktbesucher*innen, *Anm. d. Verf.*] nicht wussten, dass die Marktversammlung auch für sie offen war. Und weil sie [die Versammlung, *Anm. d. Verf.*] in einem geschlossenen Raum stattfand. Wenn sie auf dem zentralen Platz nach dem Markt stattgefunden hätte, dann hätte die Versammlung vor den Augen der Leute stattgefunden und dann hätten sie partizipiert. Aber weil sie im Erdgeschoss eines Gebäudes stattfand und somit außer Sichtweite war, wussten die meisten Leute nicht, dass dieser Prozess stattfand. Ich glaube, auf einigen Postern schrieben wir, dass nach dem Markt die Versammlung stattfindet, aber du weißt, wie das ist« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

10.3.6.2 Projektinterne Interessenskonflikte

Eine wesentlich größere Herausforderung als die geringe Partizipation der Verbraucher*innen waren die projektinternen Konflikte bei *Sikos*. Von Anfang an war das Projekt in zwei unterschiedliche Lager gespalten. Diese zwei Lager waren durch unterschiedliche ideologische und sozialstrukturelle Merkmale gekennzeichnet und, wie sich im Verlauf des Projekts zunehmend zeigte, auch durch unterschiedliche Zielvorstellungen. Zu dem einen Lager gehörten die Mitglieder der administrativen Versammlung bzw. die Projektgründer*innen. Für sie standen die politischen Ziele des Projekts im Vordergrund. Wie *Ach erzählt, realisierten die Mitglieder der administrativen Versammlung ab einem gewissen Zeitpunkt, dass sie mehr als »einen alternativen Markt, ein soziales Experiment für den zentralen Platz von Exarchia« kreieren wollten, nämlich »etwas, das politischer war« und näher dran an den eigenen »strikten politischen Überzeugungen« (Interview, *Ach, 18.03.2015). Diese Zielvorstellungen deckten sich nicht mit den Vorhaben der Landwirt*innen, die vor allem faire Preise für ihre Produkte wollten. *Ach zufolge betrachteten die Mitglieder der administrativen Versammlung, unter denen sich überwiegend Anarchist*innen befanden, das Projekt im Verlauf zunehmend als ein »anarchistisches Kollektiv« und nicht als das, was *Sikos* war, nämlich ein »sozialer Nachbarschaftsmarkt« (Interview, *Ach, 18.03.2015). Den Landwirt*innen warfen die Mitglieder der administrativen Versammlung irgendwann vor, »eigentlich nur für das Geld« da zu sein und nicht aus politischer Überzeugung (Interview, *Ach, 18.03.2015). Tatsächlich stellten die Mitglieder der administrativen Versammlung im Verlauf des Projekts fest, dass einzelne Landwirt*innen »eigentlich nur für das Geld da waren« und »nie an den Vollversammlungen« teilnahmen (Interview, *Ach, 18.03.2015). Aus diesem Grund wurden sie aus dem Projekt ausgeschlossen. Zudem gab es auch Streitereien über die Preise, die die Mitglieder der administrativen Versammlung als unangemessen empfunden haben. Und so »begannen die beiden Welten zu kollidieren« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

10.3.6.3 Ungleichverteilung politischer Teilhabemöglichkeiten

Dass sich die projektinternen Konflikte immer weiter zugespitzt haben und *Sikos* sich nach nur zwei Jahren aufgelöst hat, hing dabei insbesondere mit den politischen Strukturen des Projekts zusammen. Von Anfang an waren Möglichkeiten der politischen Teilhabe bei *Sikos* ungleich verteilt. Alle das Projekt betreffenden wichtigen Entscheidungen durften nur von der administrativen Versammlung gefällt werden. Diese Ungleichverteilung der Entscheidungsmacht trug *Ach zufolge dazu bei, dass die Landwirt*innen im Projekt insgesamt weniger Verantwortung für Dinge übernahmen und von der administrativen Versammlung »erwarteten, das politische Denken und Tun zu übernehmen« (Interview, *Ach, 18.03.2015). Gleichzeitig führte sich die administrative Versammlung *Ach zufolge zunehmend »wie ein Befehlskommando« auf (Interview, *Ach, 18.03.2015). Während alle Projektmitglieder anfangs zumindest einige Themen gemeinsam diskutierten und erste Entscheidungen im Rahmen der Marktversammlung gemeinsam fällten, zog es die administrative Versammlung mit zunehmenden Konflikten vor, Entscheidungen völlig im Alleingang zu fällen:

»Auf eine Weise begannen wir – und das war ein riesiges Problem – wir begannen, wie Bosse zu sein, als hätten wir die ultimative Entscheidungsmacht. Und eigentlich begannen wir, ihnen [den Landwirt*innen, *Anm. d. Verf.*] Anweisungen zu geben. Und das war für mich ein riesiger Fehler. Weil eine Sache, die wir zum Beispiel taten, war, dass ein Genosse von uns im Gefängnis saß und es gab Solidaritätsproteste überall für ihn, damit er entlassen wird. Anstatt zur großen Versammlung zu gehen, zur Marktversammlung, und zu sagen: ›Wir würden gerne unsere Solidarität als *Sikos* zeigen mit dieser Person, die ein Genosse von uns ist. Was denkt ihr?‹ und es mit den Leuten diskutieren – das wäre das Richtige gewesen. Stattdessen entschieden wir – die administrative Versammlung – folgendes: ›Ok, wir zeigen unsere Unterstützung mit dem Genossen‹. Und dann gingen wir zur anderen Versammlung, zur Marktversammlung, und sagten: ›Hey, hör zu, wir zeigen unsere Unterstützung für Genosse X‹. Ich meine, du gibst einen Befehl. Du diskutierst nicht, du befiehlst. Das ist ein großer Fehler. Das ist wie Stalinismus oder sowas« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

Im Sommer 2014 eskalierte schließlich der Konflikt zwischen den beiden unterschiedlichen Lagern des Projekts. In einer Sitzung der administrativen Versammlung schlugen einige Mitglieder vor, das Projekt in veränderter Form und ohne eine Beteiligung der Landwirt*innen fortzusetzen. Andere Mitglieder, darunter das Mitglied *Ach, empfanden diesen Vorschlag als unfair gegenüber den Landwirt*innen und schlugen vor, das Projekt zu beenden, um selber anschließend ein neues Projekt unter einem anderen Namen zu gründen. Ohne die Landwirt*innen in die Entscheidung über das Projekt miteinzubinden, entschied die administrative Versammlung schließlich, das Projekt zu beenden und informierte die Landwirt*innen lediglich im Anschluss über diese Entscheidung. Dabei hatten die Landwirt*innen, wie *Ach findet, »gegen keine Regeln verstoßen« (Interview, *Ach, 18.03.2015). Vielmehr hatte sich die administrative Versammlung den Landwirt*innen gegenüber falsch verhalten und sie wie »Gäste« und nicht wie vollwertige Mitglieder behandelt (Interview, *Ach, 18.03.2015). Nach einigen Streitereien riet die administrative Versammlung den Landwirt*innen letztendlich »unter einem anderen Namen« weiterzumachen (Interview, *Ach, 18.03.2015). Die administrative Versamm-

lung nahm sich selbst ebenfalls vor, in »einem neuen Rahmen etwas Neues zu kreieren«, nämlich »ein politisches Landwirtschaftskollektiv« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

10.3.7 Gesellschaftspolitische Ziele

10.3.7.1 Kollektive Krisenbewältigung durch demokratische Selbstorganisation

Wie bereits dargestellt wurde, entstand *Sikos* in erster Linie aus der Intention heraus, die infolge der Krisenpolitik zugenommene Nahrungsmittelunsicherheit der Anwohner*innen von Exarchia durch den Aufbau einer selbstorganisierten Form der Nahrungsmitteldistribution und des direkten Handels zu bewältigen. Von dieser Struktur profitierten auf materieller bzw. ökonomischer Ebene sowohl die Produzent*innen von *Sikos* als auch die Verbraucher*innen. Die Verbraucher*innen konnten auf dem einmal im Monat stattfindenden Markt Lebensmittel günstiger als im Supermarkt erwerben und auch die Erzeuger*innen profitierten von fairen Preisen für ihre Produkte. Letztere mussten bei *Sikos* weder eine Zwischenhändler*innenprovision noch Steuerabgaben und Standgebühren zahlen. Somit konnten die Landwirt*innen zumindest ein kleines Nebeneinkommen erzielen, auf das sie seit der Krise angewiesen waren (Interview, *Ach, 18.03.2015). Einzig und allein vom Verkauf der Produkte bei *Sikos*, konnten die Landwirt*innen ihren Lebensunterhalt jedoch nicht bestreiten (Interview, *Ach, 18.03.2015). Dafür fand der Markt zu selten statt. Hätte *Sikos* jedoch »in einem größeren Ausmaß stattgefunden« und »öfter als einmal im Monat und überall in Griechenland«, dann hätte *Sikos* vielleicht das Potential gehabt, den Erzeuger*innen langfristig materielle Sicherheit zu bieten (Interview, *Ach, 18.03.2015).

10.3.7.2 Netzwerk der selbstorganisierten Nahrungsmittelversorgung schaffen

Neben einer kollektiven Krisenbewältigung zielten die Initiator*innen von *Sikos* vor allem darauf ab, die Idee der Selbstorganisation gesellschaftlich zu verbreiten. Sie wollten möglichst viele Menschen dazu motivieren, ähnliche Projekte wie *Sikos* zu gründen, um landesweit »graduall ein Netzwerk der Nahrungsmittelversorgung zu schaffen« (Interview, *Ach, 18.03.2015). Wie *Ach erzählt, dachten die Projektgründer*innen

»im ersten Jahr darüber nach, kleine Teams von Menschen aus der administrativen Versammlung zu bilden und in Griechenland herum zu reisen und zu verschiedenen Kollektiven in Griechenland zu reisen, um ihnen einen Plan vorzustellen, wie sie das gleiche machen können, so dass wir ein Netzwerk von Märkten ohne Zwischenhändler*innen kreieren konnten« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

Auch über das Thema der Revolution machten sich die Mitglieder der administrativen Versammlung Gedanken. *Sikos* betrachteten sie, wie *Ach erzählt, als einen ersten Schritt in Richtung der Revolution:

»[...] Nahrung ist das A und O. Es ist das erste Ding, das du brauchst, das Grundlegende, wenn du, sagen wir, eine Revolution machen willst. Das Zentrale war, Menschen dazu zu bringen, zu kommen und sich zu beteiligen und anzufangen, ihr Leben selber zu organisieren. Das war die zentrale Idee von *Sikos*. Beginn mit Nahrung! Weil Nahrung –

wie du weißt, befinden wir uns in einer Periode, wo wir alle dieses Monsanto und all den Scheiß haben, das auf deinen Teller kommt. Ich meine Essen, die Kultivierung und das Bewirtschaften, sind überwiegend in den Händen von Großunternehmen. Wenn wir es nicht schaffen, eine der Grundbedürfnisse der Menschheit zurückzugewinnen, nämlich Essen, wenn wir zum Beispiel annehmen, dass wir in einer revolutionären Periode sind, dann wird diese nicht lange anhalten, wenn wir nichts zu essen haben. Es gab auch Diskussionen darüber, was wir tun würden im Falle eines Bürgerkrieges oder einer Revolution. Wie wir die Farmen kultivieren würden, wie wir mehr Essen produzieren müssten. Die revolutionären Armeen und sowas. Die Massenversorgung der Bevölkerung. Es gab viele Ideen, aber grundlegend, denke ich, war die Selbstorganisation. Ich meine, der erste Schritt ist zu realisieren, dass, wenn du diese andere Welt aufbauen willst, die dir deine Ideologie diktiert, kannst du das nur tun, indem du damit beginnst, diese andere Welt zu bauen. Es mag nicht schön sein oder etwas ungeschickt, aber es ist ein guter Anfang, es zu tun« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

Tatsächlich setzten die Mitglieder der administrativen Versammlung viele ihrer gesellschaftspolitischen Ziele nicht in die Praxis um, was vermutlich auch daran lag, dass sich das Projekt nach einem Jahr mit internen Konflikten konfrontiert sah und nach insgesamt zwei Jahren bereits beendet wurde. Dennoch, so glaubt *Ach, diene *Sikos* anschließend anderen Menschen »als ein Beispiel«, das ihnen »einen Weg aufzeigte oder einen ersten Schritt auf einem Pfad«, auf dem die »Menschen sich jetzt sicherer fühlen, die restlichen Schritte zu tun« (Interview, *Ach, 18.03.2015). Anhand einer Anekdote erzählt *Ach, wie es den *Sikos*-Gründer*innen gelang, einige Landwirt*innen eines kleinen Dorfes im Süden von Griechenland für die Selbstorganisation der Produktion und Distribution von Nahrung zu begeistern:

»Und wenn ich an dieser Stelle eine kleine Geschichte erzählen darf, von der ich denke, dass sie der Höhepunkt von *Sikos* war – zumindest für mich. Irgendwann kam ein Landwirt zu *Sikos* aus einem kleinen Dorf im Peloponnes und es war das erste Mal in seinem Leben, dass er in diesen Stadtteil kam. Bis zu dem Zeitpunkt wusste er über den Stadtteil nur, was er aus den Medien kannte. Dass es ein Ort von Anarchist*innen ist, die Autos verbrennen, die Gebäude anzünden, Menschen töten, wo Kriminalität hoch ist, ein Schwarzes Loch, ein Ghetto und all das Zeug. Also, dieser Mann kam mit seinen Produkten zum Markt. Er sah den gesamten Prozess des Marktes, er war Teil davon. Wir nahmen ihn danach mit zu einem besetzten Park, [...] den Park *Navarinou*, wo wir eine Saatbank haben. Eine Saatbank ist etwas, wo du Saat aufbewahrst von verschiedenen Dingen, die du später kultivieren kannst. Wir gaben ihm ein traditionelles Saatgut mit, nicht Saat, die hergestellt ist oder so und er sagte: »Oh mein Gott, ich habe diese spezielle Saat seit meinem Großvater nicht mehr gesehen«. Wir gaben ihm Saatgut und wir gingen zu einer anderen Besetzung mit ihm, wo wir eine Präsentation darüber hatten, wie wir autonom werden und unsere Leben in verschiedenen Aspekten selber organisieren können. Wir hatten Leute aus verschiedenen Kollektiven aufgerufen, zu partizipieren. Kollektive, die zu erneuerbarer Energie arbeiteten, Leute, die Hausgärten schafften – kleine Farmen auf deinem Balkon. Er war so begeistert von dem, was er sah, dass er irgendwann sagte: »Kann ich was fragen? Ist das hier eine Besetzung?« Wir sagten: »Ja, ist es.« »Und ihr seid alle Anarchist*innen?« Und wir sagten: »Die meisten von uns, ja, aber nicht nur. Es gibt auch radikale Linke.« Und er fragte auf eine sehr

kindlich-naive Weise: »Warum sagen sie diese Dinge nicht im Fernsehen?« Er ging. Er kehrte in sein Dorf zurück. Und in der Woche darauf hatten wir einen Anruf von ihm, aus seinem Dorf. Er wollte, dass einige Leute von *Sikos* zum Dorf fahren und mit anderen Landwirt*innen sprechen, in der Kaffeestube des Dorfes; darüber, was eine Versammlung ist, was der horizontale Weg ist, Entscheidungen zu treffen. Dinge, die er gut fand und die, wie er befand, funktionierten. Es war das erste Mal für mich, sagen wir, in der Geschichte der anarchistischen Bewegung und der Bewegung der radikalen Linken, aber mehr der anarchistischen Bewegung, dass sie nicht selber irgendwo hin ist, sondern eingeladen wurde, um über ihre Ideen zu reden. Und das Treffen lief ganz gut. Die Landwirt*innen waren begeistert. Sie waren überrascht. Sie übergaben uns einige kleine Teile von ihrem Land, um es für uns selber zu kultivieren und sagen wir, unsere eigene Erfahrung zu machen mit Land und dann wurden einige von ihnen selber Mitglieder von *Sikos*.« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

10.3.8 *Sikos* heute

Sikos wurde im Sommer 2014 beendet, nachdem das Projekt für zwei Jahre bestanden hatte. Nach dem Ende von *Sikos* beteiligte sich ein Großteil der ehemaligen Mitglieder an dem Aufbau neuer selbstorganisierter Projekte. Mitglieder der administrativen Versammlung teilten sich *Ach zufolge »in verschiedene Gruppen« auf (Interview, *Ach, 18.03.2015). Einige von ihnen partizipierten an der Gründung von Gruppen, die »auf die Selbstorganisation der Nahrungsproduktion und -distribution hinarbeiten« (Interview, *Ach, 18.03.2015). Andere nahmen im Sommer 2014 gemeinsam mit anderen Anwohner*innen des Stadtteils an der Gründung der Vollversammlung von Exarchia (*Laiki Sinelefsi Exarcheion*) teil. Die Vollversammlung organisierte seit 2014 zahlreiche Protestaktionen gegen die sozialen und politischen Auswirkungen der Krisenpolitik. Im ersten Monat beteiligten sich »über 2.500 Menschen« an der Vollversammlung (*Laiki Sinelefsi Exarcheion* 2014). Die Landwirt*innen, die an *Sikos* teilgenommen hatten, gründeten 2014 zudem einen neuen Markt ohne Zwischenhändler*innen. Der Selbstorganisierte Markt des Exarchia-Platzes (*Autoorganomeni Laiki Plateias Exarxeion*) besteht noch heute (Stand: 2023). Wie *Ach berichtet, hielten es die Landwirt*innen anfangs für keine gute Idee, »sich selbst zu organisieren«, doch

»nach einigen Monaten kreierten sie den selbstorganisierten Markt von Exarchia. Es sind die gleichen Leute. Mehr Leute sind dazu gekommen. Sie haben keine administrative Versammlung und natürlich tun sie, was sie wollen mit den Preisen. Und sie haben eine sehr minimalistische politische Satzung. Ich meine, es ist inzwischen wirklich einfach, beizutreten« (Interview, *Ach, 18.03.2015).

Anders als bei *Sikos* operiert der Selbstorganisierte Markt des Exarchia-Platzes über eine Vollversammlung, in der alle Mitglieder das gleiche Stimmrecht besitzen und in der sie alle Entscheidungen gemeinsam treffen. Seit der Gründung haben sich weitere Menschen dem Projekt angeschlossen. Zu den Mitgliedern zählen Landwirt*innen, Kleinproduzent*innen und Aktivist*innen (*Laiki Sinelefsi Exarcheion* 2014).

10.4 »Um wahrhaftig unsere Gesundheit in unsere eigenen Hände zu nehmen« – die selbstorganisierte Sozialklinik KCI

10.4.1 Entstehungsgeschichte

10.4.1.1 Die Versammlung für die Gesundheit und die Nachbarschaftsversammlung

Die Entstehungsgeschichte der selbstorganisierten Sozialklinik KCI reicht bis zu den Dezemberprotesten 2008 zurück. Während der Proteste gründeten einige Protestteilnehmende in Athen die Arbeitsgruppe Versammlung für die Gesundheit (*Sinelefsi gia tin Igeia*) (KCI 2012a). Diese wurde mit dem Ziel gegründet, gemeinsam über die Gesundheitsversorgung, den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen sowie über die Arbeitsbedingungen im medizinischen Sektor zu diskutieren (KCI 2012a). Um auf die aktuellen Zustände im Gesundheitswesen aufmerksam zu machen, besetzte die Arbeitsgruppe während der Dezemberproteste kurzzeitig zwei größere Krankenhäuser in Athen. Bei diesen Protestaktionen forderten die Mitglieder der Arbeitsgruppe »Gesundheit für alle« (KCI 2012a). Zur gleichen Zeit begannen die Mitglieder der Arbeitsgruppe, wie sie in einer ihrer Broschüren schreiben, über eine »andere Gesundheit« zu diskutieren sowie ein theoretisches und praktisches Gegenkonzept zum staatlichen Gesundheitswesen zu entwickeln (KCI 2012a). Diese andere Form der Gesundheit sollte fernab von »Kommerzialisierung, Machtverhältnissen und Medikalisierung« gestaltet sein, das Thema Gesundheit ganzheitlich betrachten und »mit dem binären Konzept brechen, Menschen entweder als gesund oder als krank zu betrachten« (KCI 2012a). Um dieses Konzept in die Praxis umzusetzen, wollten die Mitglieder eine Sozialklinik (*Koinoniko Iatreio*) aufbauen (KCI 2012a). Einige Mitglieder der Arbeitsgruppe nahmen zu diesem Zeitpunkt an den Sitzungen einer Nachbarschaftsversammlung drei zentraler, aneinandergrenzender Athener Bezirke teil. Und so bot es sich für die Arbeitsgruppe an, sich mit dieser Nachbarschaftsversammlung enger zu vernetzen.

Die Nachbarschaftsversammlung der Anwohner*innen von Petralona, Koukaki und Thissio (*Laiki Sinelefsi ton Katikon tou Petralonon tou Koukakiou kai tou Thissiou*) existierte bereits seit November 2002. Sie war aus dem gemeinsamen Bedürfnis der Anwohner*innen heraus entstanden, etwas gegen die Gentrifizierung in den drei Stadtteilen zu unternehmen. Im November 2002, im Vorfeld der Olympiade 2004, protestierte die Nachbarschaftsversammlung erfolgreich gegen die »Kommerzialisierung und Privatisierung« von archäologischen Gebieten in den drei Bezirken (Laiki Sinelefsi Petralona 2012). Im Mai 2003 unterstützte sie Beschäftigte der Firma *Sisser-Palco* bei ihrem Kampf gegen Entlassungen. Die Nachbarschaftsversammlung beteiligte sich auch an Protestaktionen für einen freien öffentlichen Transport und die Abschaffung des gebührenpflichtigen Parksystems in den drei Bezirken (Laiki Sinelefsi Petralona 2012). In den ersten beiden Jahren trafen sich die Mitglieder der Nachbarschaftsversammlung mindestens einmal pro Monat. Nachdem die Nachbarschaftsversammlung zeitweilig politisch weniger aktiv gewesen war, versammelten sich ihre Mitglieder während der Dezemberproteste wieder regelmäßig, um über die veränderten gesellschaftlichen Zustände zu diskutieren.

10.4.1.2 Das Sozialzentrum und die Sozialklinik

So entwickelte sich im Rahmen der Dezemberproteste ein Austausch zwischen den Mitgliedern der Nachbarschaftsversammlung und den Mitgliedern der Versammlung für die Gesundheit (KCI 2012a). Bei einem gemeinsamen Treffen im April 2009 beschloss beide Projekte schließlich, ein leerstehendes Haus in der Nachbarschaft zu besetzen. Bei diesem handelte es sich um den ehemaligen Sitz der Patriotischen Stiftung für Sozialen Schutz und Wahrnehmung (*Patriotikon Idrima Koinonikis Prostasias kai Antilipseos*, kurz: PIKPA).²⁰ Die Aktivist*innen besetzten das Gebäude laut Darstellungen, um einen »offenen, sozialen Versammlungsort in der Nachbarschaft« zu schaffen, in dem sich alle selbstorganisieren können – frei von »Hierarchien« und »außerhalb von Parlamenten, Parteien, Medien und Institutionen« (Katalipsi PIKPA 2012). Das neue Sozialzentrum erhielt den Namen Besetzung PIKPA (*Katalipsi PIKPA*)²¹. Um alle das Sozialzentrum betreffende Entscheidungen gemeinsam zu fällen, gründeten die Aktivist*innen eine Vollversammlung, die einmal pro Monat tagte (Katalipsi PIKPA 2012). Nach und nach formierten sich in dem Sozialzentrum verschiedene Arbeitsgruppen, die sich mit unterschiedlichen Themen auseinandersetzten.

Die Mitglieder der Versammlung für die Gesundheit gründeten eine Arbeitsgruppe, die am Aufbau der von den Mitgliedern geplanten Sozialklinik arbeitete (KCI 2012a). Schließlich wurde die Sozialklinik im Sozialzentrum eingerichtet. In der Sozialklinik berieten Ärzt*innen einmal pro Woche für zwei Stunden Interessierte zu gesundheitlichen Themen. Darüber hinaus veranstalteten die Mitglieder der Sozialklinik Debatten und Workshops rund um das Thema Gesundheit. Ärztliche Untersuchungen fanden dagegen nicht statt. Den Gründer*innen ging es vielmehr um einen Austausch auf Augenhöhe und um die Partizipation der Nachbarschaft an den Angeboten. Diese standen allen Interessierten offen. Um das Interesse der Nachbarschaft an der Sozialklinik zu wecken, hängten die Mitglieder Poster von der Sozialklinik in der Nachbarschaft aus. Das Interesse der lokalen Gemeinde hielt sich jedoch zunächst in Grenzen. Die Mitglieder der Sozialklinik mussten erkennen, dass ihre Aktionen weniger »die lokale Gemeinde« in der Nachbarschaft erreichten als vielmehr Menschen, die sich – wie die Gründer*innen des Gesundheitszentrums selbst – ideologisch gesehen der Linken und dem Anarchismus zugehörig fühlten (KCI 2012a). Infolge der Krise veränderte sich die Situation des Gesundheitszentrums allerdings. Angesichts der sich zunehmend verschlechternden staatlichen Gesundheitsversorgung fühlten sich die Mitglieder der Sozialklinik gezwungen, »in Aktion« zu treten (KCI 2012a).²² Gemeinsam mit den übrigen Mitgliedern des Sozialzentrums diskutierten sie im Herbst 2011 über die Folgen der Krisenpolitik für

20 Bis Ende der 1990er Jahre bestand die Funktion der Stiftung darin, Familien mit Migrationshintergrund sowie Anwohner*innen des Stadtteils Petralona, in dem sich die Stiftung befand, eine »medizinische Grundversorgung« anzubieten (KCI 2012b). Anfang der 2000er Jahre wurde die Stiftung geschlossen. Das Gebäude stand bis zu seiner Besetzung im April 2009 leer (KCI 2012b).

21 Der Internetauftritt des Sozialzentrums PIKPA ist abrufbar unter: <https://pikpa.squat.gr>.

22 Angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen beschloss auch die Nachbarschaftsversammlung der Anwohner*innen von Petralona, Koukaki und Thissio, ab Juni 2011 »die Dinge in die eigenen Hände zu nehmen«, einmal wöchentlich, anstatt einmal pro Monat zu tagen und »ihre Aktionen zu intensivieren« (Laiki Sinelefsi Petralona 2012). So nahm die Nachbarschaftsversammlung an zahlreichen Protestaktionen, darunter Interventionen in Finanzämtern und anderen öffentli-

das griechische Gesundheitswesen und erkannten dabei, dass sie ihr Projekt transformieren mussten. Die Mitglieder des Sozialzentrums beschlossen, die Sozialklinik nicht mehr nur als »Versammlungsort« zu nutzen, sondern unter dem neuen Namen Sozialer Raum für die Gesundheit (*Koinonikos Choros gia tin Igia*, kurz: KCI)²³ in eine medizinische Praxis umzuwandeln, die allen Menschen frei zugänglich sein würde (KCI 2012a). Im Oktober 2011 nahm die Sozialklinik KCI schließlich den Betrieb auf.

10.4.2 Struktur und Arbeitsweise

Die Sozialklinik KCI befindet sich im oberen Geschoss des Sozialzentrums Besetzung PIKPA. Im Sozialzentrum gibt es noch weitere Projekte, darunter eine Kinderspielgruppe, eine Gruppe für Spanischunterricht und eine Internet- und Kinogruppe (KCI 2013c). Anfangs hatte die Sozialklinik KCI zehn Mitglieder, im Juli 2016 lag die Zahl bei zwölf. Zu einem Großteil setzen sich die Mitglieder aus Ärzt*innen zusammen, die zweimal pro Woche für jeweils drei Stunden ihre Dienstleistungen kostenlos zur Verfügung stellen. Unter ihnen befinden sich Ärzt*innen aus den Fachbereichen Pathologie, Pneumologie, Gynäkologie, Kardiologie, Chirurgie, Zahnmedizin und Psychiatrie. Zudem sind zwei Psycholog*innen und ein*e Pharmazeut*in sowie einige wenige Nichtmediziner*innen im KCI aktiv (KCI 2013a). Alle Mitglieder arbeiten freiwillig im KCI und sind anderweitig erwerbstätig. Es partizipieren aber auch Nichterwerbstätige an dem Projekt. Das Alter der Mitglieder liegt nach meinen eigenen Beobachtungen bei 40–45 Jahren. Die meisten Mitglieder von KCI wohnen in der umliegenden Nachbarschaft (KCI 2013c).

Berechnungen der Mitglieder zufolge nahmen zwischen November 2011 und Februar 2013 mehrere hundert Menschen die Dienstleistungen der KCI in Anspruch. In dieser Zeit suchte die Mehrheit der Patient*innen die Sozialklinik aufgrund »orthopädischer Probleme« sowie aufgrund des Bedarfs an »soziopsychologischer Unterstützung« auf (KCI 2013a). Die meisten Patient*innen stammten aus der Nachbarschaft und waren zwischen 21 und 40 Jahre alt. Es suchten aber auch eine »beachtliche Zahl von Menschen über 60 Jahre« die Klinik auf, was die Mitglieder von KCI als positive Entwicklung verbuchten, da ältere Menschen in Griechenland »mehr Vorurteile als jüngere Menschen« haben, zumal sich die Klinik in einem besetzten Haus befindet (KCI 2013a). Menschen, die die Dienstleistungen des KCI in Anspruch nehmen wollen, müssen ebenso wie in öffentlichen und privaten Praxen Termine mit dem KCI vereinbaren. Die Sprechstunden finden zweimal pro Woche statt. Das Veranstaltungsprogramm des KCI – inklusive der Sprechstundenzeiten – legen die Mitglieder jeden Monat neu fest und veröffentlichen es in den sozialen Medien. In der Nachbarschaft der Klinik hängen die Mitglieder zudem Plakate mit dem aktuellen Veranstaltungsprogramm der Sozialklinik aus (Informelles Gespräch, *Fo, 12.04.2014).

Das zentrale Organisations-, Entscheidungs- und Koordinierungsorgan des KCI ist die Vollversammlung, die einmal pro Woche tagt. Einmal im Monat nehmen die Mit-

chen Institutionen sowie an »Ich zahle nicht«-Kampagnen zur Stromwiederherstellung teil (Laiki Sinelefsi Petralona 2012).

23 Die Internetseite der selbstorganisierten Sozialklinik KCI ist abrufbar unter: <https://kxy.espivblog.s.net>.

glieder des KCI an der gemeinsamen Sitzung aller Arbeitsgruppen des Sozialzentrums PIKPA teil. In ihren wöchentlich stattfindenden Versammlungen besprechen die Mitglieder der Sozialklinik KCI organisatorische Anliegen wie die Anschaffung neuer Möbel oder die Organisation von Protestaktionen und Gesundheitsseminaren. Zudem legen die Mitglieder in der wöchentlichen Versammlung fest, welche Mitglieder in der darauffolgenden Woche die Schicht (*vardia*) zur Organisation der Sprechstundentermine für die Patient*innen übernehmen – die einzige rotierende Aufgabe bei der KCI (KCI 2013a). Die mit der Schicht beauftragten Mitglieder halten sich dazu während der Öffnungszeiten der KCI im Gebäude auf und nehmen Telefonate von Patient*innen entgegen²⁴.

Die Sozialklinik KCI verfügt über mehrere Räume. Zwei der Räume dienen als Behandlungszimmer, darunter eine Zahnarztpraxis, die im März 2013 in der Sozialklinik eingerichtet wurde. Die Möbel und Arbeitsutensilien hat ein pensionierter Zahnarzt gespendet (Informelles Gespräch, *Di, 10.02.2013). Bereits einige Monate zuvor, im Dezember 2012, richteten die Mitglieder in ihren Räumlichkeiten eine Soziale Apotheke (*Koinoniko Pharmakeio*) ein (KCI 2013b). Diese dient den Mitgliedern zufolge »zur Deckung der pharmazeutischen Bedürfnisse aller, die es benötigen« (KCI 2013b). Die Medikamente stehen »allen kostenlos zur Verfügung« (KCI 2013b). Da die Mitglieder des KCI der Pharmaindustrie gegenüber kritisch eingestellt sind und den »Kampf um die Gesundheit« als etwas betrachten, das sich nicht im übermäßigen Konsum von Medikamenten erschöpfen sollte, erhalten Patient*innen ihre Medikamente immer erst nach Absprache mit den Ärzt*innen und Pharmazeut*innen der Sozialklinik KCI (KCI 2013b).

Einen weiteren Raum der Klinik nutzen die Mitglieder für ihre wöchentliche Versammlung. Auch die einmal im Monat stattfindende Versammlung des Sozialzentrums, an der die Mitglieder der KCI ebenfalls teilnehmen, findet in diesem Raum statt. Moderator*innen oder Redner*innenlisten gibt es bei den Versammlungen nicht. Die Mitglieder legen die Reihenfolge der Redner*innen während der Versammlung spontan fest. Über alle Anliegen entscheidet sowohl die Vollversammlung des Sozialzentrums als auch die Vollversammlung der KCI nach Konsensprinzip. Meist diskutieren die Mitglieder so lange, bis unterschiedliche Positionen miteinander vereinbar sind. Es ist nicht unüblich, dass eine Versammlung bis zu drei Stunden oder länger dauert. Manchmal werden bei den Versammlungen persönliche Konflikte zwischen einzelnen Mitgliedern thematisiert. Die Mitglieder versuchen dann, durch gemeinsame Gespräche eine Lösung für den vorliegenden Konflikt zu finden. Wie das KCI-Mitglied *Di erzählt, steht die Teilnahme an den wöchentlichen Versammlungen der KCI und an den Versammlungen des Sozialzentrums allen offen, d.h. dass Nicht-Mitglieder jederzeit an einer Versammlung teilnehmen können (Informelles Gespräch, *Di, 10.02.2013). KCI-Mitglied *Fo zufolge entscheidet die Vollversammlung über die Aufnahme neuer Mitglieder. Interessierte können sich bei einer der wöchentlich stattfindenden Sitzungen der Sozialklinik vorstellen (Informelles Gespräch, *Fo, 12.04.2014). Prinzipiell gilt für die gesamte Kommunikation in der Klinik ein Offenheitsprinzip. Das bedeutet, dass Privatkonversationen zwischen einzelnen Mitgliedern zu vermeiden sind und dass alle mit dem Projekt in Verbindung stehenden Angelegenheiten von allen gemeinsam diskutiert werden. Alle Mitglieder der KCI

24 Diese und andere Daten entstammen meinen eigenen teilnehmenden Beobachtungen, die ich im Februar 2013 in der Besetzung PIKPA und in der Sozialklinik KCI durchgeführt habe.

sind im E-Mail-Verteiler des Projekts eingetragen, sodass jedes Mitglied alle das Projekt betreffende Konversationen einsehen kann (Informelles Gespräch, *Fo, 12.04.2014).

Ihre Räumlichkeiten im besetzten Haus nutzen die Mitglieder der KCI für verschiedene Aktivitäten. Neben Untersuchungen und Behandlungen von Patient*innen veranstalten die Mitglieder Erste-Hilfe-Seminare, Diskussionsrunden und Workshops. Manchmal werden auch Dokumentarfilme zum Thema Gesundheit vorgeführt. Eine Pharmazeutin leitet seit November 2012 einen wöchentlich stattfindenden »Pflanzenheilkunde-Workshop« (KCI 2015). Die Teilnehmer*innen lernen in dem Seminar, pflanzliche Medikamente wie Hustensirup, Grippetinkturen und Salben selbst herzustellen (KCI 2015). Das Seminar zielt den KCI-Mitgliedern zufolge darauf ab, »die Abhängigkeit von der Pharmaindustrie« zu verringern (KCI 2015). Seit Dezember 2012 gibt es zudem eine von der KCI koordinierte Selbsthilfegruppe zur »psychosozialen Unterstützung« (KCI 2013c). Im Vorraum der KCI liegen dazu selbsterstellte Broschüren mit den Überschriften »Drogen in der Krise«, »Medizin in der Krise«, »Gesundheitsfragen am Arbeitsplatz« und »Psychologie in Zeiten der Krise« aus. Die Veranstaltungen der KCI stehen allen offen. Den Mitgliedern selbst dienen die Veranstaltungen, wie sie schreiben, als Mittel zur »Selbstreflexion«; um die »eigenen Analysen zu intensivieren« sowie als ein Weg, um »Beziehungen« und »Vertrauen in der Nachbarschaft« zu entwickeln (KCI 2013a). Neben den Aktivitäten in den eigenen Räumlichkeiten führen die Mitglieder kurzzeitige Besetzungen in Krankenhäusern durch, um über Missstände im staatlichen Gesundheitssystem aufzuklären. Darüber hinaus leisten sie Erste Hilfe für Verletzte bei Demonstrationen. Sie betrachten ihre Aktionen als »Ausgangspunkte für die Ausweitung sozialer Kämpfe« (KCI 2013a). Ihre Partizipation an verschiedenen lokalen und landesweiten Protestaktionen – auch ohne medizinischen Bezug – ist Ausdruck ihrer Solidarität mit den sozialen Bewegungen in Griechenland, denen sie sich zugehörig fühlen. Denn ihren eigenen Aussagen zufolge ist es für die Aktivist*innen wichtig, in erster Linie »über Solidarität und nicht über Gesundheitsvorsorge« zu reden (KCI 2013a). Insbesondere während der Amtszeit der Koalitionsregierung unter Antonis Samaras (2012–2015) sahen sich die KCI-Mitglieder zu zahlreichen Solidaritätsprotesten veranlasst. Im Winter 2014/2015, als sich infolge der Reformierung des griechischen Justiz- und Strafvollzugssystems die Haftbedingungen in staatlichen Gefängnissen verschlechtert haben (siehe Kapitel 8) und der Staat den Inhaftierten unter anderem den Zugang zu Medikamenten verweigerte, schlugen einige Mitglieder der Klinik vor, in Solidarität mit den Gefängnisinsassen kurzweilig staatliche Institutionen zu besetzen. Als die Regierung SYRIZA/ANEL kurz nach ihrer Regierungsübernahme im Januar 2015 versicherte, das Hochsicherheitsgefängnis Typ C wieder zu schließen, plädierten einige Mitglieder des Projekts dafür, die Besetzungen nicht durchzuführen. Dabei handelte es sich um einige wenige Mitglieder, die mit SYRIZA sympathisierten und sich eine sozialpolitische Wende erhofften. Die geplanten Solidaritätsproteste fanden daraufhin nicht statt (Informelles Gespräch, *Fo, 15.03.2015).

10.4.3 Politisches Selbstverständnis

10.4.3.1 Antistaatlichkeit und Antibürokratie

Politisch identifizieren sich fast alle Mitglieder der Sozialklinik KCI mit der A/A-Bewegung. Einige wenige Mitglieder fühlen sich der außerparlamentarischen Linken zugehörig. Was sie alle verbindet, ist ihren eigenen Beschreibungen zufolge die »Überzeugung, dass Gesundheit allen gehört« (KCI 2013c). Eine Kooperation mit staatlichen Institutionen, »privaten Sicherheitskräften und NGOs« (KCI 2012a) lehnen die Mitglieder ab. Eine »Kollaboration« mit dem Staat ist für die Mitglieder ein »Akt der Legitimierung staatlicher Politik« – eine Politik, die »mehr und mehr verarmte Menschen an die Türschwellen von Sozialkliniken« treibe (KCI 2013a). Kritisch stehen die Mitglieder nicht nur staatlichen Organisationen gegenüber, sondern auch jenen Sozialkliniken, die in Unterstützung von *Allileugi gia Olous* errichtet wurden (siehe Kapitel 8). Für die KCI-Mitglieder sind diese Sozialkliniken Wohlfahrtsinitiativen, von denen sich die Mitglieder selbst ideologisch abgrenzen. Die in Unterstützung von SYRIZA aufgebaute Koordinierungsstelle *Allileugi gia Olous* betrachten die Mitglieder der KCI als einen staatlich unternommenen Versuch, »soziale Projekte« zu »assimilieren« und zu »inkorporieren«, damit diese Projekte »nicht länger einen fruchtbaren Boden für potentiell antisystemische Stimmen« bieten können (KCI 2013a). Indem der Staat einige Projekte integriere und andere ausschließe, schaffe er »eine künstliche Unterscheidung«, die »den Herrschenden« dabei helfe, »ihre eigenen Ziele« zu erreichen, nämlich durch freiwilliges Engagement, das im Grunde »unbezahlte Arbeit« ist, gesellschaftliche Kämpfe stillzulegen (KCI 2013a). Daher sollten es den KCI-Mitgliedern zufolge alle Sozialkliniken ablehnen, sich in solche Pläne integrieren zu lassen (KCI 2013a) und stattdessen ihre »Existenz auf der Basis von Solidarität und nicht von Wohlfahrt« verteidigen (KCI 2013a). Anders als die unter dem Dach von *Allileugi gia Olous* operierenden Sozialkliniken, die von »einer Parteistruktur« unterstützt würden (KCI 2013f), sei die KCI wirklich durch »Selbstorganisation« gekennzeichnet – »ohne Vermittler*innen, ohne Zwischenhändler*innen« und ohne »hierarchische Strukturen« (KCI 2013f).

Anders als die von *Allileugi gia Olous* unterstützten Sozialkliniken verfügt die in einem besetzten Haus eingerichtete KCI über keinen formellen Status. Für die Mitglieder spielt es keine Rolle, ob ihr Projekt eine offizielle Genehmigung besitzt. Sie weigern sich, wie sie schreiben, die »gesellschaftliche Legitimität« ihres Projekts an Kriterien festzumachen, die nicht von ihnen selbst, sondern vom Staat festgelegt wurden (KCI 2013a). Den »Stempel der Legalität« tragen schließlich auch die vom Staat implementierten »Lohnkürzungen, Kostenerhöhungen essentieller Güter und Dienstleistungen, Schließungen von Krankenhäusern, die Kürzungen in der Pflege und die Politik, die zu einer Explosion der Arbeitslosigkeit führt und das Überleben von Familien verhindert« (KCI 2013e). Die Zustimmung der KCI-Mitglieder verleihe ihrem Projekt, so die Mitglieder, bereits Legitimität:

»Die Aussicht darauf, vom Staat legalisiert zu werden, klingt eher wie ein Oxymoron und wie ein Witz. KCI befindet sich in einem besetzten Haus und als solches stand es immer außerhalb der Legalität. Nicht gemäß medizinischen Kriterien, sondern was die Kriterien betrifft, die von der Sprache der Macht festgelegt wurden, die alles

kontrolliert und durch sich selbst vermittelt wissen will [...]. Die einzige Genehmigung, die selbstorganisierte Projekte brauchen, ist das Verantwortungsbewusstsein der Menschen, die sie formen und ihre gesellschaftliche Legitimation. Das Erfüllen irgendwelcher medizinischer Kriterien, bedarf keiner Genehmigung durch irgendwelche formalen Institutionen, denn wir haben es nicht mit Verpflichtungen zu tun, die aus einer Vereinbarung zwischen zwei Parteien (Ärzt*innen und Ministerium) hervorgehen, sondern mit einer Entscheidung für einen Kampf, die wir selbst getroffen haben, willentlich und mit Verantwortungsbewusstsein« (KCI 2013a).

10.4.3.2 Soziale Inklusion

Neben der Selbstorganisation beschreiben die Mitglieder der KCI in ihren Broschüren weitere Eckpfeiler einer anderen Gesundheit. Demnach betrachten sie Gesundheit, wie andere gesellschaftliche Bereiche auch, als Gemeingut, das allen zugänglich sein muss. Die KCI gehöre nicht ihnen selbst, sondern »allen Anwohner*innen aus der Umgebung« (KCI 2013c). Diese »inklusive« Form sei die einzige, in der gesellschaftliche Projekte wie die KCI existieren können (KCI 2013c). Um ihre Vision einer Gesundheit für alle zu realisieren, verzichten die Mitglieder der KCI darauf, kategoriale Unterscheidungen zu treffen, wie sie vom Staat üblicherweise vorgenommen werden (informelles Gespräch, *Di, 10.02.2013). Die Mitglieder fragen in ihrem »selbstorganisierten Raum« nicht nach Ausweisdokumenten (KCI 2013a). Alle Dienstleistungen der Sozialklinik sind kostenlos und stehen allen zur Verfügung, unabhängig »von Ethnie, Farbe, Herkunft, Religion oder sexueller Identität« (KCI 2012a). In ihrer Satzung identifizieren sich die Mitglieder mit allen marginalisierten Gesellschaftsgruppen – von Migrant*innen und Wohnungslosen bis hin zu Erwerbslosen und prekär Beschäftigten ohne Zugang zu Gesundheitsleistungen (KCI 2012a). Anders als die von *Allileugi gia Olous* unterstützten Sozialkliniken, die nur Nichtversicherte behandeln, unterscheiden die Mitglieder der KCI nicht zwischen »Krankenversicherten und Nichtversicherten« (KCI 2013a). Für die Mitglieder der KCI ist es wichtig, »keine Bedingungen aufzuerlegen«, weil es ihnen nicht nur um »die Versorgung von Gesundheitsbedürfnissen« geht, sondern auch darum, »Fragen der Biopolitik und der Verwaltung unserer Körper in den Vordergrund zu rücken« (KCI 2013a). Trotz des bestehenden Gleichheitsprinzips sind Menschen mit bestimmten politischen Gesinnungen in der Klinik KCI nicht willkommen. Menschen »mit rassistischem, nationalistischem, homophobem und faschistischem Gedankengut sowie Personen, die mit dem Staat und privaten Sicherheitskräften kooperieren« (KCI 2013a), verstoßen den Mitgliedern zufolge gegen die politischen Prinzipien der KCI und sind daher von einer Mitgliedschaft ausgeschlossen. Nationalistisch oder rassistisch gesinnte Menschen werden auch nicht medizinisch in der KCI behandelt (KCI 2013a).

10.4.3.3 Aktive Partizipation

Die KCI-Mitglieder möchten mit ihrem Projekt nicht nur eine für alle zugängliche Form der Gesundheitsversorgung schaffen. Sie möchten eigenen Aussagen zufolge vor allem die Patient*innen, darin bestärken, an dem Projekt »aktiv zu partizipieren« und eine maßgebliche Rolle in den »Entscheidungen über ihre Leben und ihre Körper« einzunehmen (KCI 2012a). Denn ihr Konzept einer Gesundheit für alle könne nur über »die gleiche Partizipation« aller entstehen (KCI 2012a). Während der Behandlungen informie-

ren die Ärzt*innen der KCI die Patient*innen daher regelmäßig über laufende Seminare und Selbsthilfegruppen und laden die Patient*innen dazu ein, an den Vollversammlungen teilzunehmen (Informelles Gespräch, *Di, 10. 02. 2013). Die Mitglieder glauben, dass die aktive Partizipation im Projekt nicht nur die Patient*innen dazu befähigen kann, mehr Verantwortung für ihre eigene gesundheitliche Situation zu übernehmen, sondern, »dass Solidarität und kollektive Entscheidungsprozesse den Weg zu einem Leben ohne Hierarchien und göttliche Gesetze« und somit zu einem »anderen Bewusstsein« ebnen können (KCI 2012a). Zumindest bei den Mitgliedern der KCI scheint die Partizipation an dem Projekt dazu beizutragen, dass sie eine andere Perspektive auf den Bereich der Arbeit gewinnen. Wie Mitglied *Fo erzählt, ist die Arbeit in der Sozialklinik für sie zufriedenstellender als ihre Lohnarbeit, da dort keine monetären Anreize im Vordergrund stehen. *Fo ist überzeugt davon, dass sie mit den Patient*innen in der KCI aus diesem Grund mehr Fortschritte in Hinblick auf deren Genesung erzielt (Informelles Gespräch, *Fo, 12. 04. 2014).

10.4.3.4 Gesundheit als ganzheitlicher und gesellschaftlicher Prozess

Die Mitglieder der KCI haben ein ganzheitliches Verständnis von Gesundheit, das sich den Mitgliedern zufolge von vorherrschenden Terminologien distanziert. Gesundheit definieren sie als »physische, mentale und gesellschaftliche Harmonie mit sich selbst und seiner Umwelt in einem Kontext von Kollektivismus anstelle von Individualismus« (KCI 2013a). Diesem Verständnis von Gesundheit entsprechend reicht es für den Genesungsprozess laut der KCI-Mitglieder nicht aus, »die Symptome einer Krankheit zu unterdrücken« (KCI 2012a). Vielmehr versuchen die Mitglieder »die Ursachen einer Krankheit zu eliminieren« (KCI 2012a). Diese werden den Mitgliedern zufolge »in vielen Fällen durch die heteronomen Strukturen der politischen Beziehungen« und der »Arbeitsbedingungen« sowie durch die »vorherrschende Wahrnehmung der Verwaltung der Gemeingüter produziert« (KCI 2012a). Ähnlich wie Ivan Illich (1975) und Michel Foucault (1973), deren Thesen die KCI-Mitglieder in ihren Broschüren als theoretische Wegweiser für ihre Arbeit angeben, sehen sie die Ursachen für Krankheiten somit in den Institutionen der industrialisierten und hierarchisch organisierten Gesellschaften. Entsprechend sehen die KCI-Mitglieder einen engen Zusammenhang zwischen der »gesellschaftlichen Umstrukturierung« (KCI 2013a) infolge der Krise in Griechenland und dem Anstieg von Krankheiten. Dass insbesondere psychische Krankheiten wie Depressionen, Stress, Neurosen und Angststörungen im Gefolge der Krise stark zugenommen haben, können die Mitglieder aufgrund ihrer Erfahrung mit Patient*innen in der Sozialklinik bestätigen. Viele Menschen suchen die Sozialklinik auf, weil sie »psychosoziale Unterstützung« benötigen (KCI 2013a). Aus diesem Grund hat die KCI ihren Praxisschwerpunkt seit Ende 2012 auf die Arbeit im Bereich der psychologischen Unterstützung verlagert. Für die Mitglieder der Sozialklinik ist es wichtig, Menschen mit ihren psychischen Leiden nicht allein zu lassen. Vielmehr plädieren die Mitglieder für eine »Kollektivierung individueller Probleme« (KCI 2012a). Durch den gegenseitigen Austausch von Wissen und persönlichen Erfahrungen möchten die Mitglieder dazu beitragen, die Fähigkeit der Patient*innen zur individuellen Selbstsorge zu fördern (KCI 2012a).

10.4.4 Soziale Beziehungen

Die Sozialklinik KCI versteht sich als Gegenentwurf zum staatlichen Gesundheitswesen. Als solcher hat sie es sich laut der Mitglieder zum Ziel gesetzt, die zwischen Ärzt*innen und Patient*innen üblicherweise bestehenden asymmetrischen »Machtverhältnisse zu dekonstruieren« (KCI 2013c). Die Mitglieder wollen nicht als »Expert*innen« auftreten (KCI 2012a) und ihre berufliche Position als Mediziner*innen nicht dazu nutzen, um »Macht über die Leidenden« auszuüben (KCI 2013c). Vielmehr bemühen sich die Ärzt*innen der KCI, ein auf »Kommunikation« und »direkten Beziehungen« basierendes Verhältnis zu ihren Patient*innen herzustellen; ein Verhältnis, das »auf dem Streben nach Selbstorganisation und Selbststeuerung aufbaut« und »Bestandteil eines kollektiven Prozesses« ist (KCI 2012a). Vor dem Hintergrund eines symmetrischeren Verhältnisses werden, so hoffen die Mitglieder, »diejenigen, die den sozialen Raum aufsuchen, sich darüber bewusst, dass es notwendig ist, ihre Leben zu verändern« (KCI 2012a). Um ein von Gleichheit gekennzeichnetes Verhältnis zwischen Ärzt*innen und Patient*innen herzustellen, nehmen sich die KCI-Mediziner*innen viel Zeit für die Gespräche mit ihren Patient*innen und drängen den Patient*innen keine ultimativen Lösungen für deren medizinischen Probleme auf. Vielmehr lassen sie den Patient*innen Raum, um ihre Wünsche und Bedürfnisse zu formulieren und um in den Entscheidungen über die eigene gesundheitliche Situation mit zu entscheiden. Auch tragen die Ärzt*innen bei der KCI keine weißen Kittel, die die Autorität von Ärzt*innen gegenüber Patient*innen repräsentieren (informelles Gespräch, *Di, 10.02.2013). Die Behandlungen von Patient*innen betrachten die KCI-Mitglieder als einen »anthropozentrischen Prozess«, in den »alle involviert« sind und an dem »alle gleichberechtigt partizipieren müssen« (KCI 2011). Während der Behandlungen teilen die KCI-Ärzt*innen ihr medizinisches Wissen mit den Patient*innen. Die KCI ist für die Mitglieder »nicht nur ein Ort«, an dem Patient*innen auf Ärzt*innen treffen, sondern ein »Raum«, in dem das »Fachwissen einer Ärztin mit der Meinung der Patientin bezüglich des eigenen Körpers und Lebens interagiert« (KCI 2012a). Gesundheit ist für die Mitglieder der KCI ein »fortwährender Prozess der Selbstorganisation«, geprägt von »Selbstreflexion der eigenen Handlungen und Ziele« und von »Diskussionen mit Menschen« (KCI 2012a). Für die KCI-Mitglieder ist es wichtig, gegenüber »einer Vielfalt von Ansätzen und Perspektiven, professionelle als auch alternative«, offen zu bleiben (KCI 2012a).

Die KCI-Mitglieder streben nicht nur ein anderes Verhältnis zwischen Ärzt*innen und Patient*innen an. Sie sind auch bemüht, die Beziehungen zwischen den Mitgliedern der selbstorganisierten Sozialklinik anders als in staatlichen und privaten Kliniken zu gestalten. Während es in staatlichen Krankenhäusern z.B. zwischen Mitarbeiter*innen einen Wettbewerb darum gäbe, wer welchen bestimmten Bonus bekommt, gäbe es laut Mitglied *Fo in der KCI kein Konkurrenzdenken. Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes gehe es aber auch nicht zu persönlich zu. Beispielsweise würden viele Mitglieder anderen Mitgliedern gegenüber nicht ihre richtigen Namen und Adressen erwähnen (Informelles Gespräch, *Fo, 12.04.2014).

10.4.5 Finanzierung, Förderung und Kooperation

Die Sozialklinik KCI wird ausschließlich durch Solidaritätsspenden in Form von Geld, Medikamenten und technischer Ausrüstung finanziert. Die selbstorganisierte Sozialklinik lehnt jede finanzielle Unterstützung seitens »politischer Parteien, Kommunen, NGOs und Pharmaunternehmen« ab (KCI 2013a). Die Mitglieder haben, wie sie selbst sagen, »entschieden, autonom und selbstfinanziert zu sein« (KCI 2013a). Auch wenn die finanziellen Mittel der KCI begrenzt sind, so ist das Projekt trotzdem, wie die Mitglieder betonen, kein von der Gesellschaft abgegrenztes Projekt (KCI 2013a). Die KCI versteht sich als »Teil der breiteren Bewegung«; und als solcher genießt sie die »Solidarität der Arbeiter*innen und Kollektive (aus Griechenland und aus dem Ausland)« (KCI 2013a). Die selbstorganisierte Klinik demonstriert auch ihre Solidarität mit anderen selbstorganisierten Projekten. So bezog sie in einem öffentlichen Schreiben Stellung, als sich eine in der Stadt Volos ansässige selbstorganisierte Sozialklinik, im Februar 2013 mit Beschwerden von Mediziner*innen konfrontiert sah. Diese warfen der Klinik in einem anonymen Schreiben »kriminelle Handlungen« vor und forderten ihre Schließung (KCI 2013d).

Darüber hinaus kooperiert die KCI regelmäßig mit anderen selbstorganisierten Sozialkliniken in Griechenland. Die Projekte tauschen untereinander Medikamente und medizinische Utensilien (KCI 2013a). Neben der Kooperation mit anderen sozialen Projekten im In- und Ausland scheint die Sozialklinik auf einen engen Zusammenhalt innerhalb der eigenen Nachbarschaft zählen zu können. Es ist vor allem der Solidarität der Nachbar*innen in der umliegenden Umgebung des selbstorganisierten Sozialzentrums PIKPA zu verdanken, dass die KCI von einer staatlichen Räumung sowie von Angriffen rechtsradikaler Gruppen, die ihre Aktivitäten insbesondere zur Amtszeit von Antonis Samaras ausgeweitet haben (siehe Kapitel 8), weitgehend verschont geblieben ist (Informelles Gespräch, *Fo, 15.03.2015). Selbst der im Frühjahr 2012 unternommene Versuch der damaligen Regierung, eine Inspektion in der Sozialklinik vorzunehmen, scheiterte. An einem Morgen im März 2012 suchten zwei Mitarbeiter*innen des staatlichen Gesundheitsministeriums die Klinik auf und fanden sich vor verschlossenen Türen wieder. Wie die KCI-Mitglieder in einer Stellungnahme schreiben, versuchten die Inspekteur*innen in der Nachbarschaft Informationen über die Sozialklinik zu erhalten. Die Mitarbeiter*innen des Gesundheitsministeriums stießen dabei auf verärgerte Anwohner*innen, die ihnen die »entwaffnende und zugleich warnende Antwort« lieferten, »dass wenn sie es wagten, den Raum anzurühren, es in der gesamten Nachbarschaft Aufruhr geben werde« (KCI 2012b).

10.4.6 Herausforderungen

10.4.6.1 Beschränkte Ressourcen und geringe Kapazitäten

Eine Schwierigkeit, mit der die KCI-Mitglieder seit der Gründung ihres Projekts zu kämpfen haben, betrifft die Infrastruktur der Sozialklinik. Der Klinik fehlt es an materiellen Ressourcen. Die medizinischen Versorgungskapazitäten der KCI sind daher beschränkt. Schwerkranke Patient*innen können nicht ausreichend von den Ärzt*innen behandelt werden und müssen an die staatlichen und privaten Krankenhäuser überwiesen werden. Darüber hinaus war es allerdings von Anfang an nicht das Ziel der KCI,

schwere Krankheitsfälle zu behandeln, sondern vielmehr »eine erste Anlaufstelle für Gesundheitsversorgung« zu sein (KCI 2012a).

10.4.6.2 Geringe Partizipation von Patient*innen

Seit der Gründung des Projekts verfolgen die Mitglieder das Ziel, Menschen – insbesondere aus dem nichtmedizinischen Bereich – dazu zu inspirieren, sich aktiv an dem Projekt zu beteiligen (KCI 2013a). Den Großteil der Patient*innen, die die Sozialklinik aufsuchen, scheint dieser Appell jedoch bisher nicht zu einer breiten Partizipation am Projekt bewegt zu haben. Die meisten von ihnen nehmen die medizinischen Dienstleistungen in Anspruch, ohne sich aktiv in die Arbeit der KCI – sei es durch eine Teilnahme an den Vollversammlungen oder an den Arbeitsgruppen des Projekts – einzubringen (Informelles Gespräch, *Fo, 12.04.2014). Eine Ausnahme bilden die Teilnehmenden der Selbsthilfegruppe zur »psychosozialen Unterstützung« (KCI 2013a). Sie tauchten den Mitgliedern der KCI zufolge »ursprünglich« auf »um Hilfe zu erhalten« (KCI 2013a). Nach einer Weile partizipierten sie, wie die Mitglieder feststellen konnten, nicht nur in der Selbsthilfegruppe, sondern nahmen auch regelmäßig an den Vollversammlungen der KCI teil (KCI 2013a). Insgesamt bleibt die von den Mitgliedern erhoffte breite Politisierung der Patient*innen jedoch eine Wunschvorstellung. Die Partizipation der Patient*innen möchten die Mitglieder jedoch auf keinen Fall erzwingen. Die Patient*innen sollen selber darüber entscheiden, ob sie in der Arbeit der Sozialklinik mitwirken wollen oder nicht (KCI 2013a).

10.4.6.3 Kaum Zugang zu marginalisierten Gruppen

Obwohl es ein Ziel der KCI ist, alle gesellschaftlichen Gruppen zu inkludieren, ist es dem Projekt bisher nur mäßig gelungen, Kontakt zu jenen herzustellen, die in besonders starkem Ausmaß von sozialer Exklusion betroffen sind, nämlich Migrant*innen und Geflüchtete. Obwohl viele Migrant*innen in der Nachbarschaft der KCI wohnen, suchen nur wenige von ihnen die Sozialklinik auf (KCI 2013a). Lediglich einige wenige Migrant*innen aus der Nachbarschaft, die »persönliche Kontakte« zur anarchistischen Bewegung und zur außerparlamentarischen Linken haben, suchten die Sozialklinik auf (KCI 2013a). Eigenen Analysen der KCI-Mitglieder zufolge handelte es sich dabei um prekär Beschäftigte, die die Klinik aufgrund von Infektionskrankheiten wie Hepatitis oder aufgrund orthopädischer Probleme, die »häufig das Resultat von Arbeitsunfällen« sind, aufgesucht haben (KCI 2013a). Ein Großteil der Migrant*innen und Geflüchteten verfügte bereits vor der Staatsschuldenkrise über keine Krankenversicherung. Seit 2010 ist der Anteil derjenigen gewachsen, die auf die kostenlosen Behandlungen in den Sozialkliniken angewiesen sind (siehe Kapitel 8). Insbesondere seit Sommer 2015 ist zudem der Anteil von Menschen mit Fluchthintergrund in Griechenland stark angestiegen (siehe Kapitel 9). Viele von ihnen campierten von Sommer bis Winter 2015 auf den Straßen im Athener Zentrum, wo sie von den Mitgliedern selbstorganisierter Initiativen versorgt wurden. Die KCI-Mitglieder beteiligten sich während dieser Zeit nicht an den medizinischen Hilfsaktionen. Der Grund dafür hängt vermutlich damit zusammen, dass es einige der A/A-Bewegung zugehörigen Mitglieder aus politischer Überzeugung abgelehnt haben, sich an Nothilfeaktivitäten zu beteiligen, da es sich dabei um rein phil-

anthropische und nicht um politische Aktionen handle – selbst, wenn diese Strukturen selbstorganisiert sind.²⁵

10.4.6.4 Versuche staatlicher Intervention und Kooptierung

Das Sozialzentrum PIKPA und die Sozialklinik KCI besitzen beide keinen legalen Status und sind somit ständig von der Gefahr bedroht, geräumt zu werden. Besonders stark bedroht war die Sozialklinik während der Koalitionsregierung unter Antonis Samaras, denn der Name der KCI stand damals auf der Räumungsliste der Regierung (KCI 2013e). Während mehrere Sozialzentren bis Ende Januar 2013 geräumt und hunderte Mitglieder der A/A-Bewegung verhaftet wurden (siehe Kapitel 8), blieb die Sozialklinik allerdings von einer Räumung verschont. Die Mitglieder der KCI veranstalteten zu dieser Zeit mehrere Kundgebungen in Solidarität mit den Inhaftierten. Zu den staatlichen Repressionsmaßnahmen nahm das Projekt in einer Broschüre Stellung. Darin interpretieren die KCI-Mitglieder das Vorgehen der Regierung als Bestrebung, die verschiedenen Formen demokratischer Selbstorganisation »in ihr Entgegengesetztes zu kehren« und sie als »Ausbruch der Gesetzlosigkeit und des Verbrechens zu präsentieren (der alte klassische Trick der Konstruktion des inneren Feindes)« (KCI 2013a). Nach der Regierungsübernahme durch SYRIZA und ANEL suchten einige Regierungsmitglieder, wie das KCI-Mitglied *Fo erzählt, den Sozialen Raum für die Gesundheit unter dem Vorwand einer Inspektion auf. Die Regierungsmitglieder schlugen den KCI-Mitgliedern eine Zusammenarbeit mit der Regierung vor. Die Mitglieder baten die Besucher*innen daraufhin, die Sozialklinik sofort zu verlassen (Informelles Gespräch, *Fo, 15.03.2015).

10.4.7 Gesellschaftspolitische Ziele

10.4.7.1 Kollektive Krisenbewältigung durch demokratische Selbstorganisation

Wie bereits erwähnt, gründeten die KCI-Mitglieder ihr Projekt in erster Linie mit dem Ziel, eine andere Form von Gesundheit zu kreieren und nicht, um »die Folgen der Krise zu bewältigen« (KCI 2013a). Die Mitglieder lehnen es ab, ihre Klinik als bloßes »Produkt der kapitalistischen Krise« zu interpretieren (KCI 2013a). Denn selbst ohne ökonomische und soziale Krise, gäbe es den Mitgliedern zufolge »tausend Gründe dafür«, die »eigenen selbstorganisierten Strukturen« zu gründen; »hier und jetzt, um zu experimentieren« (KCI 2013a). Doch selbst wenn die Mitglieder nicht beabsichtigt hatten, die Lücken des staatlichen Gesundheitssystems zu füllen, so ist die KCI für sie dennoch auch »eine kollektive Antwort auf den Kollaps des Gesundheitssystems und die Exklusion eines immer wachsenden Bevölkerungsteils« (KCI 2013a). Den Mitgliedern ist bewusst, dass ihr Projekt in einem engen Verhältnis zur Krise steht und dass selbstorganisierte Strukturen seit 2010 in allen gesellschaftlichen Bereichen in Griechenland unweigerlich eine wichtige Rolle in der kollektiven Krisenbewältigung übernommen haben. Seit 2011 ist es den KCI-Mitgliedern gelungen, viele Menschen durch eine medizinische Grundversorgung sowie durch psychologische Beratungen zu unterstützen. Außer Acht dürfe den Mitgliedern zufolge dabei nicht geraten, welche bedeutende Rolle der demokratischen

25 Diese Information erhielt ich im Sommer 2015 im Rahmen von Gesprächen mit Aktivist*innen der selbstorganisierten Geflüchteteninitiative APM.

Selbstorganisation im Widerstand gegen die Krisenpolitik zukommt (KCI 2013c). Die Mitglieder sind davon überzeugt, dass im Gefolge der Krisenpolitik und der damit verbundenen Verschlechterung der Lebenslagen breiter Teile der Bevölkerung, immer mehr Menschen in Griechenland erkannt haben, dass der Ausweg aus der sozialen Misere nur über die Selbstorganisation führt, was den Mitgliedern zufolge an der steigenden Zahl selbstorganisierter Sozialkliniken ablesbar sei:

»Heute tauchen mehr und mehr Versuche auf, neue Sozialkliniken zu kreieren, ebenso wie Vorschläge in diese Richtung. Was dies uns zeigt, ist, dass die Krise den Menschen als Katalysator diene, indem sie den Menschen die Notwendigkeit aufzeigte, sich um dieses Thema herum zu mobilisieren, als ein Weg, Kontrolle über ihre Leben zu gewinnen. Aktuell, da der Sozialvertrag gebrochen wurde, haben die Attacken auf den Wohlfahrtsstaat jede Auffassung von kostenloser Gesundheitsversorgung, die im maroden Gesundheitssystem bestand, desintegriert, indem mehr und mehr Sektionen der Bevölkerung davon ausgeschlossen wurden« (KCI 2012a).

Dabei würden viele Menschen den KCI-Mitgliedern zufolge »nicht nur versuchen, die Misere zu überwinden«, sondern auch anstreben, »ihre Leben tatsächlich in ihre eigenen Hände zu nehmen und zu zeigen, dass es auch anders geht [...], indem sie ihre eigenen Strukturen schaffen, ohne institutionelle Vermittler*innen [...], sondern kollektiv, selbstorganisiert und solidarisch« (KCI 2013d).

10.4.7.2 Ein Netzwerk selbstorganisierter Sozialkliniken schaffen

Die Mitglieder der KCI sind davon überzeugt, dass alle Bereiche des Lebens durch Selbstorganisation bewältigt werden können. Sie wünschen sich, dass Menschen, die mit der KCI »in Kontakt treten«, ebenfalls »verstehen, dass die Selbstorganisation unserer Alltagsleben möglich ist, ebenso wie es möglich ist, sich eine andere Welt vorzustellen« (KCI 2012a). Den Sozialen Raum für die Gesundheit betrachten die Mitglieder nicht als ein temporäres Ereignis, sondern als Bestandteil eines kollektiven Versuchs, dauerhaft ein »politisches Gegenprojekt« zur »bestehenden kapitalistischen Ordnung« zu schaffen (KCI 2012a):

»Wir glauben, dass die Sozialkliniken nicht versuchen sollten, diese Probleme zu lösen, indem sie die vom Staat hinterlassenen Lücken füllen [...]. Durch den Aufbau unserer Gegenstrukturen sollten wir unsere Vision von Gesundheit in einer anderen Welt in die Praxis umsetzen. Sie [die Sozialkliniken, *Anm. d. Verf.*] sollten sich als lebendige Zellen des Widerstands verstehen und als solche in einer Position sein, andere zu beeinflussen und beeinflusst zu werden von anderen sozialen Projekten und Gegenstrukturen, ebenso wie von Nachbarschaftsversammlungen, Basisgewerkschaften usw.« (KCI 2012a).

Den KCI-Mitgliedern zufolge war es »von Anfang an« ihr Ziel, zur gesellschaftlichen Verbreitung selbstorganisierter »Sozialkliniken in Griechenland und im Ausland« beizutragen, nicht damit diese »sterile und mechanische Antworten auf die Krise« liefern, sondern damit sie »Ausgangspunkte für einen Kampf« bilden; »als lebendige Zellen gesellschaftlicher Organisation, die darauf zielen, das Materielle und die gesellschaftlichen

Voraussetzungen zu schaffen, um wahrhaftig unsere Gesundheit in unsere eigenen Hände zu nehmen« (KCI 2013a). Durch den Erfahrungsaustausch »mit ähnlichen Projekten« versuchen die Mitglieder, »wenn möglich, den Grundstein für ein Netzwerk von Projekten zu kreieren, die sich rund um das Thema Gesundheit mobilisieren« (KCI 2013c). Langfristig solle der Bereich der Gesundheit dabei »in den Kontext gesellschaftlicher Kämpfe« integriert werden (KCI 2013a). Dennoch, so die Mitglieder, liege eine gesamtgesellschaftliche Transformation des Gesundheitswesens und aller anderen gesellschaftlichen Bereiche noch in weiter Ferne. Das gesellschaftlich Neue kann, wie die Mitglieder glauben, nur durch »den totalen Umsturz des bestehenden kapitalistischen Systems« entstehen (KCI 2012a). Die Mitglieder sind davon überzeugt, dass sie durch die Schaffung der Sozialklinik KCI bereits ein Stück weit in diese Richtung gearbeitet haben, und dass eines ihrer Hauptziele – die »Ausweitung und Reproduktion« ihres Projekts – bereits verwirklicht ist (KCI 2013a).

10.4.8 KCI heute

Die Sozialklinik KCI besteht noch heute (Stand: 2025). Die Mitglieder setzen den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf den Bereich der psychosozialen Unterstützung in Form von Selbsthilfegruppen und Gruppentherapien. Das Projekt hat inzwischen mehrere interne Konflikte überstanden. Einige Mitglieder haben das Projekt verlassen, andere neue Mitglieder sind dazugekommen. Neben der KCI besteht seit Herbst 2013 eine weitere von Mitgliedern anarchistischer und linker Gruppierungen gegründete selbstorganisierte Sozialklinik in Athen. Trotz der Gemeinsamkeiten der beiden Projekte beschränkt sich die Kooperation zwischen ihnen überwiegend auf den Austausch von Medikamenten. Es sind vor allem die KCI-Mitglieder, die eine engere Kooperation mit anderen Projekten meiden. Das Mitglied *Fo hat den Eindruck, dass es einige Gründungsmitglieder bevorzugen, sich abzugrenzen, weil sie sich für eine Form der politischen Avantgarde halten. Durch ihre distanzierte Haltung gegenüber anderen selbstorganisierten Projekten versuchen sie diesen Vorreiter*innenstatus zu verteidigen. Einige interne Konflikte resultierten aus eben dieser Uneinigkeit der Mitglieder darüber, ob sie enger mit anderen selbstorganisierten Sozialkliniken zusammenarbeiten sollten oder nicht (Informelles Gespräch, *Fo, 12.04.2014). Das von den KCI-Mitgliedern hervorgehobene Ziel, ein »Netzwerk von Projekten« zu kreieren (KCI 2013c), ist dem Projekt bis heute nicht gelungen.

10.5 Fazit

In diesem Kapitel wurden die folgenden vier Projekte ausführlich als Fallstudien untersucht: die Genossenschaftszeitung EfSyn, die Fabrik Vio.Me., der Markt ohne Zwischenhändler*innen *Sikos* und die Sozialklinik KCI. Die Fallanalysen haben gezeigt, dass alle vier Projekte aus selbstorganisierten Protesten hervorgegangen sind. Im Falle der selbstverwalteten Betriebe EfSyn und Vio.Me. traten die Beschäftigten aufgrund ausbleibender Löhne in unbefristete Arbeitsstreiks und besetzten anschließend für etwa ein Jahr ihre Arbeitsplätze. Eine Aussicht darauf, woanders eingestellt zu werden, hatten die Be-

schäftigten aufgrund der damals hohen Arbeitslosigkeit in Griechenland nicht. Darüber hinaus gründeten die Beschäftigten die selbstverwalteten Betriebe auch aus dem Bedürfnis heraus, eine andere Form von Arbeit zu schaffen.

Anders als die Mitglieder von EfSyn und Vio.Me. kreierten die Mitglieder von *Sikos* und der KCI ihre Projekte nicht aus der eigenen sozialen Not heraus, sondern primär aufgrund einer grundsätzlichen Kritik an der bestehenden Ordnung. Sowohl die *Sikos*- als auch die KCI-Mitglieder, bei denen es sich weitgehend um Aktivist*innen aus der anarchistischen Bewegung handelt, gründeten ihr Projekt in dem Versuch, einen gesellschaftlichen Gegenentwurf zu schaffen. Die Idee zur Gründung der Sozialklinik KCI ist aus den Dezemberprotesten 2008 hervorgegangen, in deren Rahmen die Projektgründer*innen erste Debatten über eine andere Form der Gesundheit geführt hatten. *Sikos* entstand sowohl unter dem Einfluss der Dezemberbewegung als auch der Platzbewegung 2011.

Durch die Gründung ihrer selbstorganisierten Projekte gelang es den Mitgliedern von EfSyn, Vio.Me., *Sikos* und KCI eine kollektive Form der Krisenbewältigung zu schaffen. Im Falle von EfSyn und Vio.Me. wurden dauerhaft neue Arbeitsplätze geschaffen, die die Existenz ihrer Mitglieder bis zu einem gewissen Grad sichern. Im Falle von *Sikos* ermöglichte die horizontale Distribution von Nahrung faire Preise für Erzeuger*innen und Verbraucher*innen und förderte den Erhalt eines Netzwerks von Kleinbetrieben und Genossenschaften. Durch den Aufbau der Sozialklinik KCI erhielten viele von sozialer Not betroffenen Menschen, die infolge der Arbeitslosigkeit ihren Krankenversicherungsschutz verloren hatten, dauerhaft eine kostenlose medizinische Grundversorgung. Neben einer kollektiven Krisenbewältigung gelang es den Projektgründer*innen durch ihre Selbstorganisation dauerhafte Formen von Arbeit und Wirtschaft zu erproben, die auf den Prinzipien der Kollektivität, Partizipation, politischen Gleichheit, sozialen Inklusion, Solidarität und Nachhaltigkeit basieren. Die Gründung von Vollversammlungen ermöglichte den Projektmitgliedern, gleiche Teilhaberechte zu etablieren. Eine Ausnahme bildet hierbei das heute nicht mehr bestehende Projekt *Sikos*. Dieses verfügte über zwei unterschiedliche Versammlungen, wobei die gleiche Teilhabe nur für die Mitglieder der administrativen Versammlung zu gelten schien.

Durch die Gründung einer Arbeiter*innengenossenschaft gelang es den Mitgliedern der beiden selbstverwalteten Betriebe EfSyn und Vio.Me., mit dem Konzept des Privateigentums zu brechen und eine kollektive und gleichberechtigte Form der Eigentümer*innenschaft zu etablieren. Durch die Einführung gleicher Löhne versuchten die Mitglieder von EfSyn und Vio.Me. über die politische Gleichheit hinaus auch die ökonomische Gleichheit der Mitglieder zu gewährleisten. In beiden Betrieben ist die hierarchische Arbeitsteilung durch die direkte Partizipation der Mitglieder in den Entscheidungs- und Arbeitsprozessen aufgehoben. Die selbstverwaltete Arbeitsorganisation ermöglicht neben gerechten Arbeitsbedingungen auch, dass die Mitglieder insgesamt ein anderes Verhältnis zur Arbeit haben als in ihrer ehemaligen Anstellung unter einer Führung. Sie übernehmen mehr Verantwortung für ihr Handeln, sie kennen die Arbeitsprozesse besser und arbeiten motivierter als zuvor.

Die selbstverwaltete Fabrik Vio.Me. und der selbstorganisierte Markt *Sikos* zeugen auch von einer anderen Form des Wirtschaftens. Diese drückt sich nicht durch Effizienz und Profitorientiertheit aus, sondern durch eine solidarische und ökologische Form

von Produktion und Distribution. So findet bzw. fand die Distribution der Produkte in beiden Projekten über solidarische Netzwerke und über die sozialen Bewegungen statt.

Mit Ausnahme der EfSyn schufen die Mitglieder mit ihren Projekten eine Art Gemeingut, das allen Menschen – bis auf jene, die sich antidemokratischen Ideologien zugehörig fühlen – offensteht. Die Vio.Me.-Mitglieder errichteten in Kooperation mit anderen Akteur*innen der sozialen Bewegungen sogar eine Sozialklinik auf dem Gelände der Vio.Me.-Fabrik. Darüber hinaus steht das Fabrikgelände auch anderen gesellschaftlichen Aktivitäten offen.

Neben der Gestaltung anderer Formen von Arbeit und Wirtschaft entstanden über die Praxis der Selbstorganisation in den Projekten neue soziale Beziehungen, die von Offenheit, Horizontalität und Solidarität gekennzeichnet sind. Im Falle der Sozialklinik KCI gelang es den Mitgliedern, das üblicherweise bestehende hierarchische Gefälle im Verhältnis zwischen Ärzt*innen und Patient*innen zu verringern. Auch trugen die Erfahrungen in der Selbstorganisation zur Herausbildung eines neuen kollektiven Bewusstseins bei. Die Projektmitglieder entdeckten ihre eigene Handlungsmacht und dass sie ihre Leben ein Stück weit in die eigenen Hände nehmen können. Selbst beim Projekt *Sikos*, in dem die Landwirt*innen nur begrenzt an Entscheidungen teilgenommen haben, fühlten sich diese durch ihre Partizipation an dem Projekt dazu ermächtigt, später einen eigenen selbstorganisierten Markt ohne Zwischenhändler*innen zu gründen.

Trotz der transformatorischen Potentiale, die die Projekte aufweisen, haben die Falluntersuchungen gezeigt, dass die selbst erhobenen Ansprüche der Projektinitiator*innen in der Realität nicht immer der Zielsetzung entsprechen. So haben die Gründungsmitglieder des selbstorganisierten Marktes *Sikos* entgegen ihren politischen Überzeugungen und ihrer politischen Zielsetzung, eine partizipative Struktur zu gründen, von Anfang an ungleiche Teilhabemöglichkeiten etabliert. Dieser Umstand zeigt die ideologischen Widersprüchlichkeiten auf, durch die *Sikos* gekennzeichnet war. Die hierarchischen Entscheidungsstrukturen in dem Projekt wirkten sich auch auf die Beziehungen zwischen den Projektmitgliedern aus. Entgegen dem Prinzip der Solidarität, dass die Projektgründer*innen anstrebten, beendeten sie das Projekt ohne die Zustimmung der Landwirt*innen. Das Ziel einer aktiven Partizipation der Verbraucher*innen konnte auch kaum erreicht werden, weil die *Sikos*-Mitglieder die Marktbesucher*innen über deren Möglichkeit an der Marktversammlung teilzunehmen, nicht informierten.

Auch in der Sozialklinik KCI partizipierten lediglich einige der Patient*innen an Selbsthilfegruppen im Bereich der psychosozialen Unterstützung. Somit gelang es den KCI-Mitgliedern lediglich bei diesen Patient*innen, die Fähigkeit zur Selbstfürsorge zu steigern und sie dazu zu ermutigen, ihre Gesundheit ein Stück weit in die eigenen Hände zu nehmen. Die breite Politisierung der Patient*innen, die die Mitglieder anstrebten, scheint nach wie vor eine Wunschvorstellung zu sein. Auch der Anspruch einer sozialen Inklusion hat sich in der Praxis nur begrenzt erfüllt, da die Angebote der Sozialklinik marginalisierte Gesellschaftsgruppen wie Migrant*innen kaum erreicht haben.

Bei der EfSyn scheint eine aktive Beteiligung der Leser*innen ebenfalls nicht gelungen zu sein, wobei die Projektgründer*innen der Einbindung der Leser*innen in die Arbeit der EfSyn von Anfang ebenso wenig Priorität eingeräumt haben wie der Abschaffung von Führungspositionen. Im Gegensatz zu *Sikos* bestehen die hierarchischen Arbeitsstrukturen bei der EfSyn allerdings nur auf einer formellen Ebene. In der Praxis haben

alle Mitglieder von EfSyn das gleiche Stimmrecht und partizipieren alle gleichermaßen an den das Projekt betreffenden Entscheidungen.

Im Falle von Vio.Me. ist es den Mitgliedern zwar gelungen, dauerhaft Arbeitsplätze zu schaffen, allerdings können sich die Fabrikarbeiter*innen nur sehr geringe Löhne auszahlen. Dies hängt damit zusammen, dass die Mitglieder aufgrund rechtlicher Hürden ihre Produkte nach wie vor lediglich über solidarische Netzwerke verkaufen können. Das Überleben der Fabrik ist seit Anfang 2023 zudem mehr denn je gefährdet, da das Fabrikgelände inzwischen an einen Spekulationsfonds versteigert wurde. Das angestrebte Ziel, ein Netzwerk selbstverwalteter Fabriken zu kreieren, ist den Vio.Me.-Mitgliedern trotz ihres Erfahrungsaustausches mit anderen Arbeitnehmer*innen und Unterstützer*innen ihres Projekts nicht gelungen. Vio.Me. bleibt bis heute die einzige selbstverwaltete Fabrik in Griechenland. Zwar haben während der Krise in Griechenland etliche Arbeitsstreiks und -besetzungen von Betrieben stattgefunden. Selbstverwaltete Betriebe wurden allerdings, wie in Kapitel 8 dargestellt wurde, überwiegend im Agrar- und Dienstleistungssektor gegründet.

Auch den KCI-Mitgliedern ist es nicht gelungen, ein Netzwerk selbstorganisierter Sozialkliniken zu schaffen. Dieses gesellschaftspolitische Ziel scheiterte vor allem an der Unfähigkeit der Mitglieder, sich mit anderen Projekten über einen Medikamentenaustausch hinaus zu vernetzen. Einige KCI-Mitglieder fürchteten vermutlich ihre avantgardistische Vorreiter*innenrolle zu verlieren. Diese Haltung widerspricht dem Ziel einer politischen Gleichheit, dass die Projektmitglieder laut eigenen Aussagen anstreben. Dabei ist die distanzierte Haltung gegenüber jenen Sozialkliniken, die in Unterstützung von der Koordinationsstelle *Allileugi gia Olous* gegründet wurden, auch darauf zurückzuführen, dass die KCI-Mitglieder diese Kliniken für reformistisch halten. Tatsächlich zielten viele infolge der Krise gegründeten Sozialkliniken in Griechenland in erster Linie darauf ab, der großen Zahl unversicherter Menschen eine kostenlose Gesundheitsversorgung anzubieten. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die durch *Allileugi gia Olous* unterstützten Sozialkliniken über keine transformatorischen Potentiale verfügen. Ebenso wie die KCI schafften diese Sozialkliniken durch ihre selbstorganisierte Struktur und Arbeitsweise eine Form der Gesundheitsversorgung, die auf den Prinzipien der Partizipation und Solidarität basiert und die Herausbildung neuer Subjektivitäten und sozialen Beziehungen nach sich gezogen hat. Die Kritik der KCI-Mitglieder, dass es sich bei den von *Allileugi gia Olous* unterstützten Sozialkliniken lediglich um wohlfahrtsstaatliche Projekte handele, die staatliche Dienstleistungen ersetzen würden, scheint somit sehr begrenzt zu sein. Vielmehr repräsentieren auch diese Sozialkliniken ebenso wie viele andere in der griechischen Krise entstandenen Projekte, die durch eine selbstorganisierte Praxis gekennzeichnet sind, eine Kritik an den bestehenden hierarchischen Organisationsformen in der Gesellschaft.

